

Internationale Politische Ökonomie

1 Sozialwissenschaften

Die Sozialwissenschaften beschäftigen sich mit dem breiten Feld der Gesellschaft, bzw. dem Sozialen. Je nach Disziplin stehen hierbei andere Aspekte im Vordergrund: die Politik, die Wirtschaft, die Gesellschaft. Sicherlich ist es möglich, dass sich Sozialwissenschaftlerinnen auf ihre jeweilige Disziplin und ein einziges Forschungsfeld beschränken. Damit fragmentieren sie das Soziale aber und ermöglichen einzig Teilergebnisse. Die Integration von Raum, Zeit und Sozialem läuft darauf hinaus, interdisziplinär zu forschen. "Stellt man die Raum-Zeit-Problematik in den Mittelpunkt der Sozialtheorie, kommt man nicht umhin, erneut über die Grenzen zwischen Soziologie, Geschichtswissenschaft und Geographie nachzudenken" (Giddens 1988: 34f.).

Die internationale politische Ökonomie ist eine sozialwissenschaftliche Theorie mit einem ganzheitlichen Zugang zu Fragen der internationalen Entwicklung.

1.1 Struktur und Handlung

Ein Kernproblem der Sozialwissenschaft ist das Verhältnis von Struktur und Handlung. Ein dualistischer Zugang sieht Struktur und Handlung als zwei **unversöhnliche Gegensätze**: Entweder die Wissenschaft erforscht Strukturen oder sie widmet sich den Handlungen von Menschen. Entweder es wird die Struktur von Systemen offengelegt, es wird erklärt, wie Wirtschaft funktioniert, indem große Zusammenhänge dargestellt werden, oder es werden die Menschen, ihre Lebensstrategien, Wünsche und Erfahrungen mit Ökonomie untersucht. Eine Vermittlung zwischen diesen Polen wird als unmöglich angesehen.

1.1.1 Strukturtheorien

Strukturtheorien machen **Unsichtbares sichtbar, indem verborgene Ordnungen und Zusammenhänge aufgezeigt** werden.

Jedoch wird tendenziell die Dialektik von Struktur und Handlung zugunsten der Struktur und des Zwanges aufgehoben. Handlungsspielräume werden unterschätzt. Strukturen als **verfestigte Handlungsformen** erscheinen leicht als objektiv und unveränderbar. Sie entstanden jedoch durch menschliches Handeln und sind durch menschliches Handeln gestaltbar. Die Strukturen der Zukunft sind das Ergebnis heutiger sozialer Kämpfe und Auseinandersetzungen.

Das Kapital als soziales Verhältnis begründet eine Struktur, genauso wie Familien und Organisationen Strukturen bilden.

Besonders dauerhafte Strukturen werden als **Tiefenstrukturen** bezeichnet. Dazu zählt in Brasilien das Erbe der **Sklavenhaltergesellschaft** und in Österreich das **Erbe von Gegenreformation und Josephinismus**. (Vgl. Sayer 1984: 84)

1.1.1.1 Struktur

Strukturen sind **Regeln, die das Zusammenleben der Menschen ordnen**, ohne dass dies den Menschen bewusst sein muss. Strukturen sind nicht sichtbar, sondern müssen durch Denken sichtbar gemacht werden.

In einer ersten Annäherung können Strukturen als **verfestigte Handlungsmuster** verstanden werden, die zumeist, nicht aber zwangsläufig zu regelmäßigen Verhaltensweisen und Routinen führen. Strukturen beschreiben die **Stabilität** einer gesellschaftlichen Ordnung.

Strukturen sind immer in eine historisch-geographische Totalität eingebunden, in der **die Gegenwart die Vergangenheit mit der Zukunft kombiniert** und solcherart dynamische Handlungsfelder definiert.

Strukturen sind immer nur **Momentaufnahmen**, während Strukturierung erlaubt, Strukturen als produziert zu erkennen. Strukturen sind eben nicht als unveränderlich zu verstehen, als Beton, an dem sich Menschen die Zähne ausbeißen.

Struktur ist ein Begriff, der **keine allgemeingültige Definition** erlaubt, mit dem aber eine bestimmte wissenschaftstheoretische Sichtweise klar bezeichnet werden kann.

Im Positivismus sind Strukturen **Regelmäßigkeiten**, die in der Wirklichkeit beobachtet werden können. Mittels statistischer Verfahren können diese Regelmäßigkeiten erkannt und als soziale Muster festgehalten werden. Mittels **Induktion oder Deduktion** wird generalisiert.

In der interpretativen Sozialforschung sind Strukturen unsichtbar. Es sind Abstraktionen, die nicht einfach durch statistische Tests überprüft werden können. Sie schaffen ein **Set interner, aufeinander bezogener Objekte und Praktiken** und sind in diesem Sinne **virtuelle, sozial konstruierte Ordnungen**.

1.1.1.2 Strukturierung als Prozess

Strukturierung beschreibt den Prozess, **wie Strukturen produziert werden und einem dauernden Wandel unterliegen**.

Stabilität beschreibt nur einen Sonderfall von Dynamik - das Foto ist die Momentaufnahme eines fliegenden Pfeils. Bei Strukturen handelt es sich um die Organisation von sich potentiell oder faktisch verändernden gesellschaftlichen und sozialen Beziehungen. Daraus folgt, dass **der Prozess der Struktur vorzuordnen** ist, weshalb der Terminus Strukturierung sprachlich angemessener ist. Daraus ergibt sich die Forderung nach einer **dynamischen Analyse von Stabilisierung und Veränderung von Beziehungen**. Strukturen sind Hilfskonstrukte, Momente von Strukturierung.

Strukturierung als Prozess beinhaltet Menschen, die durch ihr Handeln zur **Reproduktion und Transformation von Strukturen** beitragen.

1.1.1.3 Das Beispiel "Kapital"

Das Kapital ist ein wirtschaftlicher Schlüsselbegriff, der in der Neoklassik gänzlich anders definiert wird als im Marxismus. In der Neoklassik ist Kapital ein Überbegriff und bezeichnet ein Ding. Es umfasst Geld, Güter, Immobilien und selbst Wissen wird als Humankapital

definiert. In diesem Sinne ist Kapital eine **Ressource, die messbar ist, weil sie einen bestimmten Preis hat**. Damit wird Kapital fassbar.

Im Marxismus ist Kapital ein komplexeres Konzept. Zum einen ist es ein Anrecht auf Gewinn, das nur in einer Gesellschaft existieren kann, die die Arbeitenden von denjenigen trennt, die die Produktionsmittel besitzen. Das Kapital produziert als soziales Verhältnis eine Gesellschaft, die auf diese zurückwirkt, indem es Menschen erzieht, unternehmerisch zu handeln, ständig zu kaufen und zu verkaufen – und sei es nur die eigene Arbeitskraft. Diese produzierten Strukturen treten den Menschen dann in einem zweiten Schritt als verdinglicht und unabänderlich gegenüber. Die Welt erscheint als mächtige Objektivität, der sich die Einzelnen zu beugen haben. Sie erscheint als Ansammlung optimierender Individuen, für die die Anderen jeweils bloße Objekte von Austausch und Begierde sind.

Alle sozialen AkteurInnen sind durch das Kapital geprägt, ihre Stellung in der Gesellschaft konstituiert sich durch das Kapital. Aus ProfessorInnen, die in ihrem stillen Kämmerchen studieren, macht der Sozialliberalismus WissenschaftsunternehmerInnen; aus SozialhelferInnen soziale Entrepreneurs und aus LehrerInnen ProduzentInnen von Humankapital. Kapital

1.1.2 Institution

Institutionen können in einer allgemeinen Definition als **Handlungslogiken**, als "sedimentierte Handlungen" bzw. **eingefahrene Verhaltensmuster** bezeichnet werden.

Der Institutionenbegriff wird unterschiedlich verwendet und ist sehr vielschichtig. Seine jeweilige konkrete Bedeutung ist nur im Kontext von konkreten Theorien sinnvoll zu bestimmen.

In den Wirtschaftswissenschaften findet gegenwärtig eine Auseinandersetzung darüber statt, inwiefern Märkte natürliche oder künstliche Institutionen sind.

1.1.3 Handlungstheorie

Handlungstheorien versuchen, **das Handeln der Mitglieder einer Gesellschaft zu verstehen**. Handlungstheorien schwanken zwischen Ansätzen, die die Freiheit der Handelnden sehr hoch einschätzen, und denjenigen, die den Zwang gesellschaftlicher Verhältnisse als bestimmend ansehen. In allen Fällen ist außer Streit gestellt, dass Handeln in Strukturen eingebettet ist. Handlungstheorien thematisieren daher immer den **Zusammenhang von Struktur und Handlung**.

1.1.3.1 Dialektik von Struktur und Handlung

Der Zusammenhang von Struktur und Handlung kann als Dualismus, als Dualität und als Dialektik verstanden werden.

Der **Dualismus von Struktur und Handlung** geht davon aus, dass Strukturen und Handlungen unterschiedlichen Logiken folgen und daher getrennt zu analysieren sind. Dies legt auch eine Spezialisierung in Disziplinen nahe. So kann ein Berg aus der Warte des Handelns untersucht werden. Dann stehen die Wandernden und deren jeweilige Nutzung des

Bergers, von der Wanderroute bis zur Dauer der Besteigung, im Vordergrund. Der Berg kann auch als Unveränderlich verstanden werden und im Rahmen der physischen Geographie dargestellt werden. Die Geologie ist zumindest für die Dauer von Menschenleben und ganz sicher für die Dauer einer Wanderung als **Fix und Unveränderbar**, d.h. nicht gestaltbar anzusehen. Genauso entziehen sich Strukturen dem Handlungszugriff der Individuen. Das neoklassische **Marktmodell eines atomistischen Marktes** geht ebenfalls davon aus, dass sich Individuen, der homo oeconomicus, nur den Strukturen anpassen kann. Freiheit reduziert sich auf das **Auswählen** unter den Möglichkeiten, die die Struktur des Marktes eröffnet.

Der britische Soziologe **Anthony Giddens**, der später Vordenker Tony Blairs wurde, entwarf die **Dualität von Struktur und Handlung**, die auf der Theorie der Strukturierung beruht. Demnach **beschränken Strukturen Handeln nicht nur, sondern sie ermöglichen es auch**. Gäbe es keine Schule, gäbe es keine Prüfungen. Gäbe es keine deutsche Sprache, könnten wir auch nicht deutsch reden. Umgekehrt gibt es Deutsch nur, weil Menschen sich der deutschen Sprache bedienen und Prüfungen auch nur, weil es Schulen gibt. Die Dualität von Struktur und Handlung hat den großen Vorzug, die **gegenseitige Beeinflussung von Struktur und Handlung** festzuhalten. Das Konzept tendiert aber dazu, die Gestaltbarkeit von Strukturen zu überschätzen und einen zu direkten Einfluss der Handelnden auf Strukturen anzudeuten.

Die Dialektik von Struktur und Handlung wird am Besten in dem berühmten Zitat von Karl Marx aus dem 18. Brumaire des Louis Bonaparte dargestellt, ein Zitat im übrigen, auf das sich auch Giddens ausdrücklich bezieht.

”Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorhandenen, gegebenen und überlieferten Umständen” (Marx 1965: 9).

Die Dialektik von Struktur und Handlung versucht auch innerhalb des Marxismus die Auflösung von zwei widerstreitenden theoretischen Ansätzen: Zum einen gibt es diejenigen, die behaupten, kapitalistische Entwicklung leite sich aus den **Bewegungsgesetzen des Kapitals** ab. Zugespißt wird behauptet, Entwicklung sei Ausfluss einer Kapitallogik. Dabei wird übersehen, dass Kapital ein widersprüchliches Konzept ist, weil verschiedenste Kapitalien (Finanz, Produktiv, national-international) zueinander immer auch in Konkurrenz stehen und daher widerstreitende Akkumulationsstrategien verfolgen. Zum anderen wird behauptet, Entwicklung sei das **Ergebnis von Klassenkämpfen**. Damit wird unterstellt, dass es am Willen der beherrschten Klasse liegt, kapitalistische Herrschaft zu beenden. Dies ist ohne Zweifel richtig, erfordert aber genau den Hinweis, dass dies nur selten unter selbstgewählten, sondern zumeist unter unmittelbar vorhandenen, gegebenen und überlieferten Umständen erfolgen kann. Radikaler Reformismus ist demnach eine Form strukturtransformierenden Handelns.

Vgl. hierzu: Hamedinger, Alexander (1998): Raum, Struktur und Handlung als Kategorien der Entwicklungstheorie. Eine Auseinandersetzung mit Giddens, Foucault und Lefebvre. Frankfurt: Campus

1.1.3.2 Das Bild vom Hausbau

Es gibt zwei Vorstellungen über die Beziehung von Handlung und Struktur, die anhand des Bildes vom Haus verdeutlicht werden können: In einem Haus bewohnen die Einen die Salons und Regierungszimmer, andere machen es sich in ihrem biedermaierlich eingerichteten Privatraum bequem. Sozial Engagierte wiederum kümmern sich um die sanierungsbedürftigen Teile des Hauses und stellen sicher, dass das Haus nicht einstürzt.

Strukturen können nun als **unveränderlich** gesehen werden. Demnach beschränkt sich Handeln daher auf Anpassungsleistungen, auf Reparaturarbeiten in dem Haus, so wie sie es vorgefunden haben.

Eine andere Sichtweise sieht Strukturen als gestaltbar und strebt danach, ein den Bedürfnissen besser angepasstes Haus zu bauen. Ein Haus in Ordnung zu halten ist ein ehrenwertes Ziel. Was aber, wenn das Haus eine Festung oder gar ein Gefängnis ist, wenn die Größe der Zimmer höchst ungleich ist und manche gar gefangen gehalten werden?

Die Welt, die wir bewohnen, ist mehr als sanierungsbedürftig. Es müssen Wände verschoben werden, aber sicherlich sind weitergehende Zu- und Umbauten erforderlich, damit sich alle BewohnerInnen im Haus wohlfühlen. Die Welt zu **gestalten** erfordert Strukturreformen, wie dies der radikale Reformismus vorschlägt.

1.2 Geographie

Geographie ist die Wissenschaft vom Raum. Sie betrachtet die Wirklichkeit, d.h. die gesellschaftliche Totalität, vom Standpunkt des Raumes, so wie die Geschichte das selbe vom Standpunkt der Zeit aus macht. Der Raum ist ein Moment gesellschaftlicher Totalität, wobei das simple Verständnis von Raum als etwas Fixem dekonstruiert werden muss.

Viele unserer Vorstellungen über den Raum bauen auf dem **euklidischen Raumverständnis** auf. Demnach kann Raum in einem Koordinatensystem endgültig und objektiv festgehalten werden. Der **Distanzraum** ist als Entfernung, der **Behälterraum** als zwei- oder dreidimensional in einem Koordinatensystem darstellbar.

“Stellt man die Raum-Zeit-Problematik in den Mittelpunkt der Sozialtheorie, kommt man nicht umhin, erneut über die Grenzen zwischen Soziologie, Geschichtswissenschaft und Geographie nachzudenken” (Giddens 1988: 34f.).

1.2.1 Raum

Raum ist wie Zeit ein vielfältiger, ja eigentlich **metaphysischer Begriff**, der verschiedene Interpretation zulässt. Zahlreich sind die Definitionsversuche, die allesamt zu kurz greifen. Der Grund dafür liegt in der **Vieldeutigkeit** des Wortes: Raumfahrt, Raumpflegerin oder Raumplanung sind drei Begriffe, die mit Raum zu tun haben und gänzlich Unterschiedliches ansprechen. Das Weltall genauso wie das Wohnzimmer oder die Flächenwidmung, alles hat essentiell mit Raum zu tun. Aber was wird mit diesem Begriff ausgesagt?

1.2.1.1 Die Trennung von Raum- und Sozialwissenschaft

Geographie ist in vielen sozialwissenschaftlichen Studien ein Wahlfach. Im Kern geht es in den Hauptfächern um scheinbar Wichtigeres als Fragen des Raums. Die Wirtschaftswissenschaft beschäftigt sich mit Fragen von Angebot und Nachfrage, Produktion und Konsum, Märkten und Regulierung. Die Politikwissenschaft beschäftigt sich mit Macht und Herrschaft, mit Interessen und deren Vertretung, mit der Verteilung von Ressourcen und der Bewahrung von Identitäten, die Soziologie untersucht Systeme und deren Umwelt, Strukturen und Handeln, Organisationen und Institutionen.

Damit spiegelt sich auch eine **Hierarchie innerhalb der Disziplinen** wider: Die Fächer, die sich mit den Dingen an sich, dem Sozialen, Wirtschaftlichen und Politischen beschäftigen, sind die bedeutsamen Disziplinen; die Disziplin, die einzig die Auswirkungen im Raum untersucht, ist zweitrangig. Dem liegt eine bestimmte Ontologie, d.h. eine bestimmte Lehre vom Wesen der Dinge, zugrunde. Dieser Sichtweise folgend ist nämlich das Soziale real und das Räumliche nimmt einzig die Verortung dieser Sache oder dieser Person vor. Diese Sichtweise ist falsch und dafür verantwortlich, dass sowohl die Sozial- als auch die Raumwissenschaften sozial-räumliche Phänomene nur oberflächlich erfassen können.

1.2.1.2 Die Verwobenheit von Raum und Sozialem

Raum und Soziales bilden eine Einheit.

Die Verwobenheit von Raum und Sozialem kann in einem ersten Schritt anhand der Sprache aufgezeigt werden. Die Sprache ist voll von Metaphern und es ist höchst schwierig, über Soziales zu reden, ohne räumliche Metaphern zu verwenden. Wir *entkommen* dem Raum in unserem Sprechen nicht und dies hat gute Gründe: Es gibt kein Soziales, das nicht zu Anderem in Beziehung steht, und es gibt kein Soziales, das nicht *irgendwo* ist.

Da-Sein und in-Beziehung-stehen sind zwei grundlegende Dimensionen von Raum, sie bezeichnen die beiden grundlegenden ontologischen Formen, wie Raum wirkt. Das Da-Sein spricht die **Verortung** des Menschen an, die wesentlich zu Mensch und Gesellschaft gehört, das in-Beziehung-stehen weist auf die Verwobenheit mit Anderen hin, die ebenso grundlegend für Mensch und Gesellschaft ist. Dies begründet die **Räumlichkeit von allem Sozialen**.

1.2.1.3 Raum und Mikroökonomie

Die Volkswirtschaftslehre teilt sich in zwei Sparten, die Mikro- und die Makroökonomie. Die Mikroökonomie geht von einer Ein-Punkt-Ökonomie aus, wirtschaftliche Aktivitäten finden gleichsam am Kopf einer Stecknadel statt. Sie ist deshalb eine **raumlose Theorie**, die den Markt als den Ort ansieht, an dem die ökonomischen Probleme gelöst werden. Der „Marktplatz“ ist dem Kopf einer Stecknadel gleich ein einziger Raumpunkt. Damit bleiben Fragen von Transport, Kommunikation und Logistik ausgeblendet. Die Kritik an dieser Reduktion des Wirtschaftlichen auf raumloses Markthandeln hatte zur Folge, dass das **Problem der Raumüberwindung** und damit des Distanzraums als Spezialaufgabe an SpezialistInnen delegiert wurde. **Distanzkosten**, seien dies Transport- oder Kommunikationskosten, fallen in einem Betrieb neben den Produktions- und Vermarktungskosten an – und sind deshalb auch in Wirtschaftstheorien zu berücksichtigen. Der Raum wird zu einem *zusätzlichen Faktor des Wirtschaftens*; ihn nicht oder nur am Rande zu berücksichtigen, ist in den Wirtschaftswissenschaften trotzdem weiterhin durchaus gängig und legitim. Das Wirtschaftliche wird durch den Faktor Raum erweitert und damit realitätsnäher, in seinem Kern bleibt es aber unbeeinflusst. Raumwirtschaft beschäftigte sich lange Zeit vorrangig mit Fragen des Verkehrs als Teilaspekt des Wirtschaftlichen, nicht aber mit den Kernvariablen der Wirtschaftswissenschaften, mit Migration, nicht aber dem Arbeitsmarkt, mit Regionalpolitik, nicht aber mit Geld- und Finanzpolitik. In eigenen Modellen wurde in der raumökonomischen Fachdisziplin der **Raum als Variable** neben andere ökonomische Standardvariable wie Beschaffungs- und Vermarktungskosten gesetzt. Wenn der Raum aber wesensmäßig mit dem Sozialen verwoben ist, dann kann er nicht als

Variable getrennt betrachtet werden. Vermarktung ist ein ebenso räumlicher Prozess wie Transport ein sozialer Prozess ist. Demnach ist Raum viel mehr als bloß eine Variable.

1.2.1.4 Raum und Nationalökonomie

Die Makroökonomie verstand sich lange Zeit als **Nationalökonomie**. Die Grenzen der Nation stellten auch eine **ökonomische Grenze** dar. Die wichtigste Grenze ist diejenige der Gütermärkte, welche durch Zölle und nicht-tarifäre Handelshemmnisse geschaffen werden. Aber auch Währungsräume und die Beschränkung von Migration sind marktverzerrende Effekte von Raum. In der fordistischen Regulation der Nachkriegszeit war die Nation der Machtraum, der den Märkten Grenzen setzte.

Die Nationalökonomie untersucht wirtschaftliche Prozesse im Rahmen des Nationalen, wobei wir uns eine Nation als einen Behälter vorzustellen haben. Gleich einem Glas, das mit Wasser gefüllt wird, füllt sich der *Behälterraum der Nation* mit Wirtschaftlichem: Mit Arbeitskräften und Ressourcen, mit Kennzahlen wie Inflation und Wirtschaftswachstum. Die überwiegende Zahl der ÖkonomInnen widmete sich jahrzehntelang fast ausschließlich dem Nationalen. Nicht-nationale wirtschaftliche Phänomene wurden von zwei Randdisziplinen abgehandelt: Die Stadt- und Regionalökonomie beschäftigte sich mit subnationalen Einheiten, d.h. der räumlichen Aufteilung der Nation in bestimmte Regionen. Die Entwicklungsökonomie und die internationale Ökonomie beschäftigte sich demgegenüber mit der Weltwirtschaft und dem Zusammenspiel von nationalen und globalen Phänomenen. Die Makroökonomie berücksichtigt Raum somit als *Territorium*: Es liegen nationale Statistiken – die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und die Zahlungsbilanz – vor, die als Grundlage der Raumbeschreibung dienen. Vor allem an der Peripherie ist oftmals einzig der Nationalstaat mächtig genug, aussagekräftige Statistiken zu produzieren. Er produziert Daten, die als Grundlage wirtschaftstheoretischen Reflektierens über die Unterschiede zwischen verschiedenen Räumen dienen können. Bis heute ist die *Raum-Aufteilung* in Nationen die vorherrschende geblieben. Dabei wird Raum geometrisch dargestellt, entweder dreidimensional als Behälter oder zweidimensional als Fläche. Der Raum weist eine Grenze auf, innerhalb derer bestimmte einheitliche Muster anzutreffen sind: Es gelten die gleichen Gesetze, es agieren ähnliche AkteurInnen, Unternehmen und Arbeitskräfte verhalten sich ähnlich, was zur Folge hat, dass die wirtschaftlichen Kennzahlen ähnlich sind. Im Nationalen können bestimmte Regelmäßigkeiten festgestellt werden. Offen bleibt die Frage, ob sich die Regeln, die diesen Regelmäßigkeiten zugrundeliegen, ebenfalls im Nationalen finden, oder auf anderen – zum Beispiel der internationalen - Ebene. Je nachdem, wie und wo zwischen Räumen die Grenze gezogen wird, ergeben sich unterschiedliche Raumbehälter: Das Regionale, das Nationale und das Internationale. Das Leitbild stellt das Nationale dar, es ist der Machtraum, dem die größte Homogenität unterstellt wird. Italien ist ein reiches Land, Brasilien ist arm. Es bedarf eines zweiten Argumentationsschritts, die räumliche Heterogenität innerhalb von Nationen zu untersuchen. Der italienische Norden gehört zu den reichsten Regionen der Welt, Süditalien rangiert statistisch nicht weit über prosperierenden Regionen in Schwellenländern. Nichts spräche dagegen, andere Behälter wie eben zum Beispiel das Regionale zum Ausgangspunkt des Theoretisierens zu nehmen. Lange Zeit war dies trotzdem unüblich. Mit dem Bedeutungsverlust der Nation als Machtraum ist zu vermuten, dass in Zukunft die untersuchten Teilräume nicht mehr vorrangig Nationen, sondern vermehrt auch andere Behälter sein werden.

1.2.2 Die Produktion von Raum

Raum existiert nicht unabhängig von der Gesellschaft, sondern ist selbst, ebenso wie Zeit, ein Produkt der Gesellschaft. Raum als produziert anzusehen erfordert eine dialektische Zugangsweise, die sich aus verschiedenen einander entgegenstehenden Momenten speist. Die Produktion von Räumen entfaltet sich in dieser Dialektik von Wandel und Beharrung.

Dass Raum produziert wird, deuten schon die sprachgeschichtlichen Wurzeln an. So ist im Grimmschen Wörterbuch zu „räumen“ Folgendes zu lesen: „Einen Raum, d.h. eine Lichtung im Walde schaffen, behufs Urbarmachung oder Ansiedlung“.

Die Konzepte von absoluten und relativen Räumen liefern **unterschiedliche Sichtweisen von Raum**. In der Umgangssprache werden absolute Räume rasch als etwas Eigenständiges angesehen, dem Kräfte und Akteurseigenschaften zugesprochen werden: Tschernobyl habe die Welt verändert, der Gazastreifen sei ein Pulverfass und ländliche Gebiete müssten aus eigener Kraft Entwicklungsschritte setzen. Es kann aber niemals der Raum ein soziales Subjekt sein, sondern nur Menschen in diesem Raum. Im Gesellschaftlichen ist Raum immer ein Beziehungsraum. Dafür benötigen wir Begriffe, die Dynamik ausdrücken.

Die Produktion des Raumes zeigt sich im Ökonomischen am beeindruckendsten. Damit ein Boden fruchtbar ist, müssen Menschen ihn beackern, säen und jäten. Die Zuckerrohrplantagen sind, wie das Wort schon andeutet, nicht einzig Monokulturen, sondern erfordern eine gesellschaftliche Organisierung in Plantagen und Zuckergütern. Nur wenn Menschen zum Schneiden von Zuckerrohr veranlasst werden können, können ganze Landstriche für die Zuckerproduktion verwendet werden. Nur wenn ausreichende und rasche Transportmittel vorhanden sind, wird der Monokulturanbau rentabel. Die Antillen als Raum wären ohne Welthandel ganz anders. *Der Welthandel produzierte Haitis Geographie*, so wie wir sie heute kennen.

1.2.2.1 Der absolute Raum

Das Verständnis von *Raum als etwas Absolutem* beruht auf der **Newtonschen Physik und Mechanik**. Demnach ist der Raum etwas Unendliches, das als eigenständige physische und empirische Einheit unabhängig von Dingen und menschlicher Erfahrung existiert. Räumliche Phänomene sind in dieser Konzeption gegenüber den Dingen und sozialen Prozessen an sich zweitrangig. **Raum ist etwas Fixes**: Berge und Flüsse gibt es zwar nicht ewig, aber doch schon sehr lange. Bedeutsam ist das Konzept des *Behälterraums*, welcher mit Dingen, Menschen und Beziehungen angefüllt wird. **Dem euklidischen Raumverständnis folgend sind Raum und Rauminhalt entkoppelt**. Landschaften sind eine Form, wie der Behälter gefüllt werden kann. Dies gilt auch für die Politik: Die mittelalterliche Stadt, in der galt "Stadtrecht macht frei", war ebenso ein Machtbehälter wie dies seit dem 19. Jahrhundert Nationalstaaten sind.

1.2.2.2 Der relative Raum

Der relative Raum ist ein Beziehungsraum, ein relationaler Raum.

Raum ist hierbei das Medium, das Dinge zueinander in Beziehung stellt. Der einfachste Beziehungsraum ist der **Distanzraum**. Wien ist und bleibt ca. 300 Kilometer von Salzburg entfernt. Es liegt im Herzen Europas. Die WienerInnen jedoch sahen sich seit dem 2.

Weltkrieg immer als Teil Westeuropas: Gereist wurde gen Westen, gelernt wurden die Sprachen unserer westlichen Nachbarn. Als der Eiserner Vorhang 1989 fiel, dämmerte es den WienerInnen langsam, dass sie auf dem Atlas eindeutig in Mitteleuropa verortet sind und dass uns Prag, Bratislava, Maribor und Budapest näher liegen als die Hauptstädte Westeuropas. Dies ist im euklidischen Raum eine Realität. Die mentalen Landkarten in unseren Köpfen verorten uns aber weit westlicher als wir tatsächlich liegen, unsere emotionalen Vorlieben lassen oftmals wenig Bereitschaft aufkommen, den Osten kennenzulernen, zu besuchen und die Sprachen zu lernen. Die Schengen-Grenze und damit politische Territorialisierung verstärken diesen Widerstand. Trotz räumlicher Nähe bleiben die sozialräumlichen Kontakte eher gering. Raum konstruiert sich in unseren Köpfen.

Auch **Hierarchie**, **Verflechtung** oder **Netzwerk** sind relationale Raumbegriffe. Das dialektische Denken benötigt den Beziehungsraum, um die Teile zueinander in Bezug stellen zu können. Wir können nicht von Zentren reden ohne das Konzept von Peripherie zu verwenden. Von unterentwickelten Gebieten zu sprechen erfordert, eine Vorstellung von entwickelten Räumen zu haben.

1.2.2.3 Territorium

Ein Territorium ist ein **abgegrenzter Raum, innerhalb dessen bestimmte Regeln gelten**. Idealtypisch herrscht in diesem Territorium der **Machthaber** über seinen Raum souverän. Er erlässt **Regeln, die im gesamten Raum bindend** sind. An der Grenze endet die Verfügungsgewalt des Souveräns. Politische Auseinandersetzungen zielten oftmals auf Grenzverschiebungen und beeinflussten damit den Geltungsbereich der eigenen Regeln. Da die Regeln jeweils den Interessen bestimmter Gruppen entsprechen, werden fremde Regeln nur ungern akzeptiert.

Eine historische Analyse zeigt, dass Territorien immer nur auf vorübergehend fixierten Grenzsetzungen beruhen. **Politische Machträume verändern sich durch sich wandelnde politökonomische und soziale Kräfteverhältnisse**. Gegenwärtig zum Beispiel entsteht mit der Europäischen Union auf supranationaler Ebene ein Gebilde, das sowohl Ähnlichkeiten als auch Unterschiede zum Nationalstaat aufweist.

1.3 Geschichte

Geschichte ist eine Wissenschaft von und über die Zeit. Sie untersucht sozialwissenschaftliche Phänomene, wobei sie wie auch die Geographie mit dem Problem konfrontiert ist, nur ein zusätzliches Phänomen zu den wichtigen sozialen, politischen und ökonomischen Phänomenen zu behandeln. Zeit, genauso wie Raum, sind mit dem Sozialen wesensmäßig (ontologisch) verwoben. **Es gibt kein Soziales ohne Zeit**. Alles, jedes Phänomen, hat seinen Raum und seine Zeit, wodurch es sich von vermeintlich gleichen Phänomenen unterscheidet, die zu unterschiedlichen Zeiten bzw. an anderen Räumen stattfinden.

Es verwundert daher nicht, dass die Präferenz für Zeit oder Raum eine Entscheidung für eine bestimmte Art gesellschaftlicher Entwicklung beinhaltet. Wer dem Raum nahesteht, die oder der legt Wert auf das Sein, darauf, wie die Dinge waren, sind und bleiben sollen: Der Berg vor meinem Haus, die Weihnachtsfeiern im Dorf, der vertraute Duft der Blumen im Frühling. Die Nation verkörpert die Vergangenheit einer Schicksalsgemeinschaft, den Stammtisch

vereinen die gemeinsamen Erlebnisse. Mit dem Raum wird das Immer-schon-Dagewesene verbunden.

Geschichte beschreibt den **Wandel** der Menschheit, Geographie ihren gegenwärtigen Zustand.

“Stellt man die Raum-Zeit-Problematik in den Mittelpunkt der Sozialtheorie, kommt man nicht umhin, erneut über die Grenzen zwischen Soziologie, Geschichtswissenschaft und Geographie nachzudenken” (Giddens 1988: 34f.).

1.3.1 Zeit

Zeit ist vieldeutig: Wir können Zeit nur vergessen, indem wir sie nützen. Wir können nur wir selber bleiben, indem wir etwas tun: Essen, trinken, arbeiten, reden, ... Wir können nur Sein und Zeit still stehen lassen, indem wir uns Zeit nehmen, wengleich auch immer nur für bestimmte Zeit. Das Wesen der Zeit wird der Veränderung zugeordnet, während der Raum als unveränderlich gilt.

Die Zeit symbolisiert **den Wandel und die Veränderung, das Neue und das Experiment**. Die Geschichte der Entdeckungen und der Erfindungen ruft genauso Bewunderung hervor wie technische Revolutionen und die aus dem Boden schießenden neuen Städte. Zeit bedeutet das Neue, eine neue Ernte, neues Leben, neue Erfahrungen und damit auch den Aufbruch zu neuen Ufern, zu neuen Räumen und Menschen. Zeit beinhaltet aber auch Unsicherheit und Zerstörung. Kein Bauwerk hält ewig, keine Beziehung, die nicht spätestens der Tod trennt.

Dem Sein als Zustand steht Werden als Prozess gegenüber, dem Sein als zeitlos das Werden als zeitgebunden, dem Sein als die Geborgenheit des Hier und Heute und das Werden als unsichere Zukunft . Dieses Spannungsverhältnis benennt ein existenzielles menschliches Problem genauso wie ein politisches und kulturelles. *Geburt, Wachstum und Sterben* benennt den Zyklus eines Menschenlebens. Menschen wissen, dass sie gleichzeitig sind und sich verändern, sich entfalten und dem Tod zustreben.

Dass Zeit wichtig ist, erfahren Gesellschaften, wenn sie mit komplizierter werdenden Prozessen konfrontiert werden. Wenn sich die Landwirtschaft bloß auf die ökologische Zeit eines Erntezyklus beziehen muss, wird „Zeit“ nicht zum Problem. Wenn aber neben der Landwirtschaft andere Aktivitäten erforderlich sind, steigt der Koordinierungsbedarf. So lange es sich bei diesen anderen Aktivitäten um solche der Hauswirtschaft handelt, ist die Vereinbarkeit relativ einfach. Historisch stellt oftmals die Einführung des kapitalistischen, nicht einzig den Eigenbedarf befriedigenden Handels die entscheidende Verkomplizierung dar. Das Nähen im Auftrag eines Händlers ist an eine nicht-ökologische Zeit gebunden und diese nicht-zyklische Zeit wird von mächtigen AkteurInnen eingefordert. Die Stoffe müssen zu einem Stichtag fertig sein, egal ob Erntezeit ist oder nicht. Die Zeit der Händler diktiert die Verfügbarkeiten für andere Aktivitäten. Zeiteinteilung wird zu einem Bestandteil wirtschaftlicher Aktivitäten; die Zeit, die für die nicht-hauswirtschaftlichen Aktivitäten bestimmt ist, ist von der restlichen Zeit verschieden. Es waren die Händler, die die Verfügbarkeit von Zeit entdeckten und zwar nicht nur der eigenen, sondern auch der Zeit Anderer, genauer ihrer Arbeitszeit.

1.3.1.1 Zeit in der Moderne

Der Diskurs der Moderne ist engstens mit unserem Verständnis von Raum und Zeit verwoben. Traditions- und Ortsverbundenheit bieten Geborgenheit in einer Zeit, in der Altvertrautes verschwindet, Traditionen aussterben und die Orte der Kindheit nicht mehr wiederzuerkennen sind. Der Rückzug ins fixe und unwandelbare Sein, in Identitäten und Gewissheiten ist Widerstand gegen den vermeintlichen, den erlebten oder befürchteten Schrecken des Wandels. Wenn die Zeit alles zerstört, so muss doch irgendetwas fix bleiben, an dem wir uns orientieren können – in dieser tiefen Sehnsucht nach Geborgenheit liegt die Wurzel zahlreicher anti-modernistischer Bewegungen weltweit, vom religiösen Fundamentalismus bis zum Rassismus und Nationalismus.



Naturheilladen mit Heilmittel aus dem Amazonas,
Belem, Para, Brasilien, 2002

1.3.1.2 Zeit in der Postmoderne

Die Postmoderne ist von einer **Sehnsucht nach Identität** in der Zeit geleitet. „Der Himmel über Berlin“, ein Film von Wim Wenders, reflektiert ausführlich diese Suche postmoderner Menschen nach Identität in einer Zeit, in der die Zirkusse in Konkurs gehen und ganz allgemein die **Wurzeln der Vergangenheit abgeschnitten** werden. Der Film spielt zwar in einer höchst brisanten Raum-Zeit, dem Berlin knapp vor 1989, aber die politökonomische Entwicklung bleibt ausgeblendet. Ganz auf der Linie postmoderner Biedermeierlichkeit, finden die Liebenden die positive Antwort auf ihre Identitätssuche in einer romantischen Zweierbeziehung. Knapp vor einem politökonomischen Erdbeben, das Europa verändern sollte, machen es sich die Liebenden im Bestehenden bequem. Die Dialektik von Sein und Werden zugunsten einer der beiden Pole aufzulösen, ist verführerisch.

1.3.1.3 BEISPIEL: Zeit in der städtischen Entwicklung

Als Wien vor über hundert Jahren diesen Urbanisierungsprozess durchmachte, war die Spannung zwischen Sein und Werden ein zentrales stadtplanerisches Problem. Auf der einen Seite stand **Camillo Sitte**, der in der Stadt Räume der Geborgenheit und des Dörflichen schaffen wollte. Plätze sollten zur Identitätsbildung in einem sich rasant wandelnden Umfeld beitragen. Heute würden wir sagen, die städtische Planung sollte kleinräumiges *Community Building* ermöglichen, Orte, an denen persönliche Beziehungen und soziale Netze im Kleinen geknüpft werden können.

Ihm entgegen stand **Otto Wagner**, Architekt der Gründerzeit, der die Stadt an die Erfordernisse der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung anpassen wollte. Funktionale

Bauten und effiziente Verkehrswege standen bei seinen stadtplanerischen Überlegungen im Vordergrund.

Ein Jahrhundert später bestimmt die Dialektik von Sein und Werden erneut die stadtplanerischen Diskussionen. Weltweit findet eine Welle der Innenstadterneuerung statt. Heruntergekommene Innenstädte sind sowohl für BewohnerInnen und EigentümerInnen als auch für TouristInnen und Investoren ein Ärgernis. Die Innenstadterneuerung wird in einem Sein und Werden ausbalancierenden Diskurs genau in diesem Spannungsfeld zwischen dem auf der Tradition aufbauenden Raum und dem kommerzialisierten, für den Standortwettbewerb geeigneten Raum verortet. Die Festivalisierung der Innenstädte soll für Einheimische und für Gäste gleichermaßen attraktiv sein; die architektonische Erinnerung an die eigene Geschichte, die Betonung des besonderen kulturellen Erbes wird zur Vermarktung der eigenen Stadt genutzt. Das spezifische Sein der Stadt soll zu ihrem Werden, ihrem wirtschaftlichen Aufstieg, Wachstum, Arbeitsplätzen, neuen Fabriken und Neubauten beitragen. Dabei nützt das Kapital scheinbar unproduktive Aspekte der Stadt, wie ihre historisch-kulturelle Identität, verwinkelte Straßen und uralte Gebäude und verwandelt sie in das Besondere eben dieser Stadt. Auf diese Weise produziert das Kapital nicht-ökonomische Ressourcen, die für den Städtewettbewerb und den Städtetourismus von großer Bedeutung sind. Gleichzeitig verfestigen sich andere städtische Raumformen: Die obere Mittelschicht sondert sich in *gated communities* ab, die von Wachpersonal geschützt werden. So wird Geborgenheit in der Stadt geschaffen, die dem Primat des Werdens unterworfen ist, in der möglichst alles den Erfordernissen des Wachstums zu dienen hat.

1.3.1.4 Zeit der Veränderung - Raum der Beharrung

Konservative sympathisieren eher mit dem Raum, Progressive eher mit der Zeit. In der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zwischen Adel und Bürgertum im Übergang von Feudalismus zu Kapitalismus versteht sich das Bürgertum noch als eine progressive Kraft. Es singt das Jubellied des Wandels, der neuen Zeiten, des sich durch den technischen Fortschritt ankündigenden Paradieses auf Erden. Dem Ständischen die Vergangenheit, uns die Zukunft, so die Gewissheit des Bürgertums. Doch die Französische Revolution 1789 und die Revolten 1848 machten dem Bürgertum klar, dass die Gegenwart so schlecht nicht ist, dass die bestehende Ordnung durchaus auch Vorteile hat, vor allem im Angesicht einer möglichen Zukunft, die weder vom Adel noch vom Bürgertum, sondern von der Klasse des aufstrebenden Pöbels gestaltet wird. Fortan wurde die Arbeiterbewegung zur progressiven Kraft, zur Kraft der Veränderung und damit zur Bewegung, der die Zukunft gehört. Gute Revolutionäre mussten demnach dem Zug der Geschichte, der unaufhaltsam vorandampft, bloß ein bisschen nachhelfen, um dem Neuen schneller zum Durchbruch zu verhelfen. Lenin tat dies sehr geschickt, aber dann geriet der Zug der Geschichte ins Stocken. Als nach der großen Weltwirtschaftskrise 1929 nicht länger dem Sozialismus, sondern dem Faschismus die Zukunft zu gehören schien, erkannten sensible Denker wie Walter Benjamin, dass die Herausforderung vielleicht auch darin bestehen kann, im Zug der Geschichte auf die Notbremse zu steigen. Der Zweite Weltkrieg, die Gaskammern und der stalinistische Terror zerstörten die Zukunftsgewissheit der Moderne nachhaltig. Kurzfristig war den Menschen des 20. Jahrhunderts zumindest ansatzweise verständlich, dass im Mittelalter *modernus* ein negativ, und *antiquus* ein positiv besetztes Wort war. Kurz dämmerte erneut die Bedeutung des mittelalterlichen Sprichworts „Alles, was sich verändert, verliert seinen Wert“. Erst die goldenen 30 Jahre des Fordismus und des Wohlfahrtsstaates in den Zentren (1945 – 1973) und die „Entwicklungsjahrzehnte“ an der Peripherie trugen zur Wiederbelebung eines fast

euphorischen Fortschrittsverständnisses bei. Heute schwingt das Pendel wieder weg von diesem optimistischen Zukunftsverständnis. Für manche war mit der Niederlage des Staatssozialismus 1989 sogar das Ende der Geschichte gekommen.

1.3.1.5 Auflöstung des Raums durch die Zeit

Die **scheinbare Auflösung des Raums in der Zeit** ist einer der von **David Harvey** ausführlich diskutierten **Grundwidersprüche des Kapitalismus**. Die Herstellung eines Welthandels erfordert die Beschleunigung des Warentransports, die Schaffung von Weltfinanzmärkten erfordert moderne Kommunikationsmedien. In beiden Fällen tragen Technologien zur Beschleunigung bei; gleichzeitig bedürfen diese Technologien der Verortung: Bahnlinien und Straßen müssen gebaut, Leitungen gelegt werden. Dies bindet Kapital und macht es doch wieder vom Raum abhängig. Je rascher nun der Raum überwunden werden kann, umso weniger stellt er ein Hindernis dar. Aber genau dies ist der Raum im Grunde für den Verwertungsprozess des Kapitals. Wenn die Waren während des Transports verrotten, kann sich kein Markt etablieren. Wenn das Internet kein verlässliches Medium ist, kann es keinen 24-Stunden-Devisenhandel geben. **Raum ist somit ein potentieller Störfaktor, Zeit erscheint hingegen als die schöpferische Kraft.**

1.3.2 Kumulativ-zirkuläre Prozesse

Gunnar Myrdal beschrieb mit *kumulativ-zirkulären Prozessen* sehr anschaulich das Wesen von Entwicklungsprozessen. Er stellte sein **dynamisches** Konzept dem neoklassischen Markt-Modell entgegen, in dem der Markt immer ein gesellschaftliches Gleichgewicht herstellt. Demnach haben Entwicklungsprozesse sowohl eine Vergangenheit als auch eine Zukunft. Entwicklung ereignet sich **spiralenförmig**. Sie ist zirkulär, ohne aber zum Ausgangspunkt zurückzukehren, da sie gleichzeitig kumulativ, d.h. anhäufend, ist.

Der wichtigste kumulativ-zirkuläre Prozess in der Ökonomie wurde von Keynes Multiplikator genannt.

1.3.2.1 Zeitverständnis im Christentum

Das christliche Zeitverständnis beruht zum einen auf dem zyklischen Konzept der **Ewigkeit**, die zwar unendlich ist, in der aber Gott ständig gegenwärtig ist. Gott ist überall, zu allen Zeiten zugleich, er wird als simultan zu allen Zeiten gesetzt. Die Zeit ist somit eine gottgegebene Substanz der Natur und der Menschen. Es ist daher Sünde, Zeit zu messen oder schlecht zu nutzen. Diese substanzialistische Deutung der Zeit verhindert die Vorstellung, dass von Menschen über Zeit „verfügt“ werden kann, der wirtschaftliche Gebrauch von Zeit ist konsequenterweise geächtet, das Zinsnehmen und der Handel sind unstatthaft. Im mittelalterlichen Europa hatte die Gegenwart keine Eigenständigkeit. **Es gab Geschichten, aber keine Geschichte**. Die sozioökonomische Organisation des Mittelalters beruhte dementsprechend auf der Hauswirtschaft, wirtschaftliche waren von nicht-wirtschaftlichen Aktivitäten nicht trennbar. Es gab keine Vorstellung, dass Arbeitszeit von Lebens- und Freizeit zu unterscheiden sei. Der Wandel der europäischen Gesellschaftsorganisation nach dem 13. Jahrhundert untergrub das auf Ewigkeit beruhende Zeitverständnis des Mittelalters.

Das zweite christliche Zeitverständnis ist linear, ausgerichtet auf die **Erlösung**. Mit Augustinus hielt die Vorstellung Einzug, Geschichte sei ein Prozess. Dieses lineare Geschichtskonzept unterscheidet sich vom zyklischen Denken der ewigen Wiederkehr. Dem Heilsdenken folgend besteht Zeit nicht nur im Wechsel von Frühling, Sommer, Herbst und Winter, sondern auch im Weg hin zur eigenen Erlösung und der der ganzen Welt. In der Erwartung von etwas grundlegend Anderem und Besserem, das mit der Ankunft eines Messias verwirklicht wird, bekommt die Geschichte ein klares Ziel und einen klaren Höhepunkt. Dieses **teleologische** Weltbild wurde im 19. Jahrhundert mit Begeisterung von nicht-religiösen Weltanschauungen, insbesondere dem fortschrittsgläubigen Positivismus aufgegriffen.

1.3.2.2 Bürgerliches Zeitverständnis

Das Bürgertum verstand sich bis zur Französischen Revolution, bzw. bis 1848 als eine progressive Kraft, die den Adel als Subjekt der Geschichte beerbt. Mit dem Aufstieg des wurden sie zur beharrend-konservativen Kraft, dessen Zielsetzung darin besteht, das Bestehende zu verteidigen. Deshalb ist es wichtig, den Eindruck zu erwecken, als habe die Geschichte mit der bürgerlichen Gesellschaft einen End- und Höhepunkt erreicht.

"Die Ökonomen verfahren auf eine sonderbare Art. Es gibt für sie nur zwei Arten von Institutionen, künstliche und natürliche. Die Institutionen des Feudalismus sind künstliche Institutionen, die der Bourgeoisie natürliche. Sie gleichen darin den Theologen, die auch zwei Arten von Religionen unterscheiden. Jede Religion, die nicht die ihre ist, ist eine Erfindung der Menschen, während ihre eigene Religion eine Offenbarung Gottes ist. - **Somit hat es eine Geschichte gegeben, aber es gibt keine mehr**" (Karl Marx, Das Elend der Philosophie, MEW23: 96)

1.3.2.3 Zeit als Geld

Die europäischen Händler entdeckten Zeit als Geld sowohl in der **Umstrukturierung des Produktionsprozesses** als auch im Zuge des **Fernhandel** und der sich herausbildenden Weltwirtschaft. Die großen Unternehmungen der staatlich protegierten Handelskompanien beruhten auf einem klaren Konzept von Zeit: **Ich strecke heute Geld vor, damit ich morgen vielleicht viel mehr Geld zurückbekomme**. Wenn die Schiffe aus Übersee zurückkommen, bin ich ein reicher Mann, bleiben sie verschollen, drohen Probleme. Sicheres Geld heute oder viel mehr, aber unsicheres Geld morgen – dies war das zentrale Kalkül der Kaufmänner. Und damit wurde Zeit zu einem Kapital, die schnelle Rückkehr der Schiffe erhöhte den Gewinn, Verzögerungen bedeuteten Gefahr. Schnelligkeit wurde zu einer kapitalistischen Tugend.

Die endgültige **Vermarkung der Lebenszeit** erfolgte im Produktionsprozess. Arbeitszeit von der Lebenszeit zu trennen und einer Verwendung zuzuführen, die die wirtschaftlich Mächtigen wünschen, war der entscheidende Schritt in der Etablierung einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Bauern in Europa genauso wie in Afrika mussten durch Gewaltmaßnahmen gezwungen werden, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Der Zweck des Kaufs und der Verwendung von Arbeitskraft besteht darin, **Lebenszeit von Individuen als Arbeitszeit zu konstituieren**. Die Herausbildung dieser spezifischen Zeitlichkeit begründet ein Machtverhältnis: Der wirtschaftlich Mächtige gewinnt über eine bestimmte Zeitspanne hinweg souveräne Rechte über Andere. Die Verfügung über die Zeit Anderer bildet ein Hauptmerkmal unserer kapitalistischen Gesellschaften.

1.3.3 Forschen in der Zeit

Gegenwart zerfällt ständig, was heute ist, ist morgen schon Vergangenheit. Zeit ist immer in Fluss und doch halten wir die Bewegung in **Momentaufnahmen** fest. Ein Foto einer Läuferin beschreibt nicht das Laufen, sondern hält sie als an einem Ort seiend fest. Auch im Film reihen sich Momentaufnahmen aneinander, die für unser primitiv funktionierendes Auge den Eindruck vermitteln, als handle es sich um Bewegung. Wenn die Aufgabe darin besteht, eine Gewerkschaft zu beschreiben, ist dann gefragt, eine Momentaufnahme der Organisation, ein statisches Abbild eines Zustands zu liefern, oder soll eine Bewegung mit Geschichte beschrieben werden? Aber wie ist eine Bewegung anders zu beschreiben denn als eine Abfolge von Ereignissen und als Summe von Institutionen?

Die schriftliche Form, die beliebteste Methode zur Wiedergabe wissenschaftlicher Erkenntnisse, legt eine lineare Darstellungsform nahe. Wie verhält sich diese aber gegenüber simultan ablaufenden Prozessen, eben mit Strukturierung? Wie ist die Beziehung des schriftlichen Hintereinanders mit der Gleichzeitigkeit in der Wirklichkeit zu verbinden? Und wie ist damit umzugehen, dass sich die Gegenwart im Moment des Schreibens in Vergangenheit verwandelt? Ein **spiralenförmig voranschreitendes Forschungsprogramm** ist am besten geeignet, diese sowohl linearen als auch zyklischen Prozesse zu erfassen, ohne sich einzig im Kreis zu drehen.

1.4 Entwicklung

Entwicklung ist einerseits ein Prozess, der abläuft. In diesem Sinne wird auch der Begriff Evolution verwendet. Entwicklung ist aber auch das anzustrebende Ziel eines Prozesses. In dieser zweiten Bedeutung wurde es Grundlage des Entwicklungs- bzw. Planungsdispositivs.

Der Positivismus erhebt den Anspruch, eine **universell gültige Definition** von Entwicklung zu erarbeiten. Die Postmoderne leugnet die Möglichkeit universeller Konzepte und vertritt Zugänge, die die **Besonderheiten** und nicht das Verallgemeinerbare betonen. Eigenständigkeit und Vielfalt der Entwicklungen verhindert demgemäß jegliche universelle Definition von Entwicklung.

Die Auseinandersetzung um den Entwicklungsbegriff verortet sich in diesem Theoriestreit, universelle und partikuläre Entwicklungskonzepte stehen als scheinbarer Dualismus gegeneinander. Dies ist eine falsche Vorstellung, weil Entwicklungsprozesse immer interpretiert und in neue Lebens- und Denkwelten übersetzt werden müssen. Der Umstand, dass es keine neutrale und objektive Wissenschaftssprache gibt, verhindert aber keinesfalls, dass soziale AkteurInnen ihre Vorstellungen als die gesellschaftlich richtigen durchsetzen wollen. In diesem Sinne ist die Auseinandersetzung um Begriffsdefinitionen immer auch eine Auseinandersetzung um Hegemonie, um die gesellschaftliche Vorherrschaft.

Für einen systematischeren Überblick über Entwicklungstheorien vgl. Fischer, Karin et al. (Hrsg.), 2002, Internationale Entwicklung. Eine Einführung in Probleme, Mechanismen und Theorien. GEG4. Frankfurt/Wien: Brandes&Apsel/Südwind

1.4.1 Universelle Entwicklungskonzepte

Universelle Entwicklungskonzepte beanspruchen **Allgemeingültigkeit**, d.h. sie behaupten, zu allen Zeiten an allen Orten gültig zu sein. Es handelt sich also um Raum-Zeit-unabhängige Wahrheiten. Es wird davon ausgegangen, dass es eine einheitliche Vorstellung davon gibt, was ein guter und anzustrebender Entwicklungszustand sei.

Universellen Definitionen liegt zumeist das Konzept **nachholender Entwicklung** zugrunde. Der Rest der Welt habe die Reichen nachzuahmen. Demnach werden bestimmte Merkmale der abendländisch-westlichen Kultur zu universellen Werten der Menschheit: Modernisierung, Rationalisierung, Sekularisierung, Menschenrechte und Demokratie sind einige dieser zumeist liberalen Werte, die wichtige Eckpfeiler dieser universellen Entwicklungskonzepte darstellen. Im Konzept von Good Governance wird dies zusammengefasst.

Entwicklung läuft demnach linear ab, sie sei, gleich einer **Stufenleiter**, empor zu klettern: Sei dies vom Kleinkind zum Jugendlichen und Erwachsenen oder vom Einzeller im Zuge der menschlichen Stammesgeschichte zum homo sapiens. Ländern ergehe es hierbei nicht anders, denn das entwickelte Land zeige dem weniger entwickelten das Bild seiner eigenen Zukunft. So wie die Dinge heute in den USA laufen, so ähnlich schaut es in Österreich in 10 Jahren, in Südafrika in 25 und in Indien in 40 Jahren aus; so die Hoffnung der „OptimistInnen“. In der Tat ist dieser Sickerereffekt von Fortschritt und Modernisierung beobachtbar: Fernsehapparate, Kühlschränke und Autos verteilen sich über den ganzen Globus und sind heute – wenn auch sehr ungleich verteilt – an allen Ecken der Welt zu finden. PessimistInnen wiederum meinen, die Stufenleiter habe oben nur Plätze für einige Wenige anzubieten. Die, die unten angesiedelt sind, können denen oben zwar zuschauen, ihre Randstellung wird sich aber im Rahmen der bestehenden Ordnung nicht ändern. Afrika bleibt Afrika und der Reichtum Lateinamerikas fließt nach Norden, solange Herrschaft und Ausbeutung kein Ende gesetzt wird. Erst wenn die Dinge auf den Kopf gestellt werden, wenn eine Revolution gemacht wird, dann könnten die von unten ganz hinauf kommen.

1.4.1.1 Traditionelle Phasenmodelle

Phasenmodelle beschreiben die **historische Entwicklung als eine Abfolge von Phasen**.

Es gibt eine Vielzahl von Phasenmodellen der Entwicklung. Ein Gutteil hat seinen Ursprung im 19. Jahrhundert. Die gesellschaftliche Dynamik wurde hierbei mit Bildern aus der Physik erklärt. Sie wurde **sozialmechanisch** als eine Aufeinanderfolge von Entwicklungsphasen verstanden, wobei es immer um den Übergang von einer Phase fehlender Entwicklung oder Unterentwicklung hin zu einer Phase der Entwicklung ging.

Bei Max Weber findet dies durch die zunehmende Rationalisierung der Gesellschaft statt, bei Emile Durkheim durch den sich verstärkenden sozialen Zusammenhalt im Zuge der Arbeitsteilung. Bei Karl Marx finden wir zwei Erklärungen: Zum einen führt die Dynamik der Produktivkräfte, der Technologie und Kapitalisierung zu einem Klettern auf der **Stufenleiter der Höherentwicklung**. Zum anderen führt die soziale Auseinandersetzung, allen voran der Kampf zwischen den Klassen und innerhalb der Klassen, zu einer Höherentwicklung, da immer breitere soziale Gruppen an den Früchten der Besserstellung beteiligt werden.

Alle diese Phasenmodelle sind **teleologisch**, d.h. auf ein Ziel hin ausgerichtet. Irgendwann in der Zukunft wird ein vollkommener oder zumindest zufriedenstellender Endzustand erreicht: Für die Einen ist dies der Sozialismus, für Andere die Gesellschaft des Massenkonsums. Der gegenwärtige Zustand einer Gesellschaft wird dann immer im Vergleich zum vermeintlichen Endzustand gemessen: Aus dem, was noch fehlt, ergibt sich der Grad der Unter- und Nicht-Entwicklung: Die einen reden von primitiv (im Unterschied zu zivilisiert), andere von vor-

industriell (im Unterschied zu den Industriegesellschaften) und wieder andere von gemeinschafts- und damit kleingruppenorientierten (im Unterschied zu gesellschaftsorientierten und damit komplexen) Organisationsformen.

Ohne Zweifel war die Vorstellung, es gebe in der Geschichte einen Endpunkt, ein anzustrebendes Ziel, stark von der europäisch-nordamerikanischen Brille verfärbt. Wir nennen diesen Zugang, das Andere von der Warte des Eigenen aus zu bewerten, **Ethnozentrismus**. Das Eigene galt als Maßstab, an dem sich alle Anderen zu orientierten hätten. Nach 1989 wurde das Eigene, unsere demokratisch-kapitalistischen Gesellschaften, gleichzeitig zum End- und Höhepunkt der menschlichen Geschichte.

1.4.2 Partikuläre Entwicklungskonzepte

Partikuläre Entwicklungskonzepte betonen die **Besonderheiten** von konkreten Entwicklungsprozessen. Raum-Zeit-spezifische Aspekte sind im Rahmen einer **kontextuellen Analyse** in Betracht zu ziehen.

So unterschiedlich Sozialismus und Marktwirtschaft als Ziele der Entwicklung erscheinen, so teilten doch gute Teile beider Lager die positivistische Überzeugung, es gäbe eine richtige und universell gültige Vorstellung über Entwicklung. Es war dieser universelle Anspruch, der durch die Postmoderne kritisiert wurde. Woher komme die Anmaßung Europas, das Maß aller Dinge zu sein, wenn es Europa war, das seine Kolonien ausblutete, den Holocaust produzierte und Weltkriege vom Zaun brach? Welche Arroganz der US-Amerikaner, den eigenen Lebensstil als Maß aller Dinge zu sehen und weltweit Menschenrechte einzufordern, wenn sie selbst ihre indigene Bevölkerung fast ausrotteten, den Schwarzen jahrhundertlang den Status als Menschen vorenthielten und internationale Abkommen boykottierten? Eine der Reaktionen auf diese Doppelbödigkeit bestand darin, den Entwicklungsjargon als einen heuchlerischen Diskurs zu bezeichnen und Entwicklung als ideologischen Begriff zu denunzieren. Dies taten seit den 1970er Jahren immer mehr Forschende.

1.4.3 Entwicklungskritik

Die KritikerInnen von Entwicklung erheben den Vorwurf, es handle sich bei Entwicklung um eine allumfassende Theorie, die gerade wegen ihres überzogenen Anspruchs scheitern müsse. Demgegenüber wüssten die Menschen, vor allem an den Rändern der Weltwirtschaft, selbst am besten, was für sie gut ist. Sie seien eigenverantwortlich genug, selbst festzulegen, was für sie ein gutes Leben sei, wie sie es gestalten wollen, was sie verändern und was sie bewahren wollen. Das Problem wurde also einerseits in den Begriff selbst verlagert, als sei schon der Versuch, Entwicklung überhaupt anzustreben, an sich bedenklich. Andererseits wurden die Ursachen der Probleme der Welt bei denjenigen gesucht, die versuchten, die Probleme zu lösen. Die Entwicklungsorganisationen hätten das vermeintliche Scheitern von Entwicklung zu verantworten.

Das ganze Übel der Moderne wurde also in den Entwicklungsutopien selbst und den Versuchen, diese im Zuge der Entwicklungszusammenarbeit umzusetzen, verortet. Das Entwicklungs-Establishment erschien so als Feind Nummer eins der Menschen an der Peripherie. In Österreich wurde diese Sichtweise durch das Buch "Fiesta" des Mexikaners **Gustavo Esteva** bekannt. Ein eigenes Entwicklungswörterbuch von Wolfgang Sachs argumentiert ähnlich. Die **fundamentale Kritik jeglicher geplanter Entwicklung** ähnelt

derjenigen, die Hayek an sozialistischer Planung vornimmt. Sie übersieht, dass auch ohne Planung Entwicklung stattfindet. Entwicklung als ein dialektischer **Prozess kreativer Zerstörung** kann nicht wegdefiniert werden.

Anhand der **Bauwirtschaft** wird dies schnell klar: Der Wald wird gerodet, und es entsteht eine Siedlung, der Altbau wird geschliffen und ein Hochhaus entsteht. Entwicklung als kreative Zerstörung ist ein umfassender Prozess: Indem mythen- und naturverbundene Weltbilder durch rational-technische Vorstellungen ersetzt werden, entstehen gänzlich andere Denkstrukturen, und gleichzeitig geht traditionelles Wissen verloren. Wenn Menschen vom Land in die Stadt abwandern, tragen sie zur Zerstörung dörflicher Strukturen bei und schaffen gleichzeitig eine neue städtische Kultur des Lebens und Überlebens. Diese **Dialektik von Wandel und Beharrung** bildet das Wesen menschlicher Gesellschaften, unabhängig von und weit vor allen Diskursen über Entwicklung. Der Diskurs der Entwicklung griff vor rund 200 Jahren dieses alte philosophische Motiv des Wandels auf. Alle diskursiven Bemühungen waren von damals an darauf ausgerichtet, die immer rasanter werdenden Veränderungen einer sich modernisierenden und kapitalisierenden Welt zu verstehen. Entwicklung wurde sehr früh zu dem Begriff und dem politischen Instrument, mit dem die Übel des stattfindenden Wandels kuriert werden sollten. Entwicklung war daher von Herder über Marx und Comte der Versuch, durch rationale Intervention die Wunden, die Kapitalismus, Moderne und technologische Umwälzungen produzierten, zu heilen. Dieses Unterfangen wurde von engagierten Menschen unternommen, die die Vision einer besseren Welt in konkreten Entwicklungsprozessen wirksam werden lassen wollten. Anti-Entwickler stellen den Engagierten nun ein schlechtes Zeugnis einzig aufgrund des Befundes aus, dass es bei den Entwicklungsprozessen zu keinen Verbesserungen komme. Genau dies kann aber weder den EntwicklungsdenkerInnen noch den EntwicklungspraktikerInnen vorgeworfen werden. Der Entwicklungsprozess findet nämlich vielfach unabhängig von jeglichen Absichten, ihn zu beeinflussen, statt; schlechte Ergebnisse resultieren aus dem Zusammenspiel von Strukturen und dem Handeln aller AkteurInnen und nicht bloß dem selbsternannter EntwicklungspolitikerInnen. Entwicklungsprojekte können nicht viel mehr als Tropfen auf heiße Steine sein; sie für die Trockenheit zu kritisieren, ist vermessen.

1.4.4 Entwicklung als Freiheit und Befreiung

Sowohl die universalistischen als auch die partikularistischen Definitionen von Entwicklung bleiben Gefangene des dualistischen Denkens und des Positivismus. Erst im Rahmen interpretativer Sozialforschung wird es möglich, dem Dualismus von universeller und partikulärer Entwicklung zu entkommen. Entwicklung zu definieren erfordert nämlich eine Revision der Beziehung von Zielen und Mitteln und von Theorie und Praxis.

Die positivistische Zweckrationalität bastelt entweder an den Zielen, dann ist sie normativ, oder an den Mitteln, dann operationalisiert sie die Problematik. Wird Entwicklung hingegen als Prozess gesehen, kann die Zukunft als offen erkannt werden und es eröffnet sich Raum für die praktischen Initiativen von AkteurInnen.

1.4.4.1 Entwicklung als Freiheit

Der Ökonomienobelpreisträger Amartya Sen definiert Entwicklung als Freiheit. Menschen sollen frei sein, was bedeutet, dass sie **möglichst viele Möglichkeiten haben sollen, das Leben so zu führen, wie sie sich dies vorstellen**. Diese Definition ermöglicht einen

universellen Geltungsanspruch genau deshalb, weil sie Gestaltungsraum für das Partikulare und Lokale schafft. Sie lenkt das **Augenmerk auf die Handlungsmöglichkeiten, ohne aber die strukturellen Beschränkungen zu vergessen**, denen viele Menschen ausgesetzt sind. Entwicklungszusammenarbeit steht daher vor der Herausforderung, strukturelle Zwänge nicht aus den Augen zu verlieren und gleichzeitig konkrete Schritte zu setzen, Handlungsspielräume zu erweitern.

1.4.4.2 Entwicklung als Befreiung

Befreiung als Ziel von Entwicklung weist auf die **Wichtigkeit von Strukturveränderung** und die **Überwindung von Herrschaft** hin. Kritische Forschung darf sich nicht auf das Sammeln von Daten und Fakten beschränken, sondern eignet sich ein Kontext- und Strukturwissen über die Wurzeln von Gesellschaften an. Tiefenstrukturen müssen verstanden und Perspektiven für **strukturveränderndes Handeln** eröffnet werden. Ein von ExpertInnen zusammengestellter Katalog eines Endzustands, ohne jegliche Vorstellung, wie die Kluft zwischen Ist- und Endzustand zu überbrücken sei, nützt den Armen wenig.

Eine positivistische Sozialforschung macht es sich dann einzig in einer **Nische im Universitäts- und Consultingwesen** bequem und stellt ihr Wissen bei Bedarf den EntscheidungsträgerInnen zur Verfügung. Ihre Legitimation wird aber langfristig zu Recht darunter leiden, vorrangig die **eigene Macht-Wissens-Position** ausgenutzt und wenig zu einer gerechteren Verteilung von Macht und Wissen beigetragen zu haben. Dies wird die positivistische Entwicklungsforschung dann in eine existenzielle Krise führen, wenn sie zwischen den eigenen hohen normativen Ansprüchen und der Vereinnahmung durch die Machtstruktur zerrieben wird.

Deshalb wird die Zurückgewinnung von **Reflexionsfähigkeit** für die Sozialforschung zu einer Frage des eigenen Überlebens. In der kritischen Reflexion über gesellschaftliche Hierarchien wird das Augenmerk auf Tiefenstrukturen der Entwicklung gelenkt. Nur so kann Wissen einen Beitrag zur Befreiung von den vielfältigen Formen von Herrschaft leisten.

1.4.4.3 BEISPIEL: Lateinamerikanische Basisbewegungen

In den lateinamerikanischen Basisbewegungen ging es im Widerstand gegen die Militärdiktaturen der 1960er und 1970er Jahre darum, sich gemeinsam zu bewegen, Bewegungen zu bilden. *Caminhando* – sich auf dem Weg befinden - war Selbstverständnis der Initiativen der Unterdrückten. Sie bildeten Gemeinschaften, veränderten ihr Leben, gründeten Genossenschaften und Gewerkschaften, lasen gemeinsam die Bibel oder lernten erstmals schreiben. All dies waren Prozesse der Veränderung, mittels derer sie sich über sich selbst, ihr Leben und ihre Gesellschaft bewusst wurden: Wer bin ich? Was will ich? Wo stehe ich?

Bewusstseinsbildung war das Schlüsselwort dieser Praxis des Lernens, verstanden als Schritte, um die eigene Welt verstehen und gestalten zu können. **Paulo Freire**, ein brasilianischer Pädagoge, wurde berühmt, als er **Bildung als eine Praxis der Freiheit** definierte und seine Methode des gemeinsamen Lernens, das am Alltag der Menschen orientiert war, in Alphabetisierungskampagnen umsetzte, an denen Millionen Menschen beteiligt waren. Auf dem Weg der Entwicklung begegnen den Wandernden Widerstände, werden sie am Weiterkommen gehindert. Schnell wird klar, dass nicht alle Gruppen begeistert

sind, wenn sich Benachteiligte auf den Weg machen. Basisinitiativen sind deshalb **“Schulen des Volkes”**, wo mehr gelernt wird als innerhalb der vier Wände der Klassenzimmer. Diese Form des Lernens als Praxis der Befreiung ist radikal, weil es die Wurzeln der Probleme anspricht. Die Benachteiligten lernen, dass Entwicklung nicht für alle das gleiche bedeutet, dass Interessen gegeneinander stehen und der Weg der Entwicklung voller Widersprüche und Widerstände ist. Entwicklung wird politisch, sie wird zu einer Frage der Macht und zu einer Befreiung von Strukturen, die die Gestaltungsräume von Menschen einschränken.

1.5 Macht

Macht bildet einen sozialwissenschaftlichen Schlüsselbegriff, der auch für politökonomische Analysen bedeutsam ist. Die Machttheorie unterscheidet drei Konzeptualisierungen:

- 1.) Der Machtmechanik folgend rührt Macht aus der Verfügung über **Ressourcen**. Es ist ein handlungstheoretisches Konzept und bevorzugt Sozialtechniken als politische Intervention.
- 2.) Macht kann aber auch als Kontrolle der (Spiel-)Regeln definiert werden. Entzieht sich die Erstellung der Regeln dem Handlungszugriff, dann führt dies zu einem verfestigten Machtbegriff, der Macht einzig als Struktur zu versteht. Dies führt dazu, die Mächtigkeit von Strukturen zu überschätzen.
- 3.) Die Integration von handlungs- und strukturtheoretischen Ansätzen wird mit dem Konzept der Konstruktion von Macht möglich. Macht entsteht in der Dialektik von Struktur und Handeln.

Strukturen sind keineswegs Sachzwänge, die unabänderlicher Bestandteil unseres Schicksals seien. Vielmehr werden Sachzwänge durch politische Entscheidungen produziert und sind durch freie Entscheidungen mächtiger Gruppen veränderbar. **Macht zu haben erlaubt zu gestalten**, daher wird es zur politischen Schlüsselfrage, wer jeweils mächtig ist. Wenn Strukturen durch Menschen gemacht werden, wie indirekt auch immer, dann hat dieses menschliche Handeln Bedeutung und dann gilt es, **strukturtransformierende Formen von Handeln** zu finden. Entwicklung als Freiheit und Befreiung zu definieren rückt somit die Frage der Macht ins Zentrum der Analyse und erfordert Ermächtigung.

1.5.1 Machtmechanik

Die Machtmechanik sieht Macht in einer Menge an Ressourcen begründet, über die Einzelne und Organisationen verfügen. Wer viel hat, kann Anderen ein bestimmtes Verhalten aufzwingen. Macht ergibt sich aus der **Verfügungsgewalt über Ressourcen**, wobei darunter nicht nur Geld sondern auch Wissen, Zeit, Organisationsfähigkeit und staatliche Bereitstellung von Mitteln und Diensten verstanden werden. Die Mächtigen verfügen über mehr Ressourcen und können so Entscheidungen zu ihren Gunsten beeinflussen. Die Welt ist demnach durch eine Hierarchie von Eigentum und Wissen gespalten.

Gegenmacht als mechanisches Konzept bedeutet ebenso die **Ausübung** von Macht durch MachthaberInnen als den **Widerstand** gegen ebendiese. Es ist dies eine dualistische, und damit stark vereinfachende Sichtweise von Macht. Im Kapitalismus ist die ökonomische von der politischen Macht getrennt, daher gibt es auch einen ständigen Widerspruch zwischen den staatlichen Machthabern und den EigentümerInnen von Kapital, denn es ist keine ausgemachte Sache, dass die Mächtigen kooperieren und sich nicht konkurrenzieren.

Macht zu haben, heißt über eine Position zu verfügen, von der aus **Macht ausgeübt werden kann**. Macht wird zumeist "oben" verortet und besteht darin, über **Ressourcen** – Geld, Zeit, Land, Wissen, soziale Kontakte – zu verfügen. Handlungsmöglichkeiten ergeben sich aus der Verfügung über Ressourcen.

Die Machtmechanik basiert auf dem positivistischen Gesellschaftsverständnis. Politisches Handeln ist Sozialtechnik und gleicht der Intervention von Sozial-IngenieurInnen. Im mechanischen Bild von Gesellschaft ist Macht **die Fähigkeit, das Eigene durchsetzen zu können**. Die anderen, die Machtlosen sind Billardbälle, die von den Mächtigen verschoben werden. Es gibt **AkteurInnen, die herrschen bzw. sich ermächtigen** wollen. Um die Macht der Herrschenden einzuschränken hilft einzig die Bildung von Gegenmacht in einem Prozess der kollektiven Ermächtigung der Benachteiligten, sei dies in Gewerkschaften, Genossenschaften oder anderen kollektiven Organisationen. Ethisch gesprochen werden die Benachteiligten zu den Guten, die Unterdrücker zu den Bösen. Dies ermöglicht zwar ein **klares politisches Programm**, weil es den Gegner benennt, es fördert aber eine der großen Schwächen der Linken: Die **fehlende Selbstkritik und die mangelnde Selbstreflexion** des eigenen Handelns. Zu meinen, auf der Seite der Unterdrückten zu stehen, legitimiere schon jegliches Handeln und mache einen selbst zum Guten und die GegnerInnen zu den Bösen, ist ein gefährlicher Gedankengang. Das **Freund-Feind-Denken** reduziert die Vielfalt des Lebens auf eine Schwarz-Weiß-Sicht, es produziert so einen **Essenzialismus**, der schnell auch ins Gegenteil verkehrt werden kann. Warum sollen sich nicht auch die Besitzenden und Wissenden als Gute verstehen, und die Habenichtse als Böse stigmatisieren?

Die Personalisierung von Gut und Böse leistet dem Fundamentalismus Vorschub und hat in der Regel fatale Folgen: Im Kampf des Guten gegen das Böse ist es immer das Volk, das die Toten stellt. Wäre die Vergöttlichung und Dämonisierung von AkteurInnen möglich, wäre das politische Handeln einfach. Es wäre bloß notwendig, die moralische Essenz von gut und böse offenzulegen, sich auf die Seite des Guten zu stellen und damit ein gutes Ende herbeizuführen. Doch leider ist dies in komplexen Gesellschaften und komplizierten Konjunkturen nicht möglich.

1.5.1.1 Vom Kommunistische Manifest zum 18. Brumaire des Louis Bonaparte

Der Marxismus war die Theorie und die politische Bewegung, die ein **mechanisches Gegenmachtmodell** politikfähig machte. Glühende AntimarxistInnen kennen genauso wie BildungsbürgerInnen und GewerkschafterInnen die Sätze am Beginn des 150 Jahre alten Kommunistischen Manifests von Karl Marx und Friedrich Engels:

„Die **Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen**. Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, kurz, *Unterdrücker und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander*, führten einen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen“ (Marx, Engels 1986<1848>).

Diese Stelle aus dem Manifest wurde von BefürworterInnen und GegnerInnen gleichermaßen falsch verstanden. Sie wurde als wissenschaftlicher Text gelesen, und war in Wahrheit ein **Pamphlet**, geschrieben mit der Absicht, eine Wirklichkeit zu produzieren, und nicht so sehr, eine Wahrheit kundzutun. Es war ein Text mit Werbecharakter, eine Werbung für eine neue Bewegung – den Kommunismus -, deren historische Rolle es zu betonen galt und deren prognostizierter Sieg zu einer **selbsterfüllenden Prophezeiung** werden sollte. Marx und

Engels wollten Wirklichkeit produzieren, die LeserInnen sahen darin später jedoch ein Kochbuch, wie Revolutionen vor sich gehen – als lineare Abfolge von Kämpfen mit vorhersehbarem Ergebnis. Dies ist zwar analytisch falsch, politisch war das Gegenmachtmodell aber wirksam. 150 Jahre nach dem Erscheinen des Manifests hatte die Arbeiterbewegung den Kapitalismus verändert und breiteren Schichten Wohlstand gebracht. Auch hier gilt erneut: So falsch ein Modell auch ist, so geschichtsmächtig kann es in bestimmten Konjunkturen werden.

Das Kommunistische Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels erschien 1844, es strotzt vor Siegesgewissheit. 1848 kam es zwar zur Revolution, gleichzeitig aber auch zu ihrer Niederschlagung. Es war die Niederlage, die Marx zu erneuter Reflexion nötigte. Die Umstände zwangen ihn, sein mechanisches Erklärungsmodell über Bord zu werfen. Der **18. Brumaire des Louis Bonaparte** zeugt davon. Es war nicht einfach das Proletariat, das durch das Kapital besiegt wurde; nicht einfach die Unterdrückten zwangen die Unterdrückten in die Knie. Eine Schlüsselrolle kam beispielsweise in Frankreich den Parzellenbauern zu. Sie erwarteten vom Staat den Schutz vor wirtschaftlichen Umwälzungen. Die zweite Stütze Napoleons III war das Lumpenproletariat (wir würden heute vom informellen Sektor sprechen), das ebenfalls einen starken Staat wollte, der nicht direkt vom Großbürgertum verwaltet wird. Beide an sich unterdrückten Klassen verbündeten sich mit Napoleon gegen Bürgertum und Proletariat. Der Klassenkampf endete mit der gleichzeitigen politischen Marginalisierung von Sozialisten und Liberalen. Detailliert beschreibt Marx diese Auseinandersetzungen, fern jeglicher Mechanik zeigt er das Zusammenspiel von Struktur und Handlung, wie Ereignisse bedeutsam sind und gleichzeitig ein Ereignis durch strukturelle Zwänge gleichsam das nächste heraufbeschwört.

Das populistische Bündnis des internationalen Kapitals mit den Allerärmsten und dem informellen Sektor ist auch im 21. Jahrhundert eine oft beobachtbare politische Strategie des Establishments. Die Liberalen scheiterten gegen Napoleon III kläglich. Sie waren nicht imstande, „die Herzen und Hirne“ der Menschen zu erobern, und ihre Macht abzusichern. Es ist daher kein Zufall, dass sich jeder real existierende Liberalismus, um erfolgreich zu sein, mit anderen Ansätzen verbindet, sei dies im Sozialliberalismus, der auf den sozialen Ausgleich oder zumindest ein Fürsorgemodell für die Ärmsten setzt, oder im autoritären Liberalismus, der einem starken Mann die Aufgabe zuweist, die Exzesse der Freiheit zu korrigieren.

1.5.1.2 Selbst-Befreiung der Unterdrückten

Die Analyse gesellschaftlicher Prozesse und von sozialen und politischen Bewegungen zeigt, dass die Selbst-Befreiung der Unterdrückten zwar manchmal als **Mythos** konstruiert wurde, in Wirklichkeit aber nicht stattfinden kann. Die **Unterschicht benötigt Intellektuelle und FührerInnen** aus anderen gesellschaftlichen Schichten, die den gesellschaftlichen Kontext und damit Handlungsmöglichkeiten kennen.

Genauso ist es aber eine Form des Selbstbetrugs, wenn die Mittelschicht glaubt, sie wäre Kraft ihres Wissens und ihrer Zahl gesellschaftlich bestimmend. Die **Mittelschicht als Massenphänomen ist das Ergebnis des Wohlfahrtsstaats**. Wenn das Lohnverhältnis von sozial- und arbeitsrechtlichen Regulierungen befreit wird, dann löst sich auch ein Gutteil der Mittelschicht auf: Entweder sie werden zu VerwalterInnen des Kapitals, d.h. sie steigen auf zu hochqualifizierten und privilegierten DienstleisterInnen, oder sie werden zu Lohnabhängigen und damit zu einem Teil der Arbeiterklasse. Es ist der Irrtum des Positivismus, das nämlich Wissen neutral sei und der Gesellschaft diene, der die Mittelschicht zur Überschätzung ihrer

Bedeutung führt. Die Mittelschicht, von LehrerInnen bis VerwaltungsbeamtInnen, von ÄrztInnen bis ProfessorInnen, vertritt nicht das Allgemeinwohl, sondern die ganz spezifischen Interessen ihrer Schicht. Nun sind diese Interessen aber widersprüchlicher als diejenigen von Klassen und klar definierten Interessengruppen: Sie wollen weniger Steuern zahlen und daher weniger Staat; sie wollen aber auch öffentliche Leistungen, weil die privaten sozialen Dienste oft unerschwinglich sind.

Die Mittelschicht muss sich also einer der beiden Grundklassen, Arbeit oder Kapital, zuwenden. Die einfachere Variante, die sich bloß an das Bestehende anpasst, ist die Orientierung nach oben. Paradoxerweise hätte gerade diese konservative Option der Mittelschicht in der gegenwärtigen liberalen Regulation ihre eigene Auflösung zur Folge. **Als Bindeglied der Gesellschaft kann die Mittelschicht nur in einem Wohlfahrtsstaat überleben.** Deshalb muss sie sich mit den Benachteiligten verbünden, für die der Wohlfahrtsstaat ebenfalls von zentraler Bedeutung ist.

1.5.2 Machtstrukturen

Macht wirkt nicht nur über Ressourcen, sondern auch über **Regeln** und fließt deshalb in allen sozialen Beziehungen, Macht schafft Dispositive und Regulation. Gesellschaftliche Spielregeln, seien es Gesetze, Institutionen oder kulturelle Werthaltungen, eröffnen den einen Möglichkeiten und zwingen den anderen Beschränkungen auf.

Macht kann als **verfestigte soziale Beziehung** verstanden werden, als eine Struktur, in der die Einzelnen einzig Spielbälle sind, die ein Schicksal zu erdulden haben. Verfestigte Macht wird zu **Herrschaft**. Das Kapital ist ein gesellschaftliches Verhältnis, das den Raum für die Transformation und Gestaltung sozialräumlicher Polarisierung wesentlich strukturiert. Das Kapital beschränkt Handlungsmöglichkeiten, determiniert aber Handlungen nicht vollständig und bedarf sogar zu seinem Fortbestehen dem Handeln freier Menschen. In diesem Widerspruch wurzelt eine weitere Quelle der Instabilität sozialräumlicher Ordnungen.

Die Sozialliberalen haben eine eingeschränkte Vorstellung von Handlung, weil sie die Gesellschaft als ein unveränderbares, fertiges Haus akzeptieren. Die naheliegende Alternative zu diesem halbherzigen Reformismus besteht in der Revolution, das heißt im Neubau ohne Rücksicht auf Verluste. Die VerwalterInnen des Hauses müssen entmachtet werden, damit neue Herren die Möglichkeiten haben es besser zu machen.

1.5.3 Macht konstruieren

"Macht ist, was den öffentlichen Bereich, den potentiellen Erscheinungsraum zwischen Handelnden und Sprechenden, überhaupt ins Dasein ruft und am Dasein erhält. Das Wort selbst ... die lateinische "potentia" mit ihren Abwandlungen in modernen Sprachen, die deutsche "Macht", die sich von "mögen" und "möglich" und nicht von "machen", herleitet - weist deutlich auf den potentiellen Charakter des Phänomens hin. Macht ist immer ein Machtpotential, und nicht etwas Unveränderliches, Meßbares, Verlässliches wie Kraft oder Stärke. Stärke ist, was ein jeder Mensch von Natur in gewissem Ausmaße besitzt und wirklich sein eigen nennen kann; Macht besitzt eigentlich niemand, sie entsteht zwischen Menschen, wenn sie zusammen handeln, und sie verschwindet, sobald sie sich wieder zerstreuen. ... Eine zahlenmäßig kleine, aber durchorganisierte Gruppe von Menschen kann auf unabsehbare Zeiten große Reiche und zahllose Menschen beherrschen" (Arendt 1981: 194).

"Diese Begrenztheit von Macht durch Pluralität ist nicht zufällig, weil ihre Grundvoraussetzung ja von vornherein eben diese Pluralität ist. Hieraus erklärt sich auch die merkwürdige Tatsache, daß Machtteilung keineswegs Machtminderung zur Folge hat, ja daß das Zusammenspiel der "Gewalten", das auf Teilung beruht, ein lebendiges Verhältnis von sich gegenseitig kontrollierenden und ausgleichenden Mächten hervorruft, in dem vermöge des in ihm waltenden Miteinander mehr Macht erzeugt wird" (Arendt 1981: 195).

"Unter menschlichen Verhältnissen ist das einzige, was sich mit Macht messen kann, nicht Stärke - die wehrlos ist, wenn sie mit Macht konfrontiert ist -, sondern die der Gewalt eigene Kraft, mit der tatsächlich ein Einzelner viele zwingen kann, weil sie in der Form der Gewaltmittel anhäufbar und monopolisierbar ist. Gewalt aber kann Macht nur zerstören, sie kann sich nicht an ihre Stelle setzen" (Arendt 1981: 196)

1.5.3.1 Macht als Beziehung

Macht ist ein **relationales** Konzept, denn **Macht fließt in sozialen Beziehungen**. Eine dialektische Sichtweise von Struktur und Handlung betont den Aspekt der Konstruktion von Macht. Hierbei werden **handlungs- und strukturtheoretische Sichtweisen in einem integrierten Ansatz aufgehoben**. Macht wird von Einzelnen besessen und sie fließt gleichzeitig in sozialen Beziehungen. Gesellschaftliche Projekte und die Auseinandersetzung um die Dominanz in Wirtschaft und Gesellschaft ist immer ein Prozess der Produktion von Macht. Aus diesem Grund ist die **Organisation sozialer Beziehungen** zentraler Bestandteil von Machtstrategien.

Machtfelder sind gesellschaftliche Kraftfelder, die aus **überlappenden und überschneidenden sozialräumlichen Machtnetzwerken** bestehen und unterschiedliche **Möglichkeitenräume für Freiheit** eröffnen. Es ist eine Frage der **Strategie** und der **Taktik**, wieweit es Einzelnen oder Gruppen gelingt, ihre Interessen in Netzwerken und Allianzen zu artikulieren. Die Sozialmechanik hingegen verführt zu einer Einteilung in Gute und Böse, was beim Schließen von Bündnissen nicht weiterhilft.

1.5.3.2 Ermächtigung

Das an der **Mechanik** orientierte und heute vorherrschende Konzept der Ermächtigung (**empowerment**) besteht darin, dass die **Benachteiligten Zugang zu mehr Ressourcen** bekommen.

Über diese mechanische Konzeptualisierung hinaus kommt in einem **machtstrategischen Zugang** dem Prozess, in dem **Menschen gemeinsam Macht erwerben**, eine große Bedeutung zu. Der Prozess der Ermächtigung ist Teil von Entwicklung, vielleicht sogar schon ein Ziel an sich. Der Weg der Entwicklung ist auf jeden Fall nicht nur eine Übergangsphase hin zum wahren und einzig wichtigen Ende des Prozesses. Da wir den Weg der Entwicklung niemals verlassen werden, ist die Art und Weise, wie wir uns im Prozess von Entwicklung als Einzelne und Gruppen bewegen, von großer Wichtigkeit. Der **Widerspruch zwischen Prozess und Ziel** ist damit zwar nicht gelöst, er begleitet alle Entwicklungsbemühungen bis heute, die Spannung zwischen Ansätzen, die die eine oder andere Seite des Dialektik betonen, wird nun aber verständlicher.

Ermächtigung strebt die Veränderung sozialer Beziehungen und die Umgestaltung des Machtfeldes an, in dem wir handeln. Ermächtigung will die Innen- und Außenarchitektur des

Hauses verändern, indem in einem kollektiven Prozess alle BewohnerInnen ihre Wünsche einbringen und auch anpacken können, um ein besseres Gebäude zu errichten.

1.5.3.2.1 Reflexion als Schlüsselkategorie

Der Reflexionsarbeit kommt eine Schlüsselrolle im Ermächtigungsprozess zu, denn selbst mit den scheinbar unbestreitbar positiven Werten von Kooperation und Solidarität sind ernste Probleme verbunden. Die Geschichte der emanzipatorischer Politik ist ja oft nichts anderes als der Versuch, immer wieder mehr oder weniger brauchbare Kompromisse zu finden, die **moralische Ansprüche mit konkreten Möglichkeiten vereinbar** machen. Viele Studien beweisen, wie gering eigentlich der Aufwand wäre, um die Armut weltweit zu beseitigen und besonders hartnäckige Krankheiten auszurotten. Und trotzdem bestehen diese Probleme fort. Nun sagen die einen, dass wir nur ehrlicher, moralischer oder vernünftiger – auf jeden Fall aber effizienter und professioneller – an die Probleme herangehen müssten, dann wäre eine Lösung rasch möglich. Ein für alle Mal könnten dann die Schandmale moderner Zivilisationen, seien dies der Hunger, die Slums oder ethnische Säuberungen, beseitigt werden. Über die Instrumente, die für derartig professionelles Agieren notwendig sind, liefert die Forschung und Praxis der Entwicklungszusammenarbeit viele Informationen. Die anderen meinen, dass Vorsicht bei dieser optimistischen Einschätzung von Sozialtechniken geboten ist. Die Beharrlichkeit, mit der mit jeder technologischen Neuerung und jeder neuen wissenschaftlichen und politischen Mode das endgültige Ende der Misere angekündigt wird, und das fast ebenso häufige Eingeständnis des eigenen Scheiterns beweisen, wie wichtig in diesem Zusammenhang Fragen der Macht sind.

1.5.3.2.2 Ethisch Handeln

Macht wird nicht besessen, sondern fließt in sozialen Beziehungen. Daher gilt es, **in diesen Beziehungen richtig zu handeln**. Michel Foucault hat darum gerungen, eine Lebensform zu finden, die nicht so sehr durch Strukturen bestimmt ist. **Foucaults Ethik** zielt darauf, weniger durch strukturelle Zwänge regiert zu werden und mehr sein eigenes Leben zu gestalten. Es ist dies eine Ethik, die das Gute und Böse als fließende Begriffe sieht, die kaum verortbar sind, geschweige denn sich definitiv in Personen verkörpern. Jede Person ist in Beziehungen eingebunden, die moralisch immer mehrdeutig sind. Daher finden sich in jeder Person gute und böse Elemente, weshalb das Theater des Guten und des Bösen, das auf Kosten des Volkes aufgeführt wird, nicht länger gespielt werden kann. Keine menschliche Person, keine Organisation hat eine moralische Essenz. Manche soziale und politische Bewegungen befinden sich in bestimmten Konjunkturen im Recht. PhilosophInnen und TheologInnen mögen klare Vorstellungen vom guten Leben haben. Die Weltanschauungen liegen hier nicht sehr weit auseinander, was das Wesen dieses guten Lebens betrifft. Trotzdem bleiben diese moralischen Standards bedeutungslos, solange sie nicht gesellschaftlich durchgesetzt werden. Gegenwärtig sind weltweit die ethischen Standards kapitalistisch-demokratischer Marktgesellschaften vorherrschend. Davon abweichende Vorstellungen vom guten Leben haben nur geringe Chancen, gesellschaftlich wirksam zu werden.

Die – selbsterklärten – „Guten“ gleichen der **unbeweglichen Eiche**, die lange dem Unwetter standhält. Eine kleine Gruppe Gleichdenkenden reicht aus, um die Missachtung durch die restliche Gesellschaft, in der das „Böse“ sich verbreitert, zu erdulden. Sie sieht sich als Avantgarde und ist doch marginal.

Wenn es aber hart auf hart geht, bricht die Eiche oder wird der Baum entwurzelt. Die Moral des radikalen Reformismus, die diesen moralisierenden Essenzialismus vermeidet, gleicht hingegen dem **Schilfrohr, das dem Wind nachgeben kann, ohne sich zu entwurzeln**. Zum einen ermöglicht die feste Verwurzelung die oberflächliche Flexibilität, zum anderen werden die Wurzeln nicht brutal aus dem Boden gerissen, weil das Schilfrohr den ärgsten Druck abfangen kann. Der Widerstand gegen die herrschende Ordnung darf niemals fundamentalistisch sein, dazu durchdringt die Macht die sozialen Beziehungen zu sehr. Auch der Widerstand kann sich der Anziehungskraft des herrschenden Dispositivs nur schwer entziehen. Im Bewusstsein der strukturellen Macht ist es dem Bild vom Schilfrohr folgend notwendig, reflektiert zu handeln um weder Ideale zu verraten noch sich grundsatztreu selbst zu isolieren.

1.5.3.2.3 Weltentwicklung und Persönlichkeitsentwicklung

Ereignisse wie die Ermordung des chilenischen Präsidenten Salvador Allende am 11.9.1973 oder das Attentat auf das World Trade Center am 11.9.2001 rufen Empörung hervor und wecken in vielen Menschen den Wunsch etwas zu tun: Die einen wollen Rache und das Böse ausrotten, sei dies den Kommunismus, den US-Geheimdienst oder islamische Extremisten. Andere wollen helfen: Geld und Blut spenden, Menschenrechtsgruppen beitreten oder Entwicklungsprojekte fördern. Wenn sich die Wogen der Emotion glätten, meldet sich aus dem Hinterkopf dann aber langsam und zaghaft der Verstand: Hat das Böse Name und Anschrift? Was bewirkt Amnesty International gegen Militär und Geheimdienst? Was soll ich tun, welchen Beitrag kann ich leisten, Ungerechtigkeit zu verringern? Diese Fragen gehen uns alle an und uns allen nahe. Sie beschäftigen uns und fordern uns heraus, die Rolle des bloß Beobachtenden zu verlassen. Die **Weltentwicklung hat damit etwas mit der eigenen Persönlichkeitsentwicklung zu tun**.

Lernen erlaubt, andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen kennenzulernen, andere Sprachen zu lernen und fremde Kulturen zu studieren. Wer sich mit Fragen von Migration und gerechtem Welthandel beschäftigt, der blickt über den Tellerrand der eigenen Kultur mit all dem, was uns vertraut ist. Das hat zur Folge, dass das Lernen über das Fremde rasch auch etwas mit uns, unserem Lebens- und Arbeitsstil, unserer Lebensführung und unseren Konsumgewohnheiten zu tun hat.

1.5.3.3 Politisches Urteilen

Politisches Urteilen ist ein schwieriger Prozess des **Abwägens**. Es erfordert **Wissen und Macht** und wird damit Teil einer Wissens- und Machtstruktur. Gute Absichten reichen nicht aus, um gute Ergebnisse zu produzieren. Das Richtige zu tun, bedeutet auch nicht notwendigerweise das Gegenteil dessen zu tun, was meine Feinde anstreben.

So schätzten Celso Furtado und andere lateinamerikanische StrukturalistInnen die Moderne und die europäische Kultur- und Lebensweise und gerade deshalb aber konnten sie zu radikalen KritikerInnen der Weltwirtschaftspolitik der USA und Europas werden. Es waren also Menschen aus dem Süden, kosmopolitisch ausgerichtete ModernisiererInnen, die den Norden kannten und mit ihm sympathisierten, und trotzdem oder gerade deshalb zu den schärfsten Kritikern des Nordens wurden. Die nicht eingelösten Versprechen von Freihandel und Modernisierung wurden zum Ausgangspunkt einer Gegenbewegung zur Stärkung der nationalen Souveränität. Das Nationale, d.h. ein partikularer Raum, schien ihnen die

erfolgsversprechendste Möglichkeit, sich den universellen Werten von Freiheit und Gleichheit anzunähern. Waren sie also bloß - verkappte - AnpasslerInnen oder - teilweise erfolgreiche - BefreierInnen von Abhängigkeiten? Stärkten sie die Eigenständigkeit oder legten sie den Grundstein weitergehenden Ausverkaufs? Wer kann sagen, ob sie auf Seiten der Guten oder der Bösen standen? Wir sehen, die Logik, die aus der Ursache auf die Wirkung schließt und klare Antworten braucht, greift zu kurz, wenn Entwicklung als Totalität bewertet werden soll. Logik und Mechanik helfen, Maschinen zu steuern, sie sind aber keine brauchbarer Weggefährten zum Gestalten des zwischenmenschlichen Zusammenlebens. Gesellschaft und gute Politik erfordert aufgrund der widersprüchlichen Ordnung, in der wir leben, ein komplexeres Handeln als bloß des Kampfes von unten gegen oben.

1.5.3.4 Macht konstruieren: Das Beispiel Verkehrspolitik

Im Fordismus war, wie der Name schon andeutet, das Auto das bestimmende Verkehrsmittel. Die Verkehrsorganisation wurde rund um den motorisierten Individualverkehr aufgebaut. Dies führte zu ökologischen und stadtplanerischen Problemen, die die Politik seit über 30 Jahren zu lösen versucht. Der Widerstand gegen die autozentrierte Verkehrspolitik folgte dem Prinzip „global denken – lokal handeln“. Die Warnungen von den Grenzen des globalen Wachstums wurden von Bürgerinitiativen aufgegriffen, die Verkehrsberuhigung forderten. Diese lokalen Initiativen waren erfolgreich im Widerstand gegen eine weitergehende Umwandlung der Stadt im Interesse des Autoverkehrs und zulasten der Lebensqualität. Hierbei verbündeten sich radikale ÖkologInnen mit konservativen BürgerInnen gegen die Bauwirtschaft und Autolobby. Ökofundis und Konservative mögen wenig miteinander gemein haben, auf dem politischen Feld der Verkehrsberuhigung trafen sie sich und schmiedeten ein wirksames Bündnis, das dazu führte, dass die lokale Entwicklung anders abgelaufen ist als sich dies die Autolobby erhoffte. Es konnten Wände verschoben werden, indem Fußgängerzonen entstanden, Freiraum geschaffen wurde und Stadtökologie unbestritten wichtig geworden ist.

Die Umweltbewegung konnte vor Ort eine Reihe von Erfolgen erzielen, nachhaltige Entwicklung wurde ein Anliegen der Gesamtgesellschaft und keinesfalls nur einer radikalen Minderheit. Trotzdem befindet sich eine alternative Verkehrspolitik in Europa und weltweit in der Defensive. Die Ursache dafür ist in der Akzeptanz des neoklassischen Marktmodells und damit der kapitalistischen Marktwirtschaft zu suchen. Sozialliberale Verkehrspolitik akzeptiert heute den freien Welthandel genauso wie den EU-Binnenmarkt und beschränkt sich darauf, innerhalb dieser den ökologischen Interessen eines kleinräumigen Wirtschaftens diametral entgegengesetzten Wirtschaftsordnung die eine oder andere Verbesserung durchzusetzen.

Die früher so laute Kritik an Wachstum, Industrialisierung und Kapitalismus ist verstummt; das Haus wird in seinen Grundfesten akzeptiert. Aber wie soll unter diesen Bedingungen sinnvoll die Innenarchitektur verändert werden: wie soll eine nachhaltige Verkehrspolitik in einer Stadt wie Wien funktionieren, wenn jährlich über 10.000 PKWs hinzukommen? Aus welchen Quellen sollen die Mittel für den öffentlichen Verkehr kommen, wenn keine Steuern erhöht werden dürfen? Wie wollen es Sozialliberale rechtfertigen, freie Bürger an ihrer freien Fahrt zu hindern? Unter dem Aspekt internationaler Entwicklung gewann das politische Feld der Verkehrsberuhigung und der Ökologie nach dem 11.9.2001 noch einmal an Bedeutung: Es ist ja das auf Erdöl basierende Verkehrs- und Industrialisierungsprojekt, das es für das Zentrum so wichtig macht, den arabischen Raum ruhig zu halten. Es würde den ökonomischen Lebensnerv Europas und der USA treffen, könnten die erdölproduzierenden

Länder über ihre Ressourcen frei entscheiden. Es ist daher für die Zentren von vitaler Bedeutung, dass loyale, wenn auch korrupte Diktaturen auf der arabischen Halbinsel regieren. Positiv gewendet heißt dies, dass sich die Öl-Abhängigkeit Europas verringern würde, wenn das Verkehrssystem vom Auto auf den öffentlichen Verkehr umgestellt wird. Ein nachhaltiges Verkehrssystem wäre auch ein Beitrag zum Weltfrieden und würde dem Westen einen gelasseneren Umgang mit den arabischen Staaten erlauben, mit ihren Diktatoren und fundamentalistischen Gruppen genauso wie mit der sozialistischen Opposition und Menschenrechtsbewegungen. Schon anhand eines konkreten Politikfeldes wird klar, wie schwer dieses von der globalen Politik zu trennen ist. Auf jede Analyse eines einzelnen Politikfeldes folgt die Frage, wie angesichts so widersprüchlicher Weltansichten, Taktiken und Strategien zu handeln sei. Fest steht, dass es kein neutrales Politikfeld gibt und dass gesellschaftliche Wahrheit in einem politischen Prozess konstruiert und durch Machtverhältnisse strukturiert wird.

1.6 Der didaktische Dreischritt

Der didaktische Dreischritt ist die Methode, wie die Kluft zwischen Utopie und Wirklichkeit überbrückt werden kann. Er verbindet in einem dialektischen Prozess die Momente der Zustandsanalyse (IST), der politischen und ethischen Einschätzung (SOLL) und der konkreten Handlungsmöglichkeiten bzw. -strategien (TUN).

1.6.1 IST: Politökonomische Konjunkturanalyse

Der erste Schritt im didaktischen Dreischritt von Ist, Soll und Tun ist die **Analyse der Gegenwart**, die als ein Moment im Übergang von der Vergangenheit zur Zukunft verstanden wird.

Eine Konjunkturanalyse erlaubt uns, konkrete historisch-geographische Situationen zu verstehen. Dies ist wichtig, wenn Handlungsperspektiven für hier und jetzt erarbeitet werden sollen. Was gestern richtig war, muss dies ja heute nicht mehr sein. Es gibt für alles seine Zeit; das griechische Wort **kairos** beschreibt den richtigen Zeitpunkt, etwas zu tun. Antworten auf konkrete ethische Fragen zu finden erfordert eine **praktische Rationalität**, die die Griechen **phronesis** nannten. Es ist dies eine demokratische Vernunft, sie kann überall erworben werden, es gibt keine Patentrezepte und *Best-Practices*, denn sie ist von Ort zu Ort verschieden. *Phronesis* als utopiefördernde Rationalität einzusetzen, ist anspruchsvoller als die technische Rationalität mit ihren simplen, universal gültigen Modellen, die bloß kopiert werden müssten. *Kairos* richtig zu deuten, erfordert gemeinsames Reflektieren.

Lebenserfahrene und engagierte Menschen in sozialen und politischen Bewegungen müssen im Rahmen einer Konjunkturanalyse gemeinsam den Kontext analysieren, in dem gehandelt wird. Dabei wird die Analyse an die Ethik, das Erkennen an das Urteilen und damit das Denken über Gesellschaft an eine politische Praxis gekoppelt. Was passiert heute, hier und jetzt? Wie sind die Ereignisse zu verstehen, wie hängt die Vielzahl an Vorkommnissen miteinander zusammen? Wohin führen diese Entwicklungen?

Eine Konjunktur beschreibt einen **konkreten Moment einer langen Dauer**, bündelt Ereignisse in eine größere strukturelle Entwicklung ein. Eine Konjunktur zu verstehen macht es möglich, hier und jetzt richtig zu handeln. Deshalb beeinflusst die Qualität der Analyse die Wirksamkeit des Handelns. Liegt die Analyse falsch, hat dies Auswirkungen auf das Handeln.

Die Konjunkturanalyse untersucht, inwiefern in der Gegenwart Elemente von Stabilität und Wandel ineinanderspielen. Konjunktoren sind deshalb so schwer zu bestimmen, weil immer Elemente sowohl des Wandels als auch der Beharrung festgestellt werden können. Es geht also darum festzustellen, wie und wo stabile gesellschaftliche Zustände, seien dies Dispositive, Regulation oder Akkumulation, ins Wanken geraten.

Die gesamtgesellschaftliche Entwicklung wird durch verfestigte Strukturen in eine bestimmte Richtung gelenkt, ohne im Detail die Zukunft festzulegen. Aufgrund der **Pfadabhängigkeit** befindet sich die Lok der Entwicklung auf einem bestimmten Gleis und dampft den Schienen folgend dahin. Die Zukunft, das heißt welcher Ort als nächster angefahren wird, wird vorhersehbar. Wem das Ziel nicht passt und wer mit dem Lauf der Dinge unzufrieden ist, der muss versuchen, entweder auf die Notbremse zu steigen oder die Gleise zu verschieben.

In **kleinen Krisen**, bei denen das Feld, die politische und ökonomische Landschaft, gleich bleibt, muss das Augenmerk darauf gerichtet werden, Sand ins Geriebe zu streuen. De-Konstruktion, Kritik, ist von zentraler Bedeutung, um die Passagiere zu verunsichern und die LokführerInnen zu einem Umdenken zu zwingen.

In **großen Krisen**, in denen die Gleise zerstört sind, geht es um Konstruktion; die Schienen werden neu verlegt und die Zukunft ist offen. Da vieles möglich ist, geht es nicht vorrangig um Kritik, sondern um den Entwurf des Neuen. In solchen Situationen entbrennt die Auseinandersetzung um Hegemonie und eröffnen sich Möglichkeiten, ein gegenhegemoniales Projekt aufzubauen.

1.6.1.1 Konjunktur

Der Begriff der Konjunktur **vermittelt zwischen Ereignissen und langer Dauer, zwischen Struktur und Handlung**. Eine Konjunktur ist die Gegenwart, eingebettet in eine Struktur; sie ist der Moment der Offenheit der Geschichte, eingebettet in den sozialen Beton, der den Fluss der Zeit determiniert. Diese Offenheit ist nicht zu jedem Zeitpunkt gleich, wiewohl Menschen und Organisationen zu jedem Zeitpunkt bedeutsame Entscheidungen treffen.

Eine Konjunktur ist ein Moment, sie startet aber einen Prozess der Entfaltung einer Struktur und ist damit offen für die Zukunft und für Strukturierung. In politökonomischen Konjunkturanalysen wird die Gegenwart als konkreter Moment einer strukturellen Entwicklung analysiert. Sie beschreibt einen Kontext, in dem soziale AkteurInnen aktiv sind. Aus der Vergangenheit hergeleitet und mit Blick auf die Zukunft werden Thesen präsentiert, wie heute gehandelt werden soll.

Die Berücksichtigung der strukturellen Einbettung konkreter Ereignisse unterscheidet eine Konjunkturanalyse als wissenschaftliche Arbeit von der oftmals hervorragenden empirischen Arbeit von JournalistInnen. Letztere verfügen über ein unersetzbares Detailwissen, über Fakten und Informationen, ohne die eine Konjunkturanalyse nicht möglich ist. Da sie aber auf eine Strukturanalyse meist weitgehend verzichten, überschätzen sie den Freiheitsgrad der AkteurInnen und die Bedeutung von Ereignissen und unterschätzen die Beharrungskraft des Bestehenden. Ähnliches gilt für die konkreten lokalen AkteurInnen.

Umgekehrt tendieren Strukturanalysen dazu, ebendiese konjunkturelle Dimension, die - selektive - Offenheit von konkreten politischen und ideologischen Auseinandersetzungen, auszublenden und die Macht von sozialen Gesetzmäßigkeiten zu überschätzen. Ereignisse erscheinen dann als unbedeutend. Eine Konjunkturanalyse ist daher eine Gratwanderung, ständig gefährdet, das dialektische Spannungsverhältnis zugunsten der Handlungsoptionen

oder der Strukturlogik aufzuheben. Nur wenn es gelingt, diese Spannung auszuhalten, kann eine konkrete historische Zeit verstanden werden.

1.6.1.2 Die 68-Bewegung und die Krise 1973

Die **wohlfahrtsstaatliche Nachkriegsordnung**, der Fordismus, stellt unter sozialen und demokratischen Gesichtspunkten das beste Modell dar, wie die Widersprüche des Kapitalismus im Interesse eines möglichst großen Teils der Bevölkerung akkomodiert, das heißt vorübergehend institutionalisiert wurden. Ohne nachträglich zu verklären, kann festgehalten werden, dass der Zugriff des Volkes auf relevante Entscheidungen vorher und nachher nicht annähernd so groß war.

Im Gefolge der Studentenbewegung 1968, des Vietnamkriegs und des Zusammenbruchs von Bretton Woods 1973 wurde allgemein von einer Krise gesprochen, die im Laufe der Zeit alle Aspekte des Lebens erfassen sollte und die Nachkriegsordnung zerstörte. Die nationalstaatszentrierte Regulation und die intensive Akkumulation gerieten in die Krise, das Planungsdispositiv brach zusammen. Es war dies eine **große Krise** des Kapitalismus und manche erhofften sich sogar sein Ende. 1973 erschien diese Zukunftserwartung keineswegs als utopisch. Der Block der Staaten rund um die Sowjetunion war als Zweite Welt eine ernsthafte Konkurrenz für den Westen. An der Peripherie übte der Sozialismus eine große Anziehungskraft aus und im Zentrum selber war die 68er Bewegung eine kulturelle Revolution für Freiheit und Demokratie. Sie erschütterte die Fundamente der bestehenden Ordnung. Eine **post-kapitalistische Gesellschaft schien in Reichweite**.

Die Postmoderne sah sich als passende ideologische Grundlage dieser Ordnung. Ihre Kritik sprach bedeutsame Missstände des Fordismus an: die patriarchale Grundstruktur, das bürokratische Staatsmodell, die Vernachlässigung der Umwelt und der Anpassungsdruck, den die Nation auf das lokale soziokulturelle System ausübte. „**Global denken, lokal handeln**“, war das Motto, das bestens geeignet war, die nationalstaatszentrierte Regulation zu dekonstruieren. In der Tat war die Postmoderne sehr effizient in der Zerstörung des alten Machtfelds.

Als die Ausweitung des Massenkonsums zu stocken begann, sanken die Profit- und Produktivitätsraten, und die Unternehmerschaft sah die Gefahr, die Kontrolle über die Gesellschaft zu verlieren. Dementsprechend hart war im Gefolge von 1968 die hegemoniale Auseinandersetzung. Die Progressiven dominierten Diskurs und Praxis im Jahrzehnt nach 1968. SozialdemokratInnen trachteten, das Modell der Nachkriegsordnung als globalen Keynesianismus räumlich auszuweiten oder durch Demokratisierung nach innen zu vertiefen. Gleichzeitig forderten die Frauen-, Friedens-, Regional- und Umweltbewegungen eine radikale Reform des Kapitalismus.

1.6.1.3 Die neoliberalen 1980er Jahre

Während die Linke in den 1970er Jahren hyperaktiv war, zerstörte die Rechte nicht nur, sondern arbeitete auch an neuen Modellen. **Liberales Think Tanks** kritisierten die Grundstruktur des nationalstaatszentrierten Entwicklungsmodells. Der **neoliberale Marktfundamentalismus** war hierbei eine erfolgreiche politische Strategie, um soziale und räumliche Hierarchien wieder herzustellen. Strukturen der Ungleichheit, die sich aufzuweichen begannen, wurden erneut legitimiert.

Nach dem Militärputsch 1973 diente Chile als Experimentierfeld neoliberaler Politik, und mit Thatcher und Reagan wurde in den 1980er Jahren in den angelsächsischen Ländern eine liberale Regulation durchgesetzt. Der Neoliberalismus zerstörte in Zentrum und Peripherie, soweit dies dort vorhanden war, das intensiven Akkumulationsregime, das auf einer binnenorientierten Dynamik beruhte.

Wie schon nach den Revolutionen im Gefolge des 1. Weltkriegs kam der Regulation von Geld eine Schlüsselrolle in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu. Mit den flexiblen Wechselkursen entstand ein globaler Währungswettbewerb, der fatale Folgen für eine demokratische, auf ein Territorium beschränkte Politik haben sollte. Der private Euro-Dollar-Markt in London diente im Zentrum als Druckmittel, die nationalen Kapitalverkehrskontrollen aufzuheben. Nation nach Nation führte in den 1980er Jahren die Liberalisierung des Kapitalmarktes ein. Die Summe der nationalen Liberalisierungsschritte war die Schaffung eines globalen Finanzmarktes. An der Peripherie wurde die Kapitalmarktliberalisierung durch die Schuldenkrise erleichtert. Es wurde möglich, Geld in Sekundenschnelle zu verschieben. Das global mobile Kapital ward geschaffen. Das Finanzkapital gewann damit gegenüber der Arbeiterschaft und der nationalen Politik an Macht. Die Glokalisierung globalisierte den Wettbewerb und ließ viele lokale Standorte um das mobile Kapital konkurrieren. Diese dramatische Machtverschiebung erschütterte die sozialen Kompromisse des Fordismus und der Nachkriegs-Weltwirtschaftsordnung. Die anderen strukturellen Formen passten sich zeitverzögert an diese Veränderung der Geldregulation an. Es kam zu Veränderungen im Wettbewerbsrecht, die die Bevorzugung des nationalen Kapitals rückgängig machten, und in der Arbeits- und Sozialpolitik, wo sowohl Kollektivvertragsverhandlungen als auch das System kollektiver Sozialversicherung untergraben wurden.

In den 1980er Jahren kamen in den Zentrumsländern die liberal-autoritären Regierungen Thatcher und Reagan an die Macht und an der Peripherie brach 1982 die Schuldenkrise aus. An der Peripherie wurde diese Dekade als verloren bezeichnet. Sie führte durch die Strukturanpassungsprogramme des Währungsfonds zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen. Aber auch im Zentrum hielt mit dem Neoliberalismus die „soziale Kälte“ Einzug, wie dies als Kritik formuliert wurde. Auch innerhalb der reichen Länder vergrößerte sich die Kluft zwischen reich und arm.

1.6.1.4 Die sozialliberalen 1990er Jahre

Als die neoliberalen Regierungen Ende der 1980er Jahre abgewählt und Diktatoren vertrieben wurden, gab es Anlass zur Hoffnung.

In den 1990er Jahren schien der Neoliberalismus erschöpft und das Pendel in die Gegenrichtung zu schwenken. Es war ein sozialliberales Milieu, das dieses Jahrzehnt prägen sollte. Sei es der Dritte Weg des brillianten englischen Soziologen Anthony **Giddens**, oder die Globalisierungseuphorie des ebenso luziden brasilianischen Dependenztheoretikers **Fernando Henrique Cardoso**, oder auch die geläuterten WeltbankexpertInnen, die Armutsbekämpfung, Nachhaltigkeit und Gender-Planning in der Weltbank institutionalisierten - all diese Intellektuellen, die sich oftmals entschieden gegen den Neoliberalismus stellten, rückten in den 1990er Jahren ins Zentrum der Macht. Giddens, Cardoso und viele Andere waren Vorbilder einer ganzen Generation. Gerade für viele Intellektuelle versprach der Sozialliberalismus mit seinem pluralistischen Politik- und Kulturverständnis den Aufbruch zu neuen Ufern jenseits alter Konzepte, jenseits von Sozialismus und Konservatismus.

Doch was brachten die neue Wege, der Dritte Weg, der in den 1990er Jahren beschritten wurde? Die sozialliberalen Regierungen und Finanzorganisationen setzten die neoliberale Wirtschafts- und Strukturpolitik einfach fort: Zu Hause hielten sie am EU-Binnenmarktprojekt und der monetaristischen Geldpolitik fest und an der Peripherie forderten sie die Umsetzung der Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik des Währungsfonds. Die Korrekturen am neoliberalen Modell beschränkten sich auf die Ausgestaltung derjenigen Handlungsfelder, die die Sachzwänge des liberalen Kapitalismus für Kultur, Umwelt und Soziales übrig ließen.

Die Bilanz ist trist: Am Ende der 1990er ist der Aufstieg Südostasiens gestoppt, stagniert Afrika weiterhin und vertieft sich die Krise in ganz Lateinamerika. Wenn grundlegende Kritik überhaupt noch öffentlich wurde, dann vor allem fundamentalistisch, sei es als Ultra-Nationalismus, Wohlstandschauvinismus oder als religiöser Fundamentalismus. Einer radikalen Gesellschaftskritik fehlte auch eine Theorie, aber es fehlte vor allem eine politische Bewegung. Dies änderte sich mit der **globalisierungskritischen Bewegung**, die ihren Ausgangspunkt in den **Protesten auf der Welthandelskonferenz in Seattle 1999** nahm.

1.6.1.5 Bush und der autoritäre Liberalismus

Georg Bush jun. führte für alle ersichtlich einen neuen autoritär-liberalen Politikstil ein. Der autoritäre Liberalismus verbindet Marktfreiheit mit sozialer und politischer Führung mit autoritären Mitteln. Er nützt also die Widersprüchlichkeit des sozialliberalen Freiheitsbegriffs mit dessen Verherrlichung des vereinzelt Individuums aus. Gegenwärtig erleben wir eine Zuspitzung der liberalen Hegemonie. Wir bewegen uns nun schon lang auf dem Gleis des Liberalismus, was es erleichtert, diesem Gedankengebäude Religionscharakter zuzuweisen und Andersdenkende als Ketzer erscheinen zu lassen. Es gebe keine Welt jenseits des Liberalismus, so das Credo. Autoritär-liberale gehen dabei manchmal so weit, das Andere im Denken und Handeln nicht einmal mehr zuzulassen. Sie dulden keinen anderen Diskurs als den liberalen, der sich für sie aber nicht im neoklassischen Markt-Modell erschöpft, sondern auch auf den traditionellen Autoritäten von Familie und Gewaltstaat ruht. Die klassischen Arbeiten über Totalitarismus wurden über Nazi-Deutschland und die Sowjetunion unter Stalin verfasst, und bis heute werden totalitäre Gesellschaften mit Diktaturen gleichgesetzt. Doch schon vor 60 Jahren machten Adorno und Horkheimer darauf aufmerksam, dass auch den kapitalistischen Massengesellschaften ein totalitäres Element innewohnt. Dies gilt auch für den Diskurs des homo oeconomicus, wenn er nicht bloß eine Interpretation der Ökonomie ist, sondern sich in alle Poren der Gesellschaft verbreitet und auch zum dominanten Diskurs der politischen Auseinandersetzung und der Alltagskultur wird. Diese Tendenz zum Totalitarismus wird institutionell durch die WTO-Freihandelsideologie und den EU-Binnenmarkt verstärkt. Alles wird über den Kamm des Marktes geschert und es gibt kaum Möglichkeiten, dem Marktprinzip eine Grenze zu setzen. Gegenwärtig entwickelt sich die Ideologie des freien Marktes von einer marktfundamentalistischen hin zu einer totalitären Position. Die **Ökonomisierung des Sozialen** fördert diese Umwandlung von allem in Waren und damit in klar definierte und abgrenzbare Teile. Betraf dies früher einzig den Handel mit Produkten, so gilt dies nun auch für Patente und Dienstleistungen. Für den öffentlichen Verkehr setzt die EU dies schon um, die Ausdehnung des Marktes auf den Bildungs- und Gesundheitsbereich ist dieser Logik folgend naheliegend. In diesem Sinne besteht ein Zusammenhang zwischen dem neoklassischen Markt-Modell und totalitären politischen Regime, denn beide lassen Vielfalt nicht zu. Beide Totalitarismen sind gleich gefährlich und schließen sich nicht aus, wie das neoliberale Musterland Chile und Diktator Pinochet zeigten.

Das sozialliberale Marktmodell verliert seinen freiheitlich-emanzipatorischen Charakter zunehmend und das Autoritäre gewinnt an Einfluss. Der **Staat** und die **Firma**, und eingeschränkt auch die **Familie** übernehmen erneut die Verantwortung, den gesellschaftlichen Zusammenhang durch Zwang herzustellen. Der Staat und die Firma, sei es pädagogisch-belehrend oder strafend, weisen den amoralischen homo oeconomicus erneut in seine Grenzen. Gute Teile der reichen Welt haben kein Problem damit, im Notfall die Moral der Terrorbekämpfung über die Marktfreiheit zu stellen. Die Überwachung und Einschränkung des Verfügungsrechts über das anonym auf Konten arbeitende Kapital ist ja ein Bruch mit dem Marktfundamentalismus, der bei der Steuerhinterziehung, der Drogenpolitik und beim Waffenhandel nie ernsthaft angegangen wurde. Es kann also selbst in kapitalistischen Gesellschaften etwas geben, das bedeutsamer ist als die Freiheit der EigentümerInnen und die Freiheit der Märkte. Es gibt eine Moral, die über der Marktreligion mit ihrer Verherrlichung individueller Freiheit steht. Neben den auf Wahl-Freiheit am Markt reduzierten Freiheitsbegriff setzt der autoritäre Liberalismus die Aufwertung von Zwang. Für Konservative ist die Frage von Recht, Moral und Ordnung ein Heimspiel. Sie hatten ja immer ihre Probleme mit all denjenigen, die kein normales und ordentliches Leben führen, seien dies AsylantInnen, Homosexuelle, Kleinkriminelle oder Alleinerzieherinnen. Die Linke aber, die in den 1990er Jahren scharenweise zum Sozialliberalismus übergelaufen ist, ist nun endgültig orientierungslos. Allerorten läuten die Totenglocken des Sozialliberalismus. Nicht allen ging es so schlecht wie dem argentinischen Präsidenten de la Rúa, der aus dem Amt getrieben wurde. Aber auch die Demokraten mussten Bush schon vor dem 11. September den Vortritt lassen, sozialliberale Regierungen werden in Europa reihenweise abgewählt und kaum jemand findet den Dritten Weg Tony Blairs noch attraktiv. Auf das Ideal eines konsumorientierten, aber solidarischen Individualismus, wie ihn die Postmoderne propagierte, trat erneut der Wille zur Regulation der gesellschaftlichen Totalität. Statt der postmodernen Spaß- und Erlebnisgesellschaft scheint erneut die Ordnung von Wirtschaft und Politik im Vordergrund zu stehen. Das Abwägen von Freiheit und Zwang ist wieder Schlüsselthema der Weltentwicklung.

1.6.1.6 Brüche im Wettbewerbsdispositiv

Die grundlegenden Widersprüche des Kapitalismus bestehen auch im neuen Jahrhundert fort. Zwar ist der Globus zu einem ökonomischen System geworden, die Globalisierung hat das Zusammenrücken von Völkern und Räumen gefördert. Aber gleichzeitig hat sich die Kluft zwischen Reichen und Armen erhöht, und seit der Ostasien- und Lateinamerikakrise nach 1997 ist die Ungleichheit drastisch angestiegen. Mit Afrika in einer Dauerkrise befand sich am Beginn des neuen Millenniums die gesamte Peripherie der Weltwirtschaft in der Krise. Macht und Reichtum konzentrieren sich in der Triade Nordamerika, Westeuropa und Japan. Niemals in der Geschichte der Menschheit waren die Lebenschancen derart ungleich verteilt. Die räumliche Grundstruktur der Welt des 21. Jahrhunderts als eine Welt mit Zentrum und Peripherie unterscheidet sich kaum von der vor 100 Jahren. Die Stellung Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und Osteuropas hat sich, von einigen Ausnahmen abgesehen, kaum verändert. Das gleiche gilt für die Strukturen innerhalb einzelner Länder: Auch vor 100 Jahren waren die Lebenschancen von Kindern aus Arbeiterfamilien ungleich schlechter als die von Kindern gutbürgerlicher Familien. Die räumliche und soziale Polarisierung, die sich gegenwärtig wieder zuspitzt, charakterisierte die kapitalistische Weltwirtschaft schon immer. So ist die Konzentration von Macht und Reichtum in der Hand einer Minderheit auch heute noch das Schlüsselproblem. In Großbritannien erhöhte sich zum Beispiel das pro Kopf Einkommen des

reichsten Fünftels der Bevölkerung von 1970-1991 um über 60%, dasjenige des ärmsten Fünftels gerade nur um über 10%.

Angeichts der sich verbreiternden allgemeinen Unsicherheit fiel es kaum auf, wie die Politiker nach dem 11.9.2001 rasch wieder zu Herren ihrer Nationen, zu **Machthabern**, wurden. In welchem der nationalen Machtbehälter ich wohne, war trotz aller Globalisierung wieder höchst bedeutsam. Droht das Militär meines Landes Anderen mit Vergeltung oder drohe ich Opfer der Vergeltung Anderer zu werden – es macht einen großen Unterschied, wo wir uns aufhalten und zu welchem Territorium wir gehören. Plötzlich war **Geopolitik** als das friedliche und kriegerische Handeln zwischen Staaten wieder etwas, das offensichtlich alle angeht. Plötzlich war es nicht die Frage, ob die Anschläge effizient durchgeführt wurden, sondern welchem Ziel sie dienten. Professionalität kann auch zerstörerisch wirken. Plötzlich wurden sich die Machthaber bewusst, dass sie es sind, die Namen und Anschrift des globalen Kapitals erkunden können. Hieß es vor kurzem noch, Geld habe kein Mascherl und es sei naiv, Fragen von Geld und Moral zu vermischen, so lernen wir nun, dass Terror-Geld konfisziert werden kann. Kurz, der 11. September zeigte, wie brüchig das allmächtig und allgegenwärtig erscheinende Einheitsdenken auch war. Das Wettbewerbsdispositiv, an das sich die Linke durch ihre Sozialliberalisierung gerade erst angepasst hatte, zeigte massive Brüche und Risse.

1.6.2 SOLL: Konkrete Utopie

Der zweite Schritt im didaktischen Dreischritt von Ist, Soll und Tun ist das **gemeinsame Erarbeiten einer umsetzbaren Utopie**.

Eine konkrete Vision (Utopie) liefert eine **konkrete Vorstellung davon, wohin sich die Welt entwickeln könnte**. Sie entsteht in einem **kollektiven** Prozess, in und aus der Praxis von Menschen. Es ist eine Utopie, die von der Zeit, in der wir leben, ihren Problemen, Hoffnungen und Widersprüchen ausgeht. Es ist eine Utopie, die erst formuliert werden kann, nachdem eine Konjunkturanalyse vorliegt. Sie ist eine Orientierung für das eigene Handeln und Hilfe zur Bewertung des Bestehenden. Sie orientiert sich an gegenwärtiger und vergangener Praxis und **nimmt Bezug auf eine existierende soziale und politische Bewegung**.

Die Zukunft wird auch davon bestimmt, was sich Menschen erwarten und erhoffen: In welchem Haus wollen wir wohnen? Wie schaut es aus; aus welchem Material ist es erbaut und wie viele Stöcke soll es haben? Welche Wohnung wünsche ich mir und wie richte ich sie mit meiner Familie oder FreundInnen ein? Utopien, Visionen und Träume regen die Phantasie an und erlauben, sich etwas Anderes als die Fortführung des Bestehenden zu erwarten. Wiewohl heute die Phantasie nicht an der Macht ist und das bestehende globale Haus als das Maß aller Dinge gilt, ist es lohnenswert, sich auch andere Häuser und Welten auszumalen.

Der weltweit zu beobachtende **Utopieverlust** liegt wesentlich an der Weigerung, das Bestehende als etwas Gewordenes zu sehen und von der Zukunft etwas Anderes als die Fortschreibung des Bestehenden zu erwarten. Genau diese Gegenwartsfixierung unserer Gesellschaft gilt es zu kritisieren, und das Interesse an der Vergangenheit rührt nicht zuletzt daher, von der Zukunft noch etwas zu erwarten. In diesem Sinne schaffen historisch-geographische Analysen erst die Voraussetzungen, um Utopien entwerfen zu können. Gegen die besitzbürgerliche Selbstzufriedenheit des sozialliberalen Establishments wenden sich die folgenden Überlegungen vorrangig an diejenigen, die sich noch eine andere Zukunft erhoffen – weil sie sich als Teil eines größeren Ganzen sehen, weil sie Ungerechtigkeit nicht für

natürlich halten, weil sie ihr eigenes Wohlbefinden auch in Beziehung zum Wohlbefinden anderer stellen.

1.6.2.1 Technokratische Utopien

Technokratische Utopien sind **ortlose Vorstellungen über Zukunft** und sind immer **leicht vereinnahmbar für Machtinteressen**: Ein Wissenschaftler denkt sich die heile Welt aus, schreibt ein Buch darüber und reduziert dergestalt Utopien zu einem anzustrebenden Endzustand. Schließlich beklagt er sich dann, dass sich die Menschen nicht daran halten. Das Versagen liegt dann niemals an der Utopie, sondern immer an den UmsetzerInnen. Utopien sind dann einzig Fortsetzungen sozialtechnischer Interventionen, Objekte, die herzustellen seien. Machtstrukturen bleiben in der moralisch hoch beladenen Rhetorik großer Zukunftsentwürfe auf internationalen Konferenzen und wissenschaftlichen Tagungen zumeist ausgeblendet. Derartige Entwürfe sind einzig Sonntagsreden, die gleichzeitig beschwichtigen und schönreden. Die Brutalität der real stattfindenden Entwicklung scheint unerreichbar weit davon entfernt. Diese *technokratisch anmutenden Utopien* einer besseren Welt gleichen einem **Brief ans Christkind**.

"Daß sich dieses aus den Erfahrungen des Herstellens gewonnene Begriffsgefüge vorzüglich für die Konstruktion politischer Utopien eignet, ist selbstverständlich. Plato, der als erster utopische Staatsformen entwarf, in denen das menschliche Miteinander technisch geregelt werden kann, ist der eigentliche Begründer des utopischen Denkens in der Politik. Und so unbedeutend die historische Rolle dieser Utopien auch ist - in den seltensten Fällen ihrer Realisierung sind sie natürlich immer sofort an der Wirklichkeit gescheitert, und zwar keineswegs an äußeren Umständen, sondern an der Realität des menschlichen Bezugsgewebes, das technisch nicht kontrollierbar ist-, so bedeutend ist doch ihre Rolle in dem theoretischen Selbstverständnis und der Tradition politischen Denkens, das, auch wo es nicht bewußt utopischen Charakter trug, sich am Herstellen und seinen Kategorien orientierte, um politisches Handeln begrifflich zu verstehen" (Arendt 1981: 122).

1.6.2.2 Normative Entwicklungskonzepte

Eine Vielzahl engagierter ForscherInnen entwarfen normative Entwicklungskonzepte, nicht alle sind bloß fromme Wünsche und Sonntagsreden. Martha Nussbaum hat in enger Zusammenarbeit mit Amartya Sen und aufbauend auf Aristoteles menschliche Grundfähigkeiten beschrieben, die essenzielle Bestandteile eines guten Lebens seien. Aber auch nüchternere ForscherInnen kommen nicht umhin, eine normative Position zu beziehen.

Einen allumfassenden Entwicklungsbegriff definierend sprechen Nohlen und Nuscheler von einem „magischen Fünfeck“ von Entwicklung, das Wirtschaftswachstum, Arbeit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Partizipation und Demokratie und schließlich Unabhängigkeit und Eigenständigkeit umfasst. Im Gefolge dieser Überlegungen entstanden eine Vielzahl von Entwicklungsindikatoren, mittels deren die Fixierung auf das Pro-Kopf-Einkommen kritisiert wurde. Grundlage dieser Bemühungen sind die Überlegungen von Sen, der Entwicklung nicht als Reichtum sondern als Freiheit definiert. In der Praxis der Entwicklungszusammenarbeit hat dies seinen Niederschlag in der Erstellung des Human Development Index (HDI) durch das United Nations Development Programme (UNDP) gefunden.

Das Florieren der Indikatoren und die normativen Überlegungen zum Entwicklungsbegriff, die die 1990er Jahre prägten, haben aber nicht verhindert, dass in diesem Jahrzehnt die Schere zwischen Arm und Reich dramatisch auseinandergegangen ist. Utopien, die die kapitalistische Grundstruktur als Endzustand der Geschichte akzeptierten, verkümmerten zu hoffnungslos unrealistischen Zukunftsmodellen. Dies hat seine Ursache darin, dass sie weder eine Vorstellung von Dispositiven noch von Regulation haben. Das positivistische Herstellen „guter Entwicklung“ erfordert handlungsfähige AkteurInnen, wie sie auf dem Feld des Planungsdispositivs (Entwicklungsdispositiv) vorhanden waren. In der nationalstaatszentrierten Entwicklungsweise gab es mit dem Nationalstaat diesen mächtigen Akteur. In der liberalen Regulation fehlen starke AkteurInnen und damit ist der sozialtechnischen Herstellung von Entwicklung die Grundlage entzogen.

1.6.2.2.1 Liberalismus

Dem Liberalismus liegt eine pragmatische Utopie der **kleinen Verbesserungen im Rahmen einer offenen Gesellschaft** zugrunde. Nicht selten wird er sogar zu einer **Ideologie der Utopielosigkeit**, wie dies von Margret Thatcher als TINA ("there is no alternative"), bezeichnet wurde.

Der Liberalismus ist eine gesellschaftspolitische Strömung, die ein Zuviel an Regierung vermeiden will. Die bestehende Ordnung einer liberalen Marktgesellschaft wird als natürlichste und höchste Form menschlichen Gemeinwesens akzeptiert. Der Liberalismus will in dieser vermeintlich natürlichen Ordnung den Einzelnen möglichst viel Spielraum zur persönlichen Entfaltung geben. Die Struktur der Gesellschaft, insbesondere die ungleiche Eigentumsordnung, muss akzeptiert werden. Strukturveränderung ist widernatürlich und daher abzulehnen.

Gemeinhin wird zwischen einem politischen und einem wirtschaftlichen Liberalismus unterschieden. Der politische baut auf dem Rechtsstaat und der Demokratie auf, der wirtschaftliche auf Markt und freiem Unternehmertum.

Es ist sinnvoll, weiters zwischen einem Sozialliberalismus und einem autoritären Liberalismus zu unterscheiden. Der Sozialliberalismus verkauft sich als Reform des Neoliberalismus. Während der Neoliberalismus wirtschaftsfixiert sei, schenke der Sozialliberalismus nun endlich auch dem Sozialen die gebührende Aufmerksamkeit. Doch genau deshalb ist der Sozialliberalismus als Radikalisierung des Neoliberalismus zu verstehen, der die neoliberale Logik, das neoklassische Marktmodell, nun auch auf das Soziale anwendet.

1.6.2.2.1.1 Wirtschaftsliberalismus

Der Wirtschaftsliberalismus ist seit dem 18. Jahrhundert die bestimmende Ideologie zur Erklärung kapitalistischer Marktwirtschaften. Es ist eine Strömung des Liberalismus, die sich an der klassischen politischen Ökonomie von Adam Smith und David Ricardo orientiert. Demnach folgt die Ökonomie mit dem Marktgesetz eigenen Regeln. Angebot und Nachfrage stellt durch die **„unsichtbare Hand“** ein ökonomisches Gleichgewicht her. Diese bürgerliche Ordnung hat neben dem **Markt** das **Eigentum** als Grundlage einer vermeintlich natürlichen Wirtschaftsordnung. Der politische Liberalismus ist demgegenüber zweitrangig.

1.6.2.2.1.2 Politischer Liberalismus

Der politische Liberalismus ist in vielerlei Hinsicht ambivalent, vor allem wegen der als unproblematisch dargestellten gleichzeitigen Betonung von persönlichen und politischen Rechten einerseits und wirtschaftlichen Eigentumsrechten andererseits. Historisch war das Bündnis von Demokratie und Liberalismus aber ein durchaus ambivalentes.

Der politische Liberalismus hatte seine Blütezeit im 19. Jahrhundert, als liberale Parteien in auf die wohlhabenden beschränkten Wahlen erfolgreich waren. Die britischen Whigs sind hierfür ein typisches Beispiel. In Hayeks theoretischen Schriften heißt es noch: "Der Komplex von Idealen, der diese Überlieferung kennzeichnete, läßt sich am ehesten unter den drei eng zusammenhängenden Grundsätzen der "Meinungsfreiheit", der "Herrschaft des Gesetzes" und des "Sondereigentums" und der damit zusammenhängenden Wettbewerbswirtschaft zusammenfassen" (vgl. <http://www.mises.de/texte/Hoppe/Eigentum/index.html>).

Die Geschichte der Liberalen im 19. Jahrhundert zeigte, dass ihnen sowohl die Meinungsfreiheit als auch der Rechtsstaat immer weniger wichtig waren, als die Verteidigung des Eigentums und damit des Status Quo. Beim von Hayek unterstützten Militärputsch in Chile 1973 zeigte sich, dass dies auch im 20. Jahrhundert seine Gültigkeit bewahrt hat.

Das Verhältnis des Liberalismus zur Demokratie war nicht nur im 19. Jahrhundert und in Extremsituationen gespalten. Es ging immer vor allem darum, die Wichtigkeit der politischen Entscheidungen zu verringern, und weniger darum, wer sie ausübte.

1.6.2.2.1.3 Neoliberalismus

Neoliberalismus ist eine Form des Wirtschaftsliberalismus, der die Marktwirtschaft als höchstes Gut ansieht. Im Interesse einer freien Marktwirtschaft ist der Wettbewerb zu regeln, Marktmacht, allen voran Monopole, ist zu unterbinden. Ein Wettbewerbsrecht ist essentiell für das Funktionieren von Marktwirtschaften.

Der Begriff Neoliberalismus wird, in Anknüpfung an den klassischen Liberalismus, von einigen Ökonomen wie Friedrich August Hayek und Walter Eucken bei einer Konferenz in Genf im Jahr 1939 geprägt. Eucken ist der Begründer der sogenannten ‚**Freiburger Schule**‘, die unter dem einschneidenden Eindruck der sozialen Folgen der Weltwirtschaftskrise in Deutschland in den 1930er Jahren entsteht, jener Zeit, als Keynes in England seine wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Globalsteuerung des Wirtschaftsprozesses formuliert. Der politische Durchbruch sollte aber erst in den 1970er Jahren erfolgen. Er ist eng mit dem Namen Milton Friedman verbunden, wohingegen Hayek Vordenker eines autoritärliberalen Denkens wurde.

1.6.2.2.1.4 Sozialliberalismus

Der Sozialliberalismus ist genauso ein Kind der 1968er Bewegung mit ihren libertären Ansätzen wie er eine Gegenbewegung zum Neoliberalismus darstellt. Schon die Reformregierungen von Willy Brandt in Deutschland und Bruno Kreisky in Österreich wurden oftmals als sozialliberal bezeichnet, wiewohl die Reformpolitik in den 1970er Jahren noch wesentlich auf dem Bündnis zwischen sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften beruhte.

Anfang der 1990er Jahre kamen nach einem Jahrzehnt neoliberaler Regierungen im Zentrum neben Clinton und Blair eine Vielzahl linker Regierungen an die Macht. In Lateinamerika versprach der Neue Cepalismus eine „produktive Transformation mit Gleichheit“. Soziale Verantwortung prägte ein Jahrzehnt lang die öffentliche Diskussion. Dabei handelt es sich um den Höhepunkt einer ideologischen Umorientierung des Establishments in den Zentren.

Rückblickend erscheint der Wirtschaftsliberalismus im Vergleich zum Sozialliberalismus als ein bescheidenes Projekt. Adam Smith und seine Anhänger hatten ja nur gefordert, dass das Ökonomische nach den Kriterien des Marktes zu behandeln sei. Die Sozialliberalen leugnen aber die Eigenlogik des Sozialen und Politischen. Die Ökonomisierung des Sozialen unterwirft Gesellschaft und Politik der Markt- und Kapitallogik. „Was keinen Preis hat, ist auch nichts wert“, gilt schon längst nicht nur für Produkte, sondern immer mehr auch für jede menschliche Aktivität. Bildung und Gesundheit schaffen Humankapital, Freundschaften soziales Kapital. Menschen machen Kurse, damit sie sich besser verkaufen können, BeraterInnen haben ihren Preis und Organisationen verkaufen sich an die Bestbietenden. Wer soll dafür zahlen, wenn unverantwortliche Elternschaft zu behinderten Kindern führt? Als Bilder und Metapher mögen diese Vorstellungen akzeptabel sein, gefährlich wird es, wenn vom Bild zur Wirklichkeit übergegangen wird, wenn Widersprüche einseitig aufgelöst werden und nicht nur Diskurse, sondern auch Praktiken produziert werden. Wer und was bestimmt die Grenze zwischen sozialem Kapital, das für die Beziehungen zur Staatsbürokratie genutzt wird, und Korruption? Wenn alles seinen Preis hat, was kostet dann ein Gesetz, was kostet ein Kind, was kostet die Welt? Und ist es nur im Film ein „unmoralisches Angebot“, für eine Nacht eine Million zu bieten?

1.6.2.2.1.4.1 Die Entrechtlichung des Sozialen

Der Sozialliberalismus führte ein neues Modell von Staat ein, in dem in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Altersvorsorge zum Teil erneut Märkte eingeführt, zum Teil Märkte geschaffen werden. „Rechte“ werden im Sozialliberalismus systematisch durch **Fürsorgeleistungen** ersetzt, die nach Maßgabe der Finanzierbarkeit vom Staat angeboten werden. Die **Entrechtlichung des Sozialen** ist der Kern des Sozialliberalismus, und es ist dieser Umstand, der ihn zu einer rückwärtsgewandten Ideologie macht. Für die Unterschichten sind die Unterschiede zwischen einem prekären Sozialstaat, dessen Netz vor allem an der Peripherie mehr als löchrig war, und dem Sozialliberalismus gering. In beiden Fällen wird ihnen die Teilhabe an der Gesellschaft nur als BürgerInnen zweiter Klasse ermöglicht, eben als diejenigen, die nicht fit für den Markt und damit für die besseren und teureren sozialen Dienste sind. Katastrophal ist der Sozialliberalismus für gute Teile der Mittelschicht, die sich nun soziale Dienste wiederum zur Gänze über den Markt organisieren müssen, wenn sie nicht ihren sozialen Abstieg zur Kenntnis nehmen wollen. Die Mittelschicht steht vor der Wahl: Entweder die Privatschule zahlen oder den Kindern Berufschancen versperren; entweder eine private Gesundheitsversicherung oder endlose Warteschlangen im öffentlichen System. Der Sozialliberalismus hat die Länder der Peripherie schon verändert, die Mittelschicht Lateinamerikas ist geschrumpft und in einer sozial äußerst prekären Situation. Nun werden über den Diskurs der **Treffsicherheit** auch immer größere Teile der europäischen Mittelschicht aus dem Sozialstaat gedrängt.

1.6.2.2.1.4.2 Plastikwörter

Die diversen Versuche, Entwicklung alternativ zu definieren, stammen zu einem Gutteil aus den 1980er Jahren. In den 1990er Jahren wurden diese Konzepte salonfähig und Teil der nicht länger auf Kirchen beschränkten Sonntagspredigten der RepräsentantInnen des Establishments. **UN-Konferenzen** beschäftigten sich unter anderem mit nachhaltiger Entwicklung (Rio 1992), mit Frauen (Peking 1995) und Rassismus (2001). Kaum jemand kommt heute an Fragen zu Umwelt, Frauen, Partizipation und Kultur vorbei, wenn von Entwicklung gesprochen wird. **Alternative Entwicklungsansätze erfuhren somit eine offizielle Anerkennung** und gleichzeitig eine eigenartige Wendung. In der Entwicklungstheorie galt es bis vor kurzem fast schon als Scheingefecht, einen universellen und linearen Entwicklungsbegriff zu kritisieren, der von einer schritt- und stufenweisen Höherentwicklung der Dritten Welt in Richtung Europa und den USA ausgeht.

Mit dem Siegeszug des Liberalismus häufen sich in den letzten Jahren aber erneut die Stimmen, die meinen, der Westen habe einen Endpunkt an Entwicklung erreicht: Von Somalia über den Kosovo und Afghanistan verdichtet sich ein Argumentationsstrang, wonach es die Verpflichtung des Nordens sei, Modernität und Zivilisiertheit in die dunkelsten Ecken der Welt zu bringen. Den Themen der alternativen Entwicklung, Frauen-, Kultur- und Menschenrechten, kommt hierbei eine wichtige, die Religion als moralische Instanz ersetzende legitimatorische Funktion zu. Die imperialistische Mission des 19. Jahrhunderts, in der der weiße Mann den Fortschritt brachte, wird heute in einen Einheits-Diskurs von Menschen- und Frauenrechten und von der Sicherung des Friedens verpackt. Der **universalistische Grundgedanke**, dass eine Höherentwicklung für die Peripherie ein Segen wäre, bestimmt diese liberale Konzeption.

1.6.2.2.1.4.2.1 Alternative Entwicklungskonzepte

Seit der 68er Bewegung, der ökologischen Krise und der einsetzenden Krise des bis dahin so erfolgreichen Nachkriegsmodells des Fordismus war klar, dass die neuen Zeiten neue Antworten erforderten. Auf dem Feld der Entwicklungspolitik war eine der Antworten die Übernahme *alternativer Entwicklungskonzepte*. Die Kritik an der Gleichsetzung von Wirtschaftswachstum mit Entwicklung denunzierte die nationalstaatlichen Versuche, wirtschaftliche Entwicklung im Behälterraum der Nation planen zu können. Der Nationalstaat solle sich nicht länger in positivistischer Selbstsicherheit zum Planer eines so komplexen Phänomens wie eben Entwicklung aufschwingen – dies sei totalitär, unterdrücke die Vielfalt an Vorstellungen, die an der Basis der Gesellschaft herrschen. Indem der Nationalstaat darauf beharre, die nationale Wirtschaft zu planen, agiere er ökonomistisch und vernachlässige damit so wichtige Fragen wie die der Natur, der Kultur und der Frauen. Mit dem wachsenden Bewusstsein für die Umwelt wurden außerdem die Grenzen des westlichen Lebensstils offensichtlich: Nicht vorstellbar, wenn eine Milliarde ChinesInnen die selben Klimalanlagen verwenden wie die US-AmerikanerInnen. Unvorstellbar, wenn nicht nur sechs Milliarden Menschen, sondern auch sechs Milliarden Autos die Ozonschicht belasten, zusammen mit Milliarden Kühlschränken, Fernsehapparaten, Computern usw. Rein materiell scheint diese Verallgemeinerung des westlichen Lebensstils als Lebensstil aller Menschen kaum möglich. Müsste daher nicht eine Umorientierung im

Entwicklungsprozess stattfinden, indem ökologisch verträglicher gelebt und gearbeitet wird? Diesen Zugang verfolgte der Begriff der *Nachhaltigkeit*, der Lebens- und Wirtschaftsweisen anstrebt, die den heutigen Komfort und Wohlstand nicht zulasten zukünftiger Generationen und ferner Länder verwirklichen. Bald schon kam die Kritik von Forscherinnen, dass Entwicklung vorrangig den Männern nütze, weshalb Entwicklung gerechtere Beziehungen zwischen den Geschlechtern zu schaffen habe. Ähnlich lautete die Argumentation bezüglich Kultur, wo Ethno-Entwicklung die Antwort auf den Eurozentrismus war.

1.6.2.2.1.4.2.2 Good Governance

Dem neuen Konsens darüber, was Entwicklung sei, trägt das Konzept des **guten Regierens (good governance)** Rechnung, das auf zwei Eckpfeilern fußt. Der eine universell gültige Eckpfeiler ist **Demokratie und Rechtsstaat**: Alle Menschen sollen das Recht haben, ihre politische Vertretung selbst zu wählen. In einem fairen Gerichtsverfahren sollen sie die Möglichkeit haben, zu ihrem Recht zu kommen. Menschenrechte sind unteilbare und universelle Rechte, und es ist Ziel von Entwicklungspolitik, diese überall durchzusetzen.

Als zweiter Eckpfeiler von Entwicklung gelten **Marktwirtschaft und Kapitalismus**. Wenn die Markt-Freiheit zu konsumieren und produzieren gewährt wird, sei Entwicklung nicht mehr weit. Demokratie und Marktwirtschaft liefern die Grundlage einer anzustrebenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Die Dritte Welt habe nicht nur in Bezug auf den Wohlstand, sondern auch in Bezug auf Institutionen nachzuholen.

1.6.2.2.1.4.3 Sozialliberales Handeln

Der Sozialliberalismus baut auf einer bestimmten Dialektik von Struktur und Handlung und der Verbindung von Universellem und Partikularem auf. Die **ökonomischen Sachzwänge** haben wir gleichsam aus der Vergangenheit geerbt, sie sind die Last der Geschichte, die wir zu tragen haben. Da die Geschichte aber als lineare Höherentwicklung mit der modernen kapitalistischen Zivilisation einen Endpunkt erreicht hat, ist dies auch nicht weiter besorgniserregend. Im Grunde sind die Menschen des 21. Jahrhunderts zu beglückwünschen, keine Generation vor ihr hatte so viele Waren zu Verfügung, so viele Möglichkeiten zur persönlichen Entfaltung.

Handlungsspielräume ergeben sich somit einzig aus dem **Reagieren auf strukturelle Rahmenbedingungen**, oder bildlich gesprochen auf die Ausgestaltung der Innenarchitektur ohne Möglichkeit, das Haus in seinen Grundfesten zu verändern. Die Ausgestaltung der Innenarchitektur kann nun Unterschiedliches bedeuten, und genauso können wir unterschiedliche Formen des Sozialliberalismus unterscheiden. Die reaktionäre Form des Sozialliberalismus leugnet, dass Raum produziert werden kann und beschränkt Handeln darauf, im bestehenden Raum das Auslangen zu finden. Zu diesem reaktionären Sozialliberalismus zählt das Schönreden, das Beschwichtigen und Vertuschen von Problemen. Der Schimmel an den Wänden wird einfach übermalt. Der schöne Schein zählt und nicht, ob die BewohnerInnen krank werden. Aber es gibt auch andere Sozialliberale, die die Probleme nicht nur mit schönen Worten übermalen, sondern auch Leitungen verlegen und manchmal sogar Wände verschieben wollen. Diese Sozialliberalen orientieren sich noch, bewusst oder

unbewusst, an der Giddensschen Strukturierungstheorie, die dem Handeln strukturverändernde Fähigkeiten zuspricht. Weil aber der Sozialliberalismus die Marktordnung als über der Demokratie stehend akzeptiert, setzt die kapitalistische Marktwirtschaft den Handlungsmöglichkeiten enge Grenzen. Mitbestimmung und Gestaltung wird so nur im Kleinen möglich. Da der Sozialliberalismus unreflektiert dieses Wettbewerbsdispositiv (Glokalisierungsdispositiv) akzeptiert und sogar den neoklassischen Marktdiskurs aufgegriffen hat, kann er auch keine kritische Gesellschaftsanalyse mehr vornehmen. Strukturen, so wie sie die politische Ökonomie seit rund 200 Jahren beschreibt, werden aus den Augen verloren. Wenn aber das Wissen über die Struktur des Hauses fehlt, erscheint jegliche Reform als Hasardspiel. Die fehlende integrierte Analyse von Geld, Arbeitskraft, Wettbewerb und Natur verführte die Sozialliberalen dazu, allzu große Erwartungen in kleine Maßnahmen und Best-Practices zu setzen. So überschätzten auch kritische Sozialliberale die innenarchitektonischen Möglichkeiten und unterschätzten die Bedeutung der Gesamtarchitektur.

Das Leben im Bestehenden ist nicht immer schlecht. Alle Menschen schätzen Traditionen und Gewohnheiten. Jedoch würden wir uns nicht wirklich als EigentümerInnen eines Hauses sehen, wenn wir daran gehindert werden, in diesem Haus etwas zu verändern. Genau dies fordert aber der Sozialliberalismus. Die Welt, so wie sie vor uns steht, ist in ihrer Grundstruktur als eine nicht zu verbessernde Meisterleistung anzusehen. Daher wird es verboten, substanzielle Veränderungen in der Architektur des gemeinsamen Hauses überhaupt nur anzusprechen. Aber neuerdings gelten nicht mehr nur die, die das Haus zur Gänze neu bauen wollen, als revolutionäre UmstürzlerInnen. Selbst wer Wände verrücken will, gilt als verrückt, wer Hausordnungen ändern will als Umstürzler. Im Wettbewerbsdispositiv wird dieses Denk- und Handlungsverbot in eine glückliche Gefangenschaft umgedeutet: Innerhalb der vorgegebenen Regeln haben alle das Recht sich auszutoben, es sich gemütlich zu machen und, wenn gewünscht, sogar solidarisch zu handeln, indem sie spenden, bewusst einkaufen oder ehrenamtlich anpacken.

1.6.2.2.1.4.3.1 Ideologie der Wissenden

Der Sozialliberalismus mit seiner vermeintlichen Wertschätzung für das Soziale hat viele Reformwillige verwirrt, weil sie nicht erkannten, dass die **Beschäftigung mit dem Sozialen an sich noch keinesfalls progressiv** ist. Der Sozialliberalismus fragmentiert das Soziale, unterwirft es wegen der Marktlogik einer Kurzfristperspektive und blendet Strukturen aus. Die Verallgemeinerung der Warenform ist deshalb unvereinbar mit der Verwirklichung von Freiheit und Gerechtigkeit in den komplexen Zusammenhängen einer globalisierten Welt. Der Sozialliberalismus als eine Ideologie von Wissenden integriert das neoklassische Markt-Modell und den Positivismus. Die Politik kann **externe Effekte**, wie Umweltverschmutzung, ins Marktmodell integrieren; sie kann auch mittels Schecks das Einkommen vor allem von schwachen Bevölkerungsgruppen erhöhen. Dies ist der Handlungsspielraum staatlicher Politik. Sind diese Korrekturen am Markt aber einmal vorgenommen, gilt das als gesellschaftlich wahr, was sich rechnet. Nur das, was sich rechnet, wird auch hergestellt. Orchester können dem Markt dann genauso zum Opfer fallen wie Biobauerngenossenschaften. Historische Stadtkerne sind genauso gefährdet wie Museen, und zur Sicherung von Nahversorgung mag es genauso an Geld fehlen wie für AsylantInnen. Eine

Zivilisation ist aber eine Form des institutionalisierten und nicht einzig auf Gewalt beruhenden Zusammenlebens. Daher ist sie mehr als ein Markt, und es ist eine zivilisatorische Errungenschaft, dass sich das Wahre nicht immer rechnen muss. Eine grundsätzliche Neuorientierung in Theorie und Praxis wäre notwendig, damit zivilisatorische Mindeststandards nicht verloren gehen.

1.6.2.2.1.4.3.2 Projektkultur und fragmentiertes Wissen

Mit der Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung und Demokratie und Menschenrechten als politischer Ordnung scheint ein zivilisatorischer Endpunkt erreicht, der sich nun als Modell des *global governance* globalisiert. In den Zentren herrscht dieses zivilisatorische Endstadium schon, an der Peripherie gilt es dies noch umzusetzen. Damit wird die Politik aber nicht arbeitslos, und auch für Gesellschaftsgestaltung gibt es noch einen Raum, nämlich die **lokale Anpassung und Ausgestaltung der *global governance***. Hierbei stellen Projekte die privilegierte Organisationsform dar. Gesellschaftsgestaltung ist in diesem Sinne die kompetente Anwendung der besten international verfügbaren Projekte, der sogenannten *Best Practice*-Modelle.

Der Sozialliberalismus, der sich ja vom Neoliberalismus dadurch unterscheidet, dass er sich auch dem Sozialen widmet, führte in den 1990er Jahren zur Verbreitung der *Projektkultur* auf den vielfältigsten sozialen Feldern: Von der Entwicklungszusammenarbeit über die Sozialpolitik bis zur Wissenschaft. Sowohl die Projektkultur als auch die staatliche Planung basieren auf dem Positivismus. Im Unterschied zur staatlichen Planung, der es um die Gestaltung des Ganzen geht, beruht die Projektkultur auf einem **fragmentierten Zugang zur Gesellschaft**, der **Lösungen immer nur für Teil-Probleme** anzubieten hat. Das positivistische Denken strebt nach der vollkommenen Erkenntnis, die nur durch Detail- und Spezialwissen erzielbar ist. Wissenschaftsdisziplinen und Spezialistentum sind die Konsequenz. Aber auch in der Postmoderne gilt die Liebe dem Detail, der Fallstudie und dem lokalen Widerstand. Dies führt dazu, dass sich auf verschiedenen Feldern ExpertInnen herausbilden, die auf ihrem Gebiet kompetent sind. Sie können perfekte **Teil-Erklärungen** liefern. Sie erweisen sich aber in aller Regel als inkompetent, wenn es darum geht, ihre Teil-Erklärung für die Lösung komplexer Probleme nutzbringend anzuwenden.

Der **Vormarsch der SpezialistInnen** resultiert im Tod der GeneralistInnen. Allgemeinbildung und ganzheitliche Problemsichten werden gegenüber der disziplinären Kompetenz abgewertet. Das postmoderne Denken betont gegenüber dem Positivismus die Vielfalt der Problemzugänge. Von gänzlich anderen Überlegungen ausgehend fragmentiert es aber ebenso die Wirklichkeit, indem die verschiedenen Kulturen und Disziplinen als *unvergleichbar* nebeneinander bestehen bleiben. Auch hier wird der Dialog von Kulturen und Disziplinen, der fragmentiertes Argumentieren zusammenführt, unterbunden. Aus dieser Konzeptualisierung leitet sich auch eine Form von Politik ab, die sich auf Teilaspekte unter Ausblendung des Ganzen konzentriert.

1.6.2.2.1.4.3.3 BEISPIEL: Die Fair Trade Bewegung

Die Bewegung für den **fairen Handel** (Fair Trade) vertreibt in Europa Produkte aus Afrika, Asien und Lateinamerika, die den ProduzentInnen bessere Arbeits- und Lebensbedingungen ermöglichen, weil sie höhere Preise und sichere Abnahmeverträge bekommen. Viele Menschen begeistern sich an derartigen kleinen Schritten zur Verbesserung der Entwicklungschancen im Süden. Sie suchen keine Welterklärungen, sondern **konkrete Projekte**, mit denen den Menschen im Süden geholfen werden kann. Es entspricht dies dem Wunsch nach “Sachen zum Angreifen und zum Anpacken”. Wenn wir unsere Lebensgewohnheiten ändern, wenn jeder und jede bei sich anfängt, dann kann in einem zweiten Schritt auch das Große geändert werden. Hierbei wird so getan, als könnten wir unser Leben und unser Handeln von der Welt da draußen mit ihren problematischen Strukturen trennen, so als hätten Strukturen mit unserer Lebenswelt nichts zu tun. Damit jedoch landen wir schnell in der Sackgasse: Wie lange können sich die kleinen AnbieterInnen der Logik der Großen entziehen? Wie lange können sie in ihrer internen Struktur Teilhabe und Gerechtigkeit umsetzen, wenn ihnen der raue Wind der Konkurrenz zusetzt? Wieviel Solidarität ist von den PartnerInnen des Nordens zu erwarten, angesichts von Preisen, die nicht-ökologisches und un-soziales Handeln massiv begünstigen?

Die Fair-Trade-Bewegung problematisiert nicht, dass Globalisierung die **BürgerInnen durch KundInnen als die neuen Subjekte ersetzt**. Die Freiheit, das Gemeinwesen zu gestalten, erscheint angesichts so vieler Sachzwänge als illusorisch; die **Freiheit, am Markt als KundIn wählen zu können**, erscheint als realistische Möglichkeit der Lebensgestaltung – aber eben nur im Rahmen des Bestehenden.

1.6.2.2.1.4.3.4 BEISPIEL: Sozialliberale Umweltpolitik

Seit rund zwanzig Jahren ist die ökologische Problematik zu einem politischen Kernanliegen geworden. Dabei setzte sich eine bestimmte Praxis ökologischen Handelns durch: Vor Ort werden nachhaltige Kreislaufwirtschaften gefördert, die nur das der Natur entnehmen wollen, was sie auch als Region zurückgeben können. Die Initiativen zur Förderung der Biolandwirtschaft wiederum setzten auf mündige KonsumentInnen, die die Mühen der Bauern mit einem höheren Preis belohnen. Die Analyse und Praxis ökologischen Handelns begnügt sich aber immer öfter damit, Ökologie als ein gesellschaftliches Teil-Problem zu sehen, das mit strukturellen Fragen nichts zu tun hat. Es gibt kaum einen Lehrgang über nachhaltiges Wirtschaften, der WTO-Freihandel oder EU-Binnenmarkt als Gefahr für die Nachhaltigkeit kritisiert. Es gibt zwar mit der **Lokalen Agenda21** und dem **Klimabündnis** Initiativen, die „**global denken – lokal handeln**“ umsetzen wollen, es gab aber bis vor kurzem kaum Initiativen, die **global denken und global handeln**“. Lokale Veränderungsansätze sind zwar wichtig, in letzter Zeit jedoch haben sie viel von ihrer utopischen Kraft verloren, weil die Verbindung des Lokalen zum Globalen nicht mehr geleistet wird. Es wird Biofleisch gekauft und gleichzeitig das Dogma des EU-Binnenmarktes verteidigt; es werden Nebenbahnen verteidigt und gleichzeitig die Liberalisierung der Verkehrspolitik hingenommen. Eine engere Kopplung lokaler Aktivitäten an globale Prozesse wäre daher unabdingbar, damit nicht Strukturen als Sachzwänge wirksam werden können, die gute Projekte vor Ort abwürgen. Es gibt zwar intellektuelle Kritik an der durch die Finanzmärkte hervorgerufenen Beschleunigung. Diese Kritik zeigt, dass die

Verwertungszeit von Finanzkapital viel kürzer ist als Erntezyklen. Die bestimmende Logik des Finanzmarktzinssatzes und die dort zu erzielende Rendite belastet ökologisch und sozial nachhaltige Wirtschaftsinitiativen schwer, die einen gänzlich anderen Zeithorizont haben. In Öko- und Sozialprojekten ist die Kritik an kapitalistischen Grundstrukturen aber weitgehend verstummt.

1.6.2.2.1.5 Autoritärer Liberalismus

Der autoritäre Liberalismus ist eine Form des Liberalismus, in der die **Bewahrung des Status Quo einer Besitzbürgergesellschaft** über der Durchsetzung einer freien Marktwirtschaft steht. Staat und Kapital sind eng verwoben. Er ist ein **zugespitzte Form des Wirtschaftsliberalismus**, der politische Freiheiten als zweitrangig gegenüber politischen ansieht. Die Ordnung einer kapitalistischen Marktwirtschaft steht über der politischen Ordnung der Demokratie. Dafür ist nicht selten ein **starker Staat** erforderlich, der mit Gewalt die Mehrheit an Zugang zu Entscheidungen hindert. Theoretisch wird diese Position von F. A. Hayek vertreten, ein klassisches historisches Beispiel ist die chilenische Militärdiktatur unter General Pinochet.

Mit dem 11. September 2001 änderte sich die Welt nicht über Nacht. Trotzdem befindet sich die Welt seitdem in einer neuen Konjunktur der Weltentwicklung, und wir beobachten heute eine kleine Krise, nämlich die Krise des Sozialliberalismus. Tendenzen, die durch das sozialliberale Schönreden übertüncht wurden, Prozesse, die sich nur ankündigten, Kräfte, die sich bloß formierten, gewannen über Nacht an Wille und Macht. Die sozialliberalen Regierungen der 1990er Jahren hatten ja allesamt immer schon autoritäre Tendenzen. Es war der Sozialliberalismus, der das Unternehmen als Leit- und Vorbild aller Organisationsformen akzeptierte. Nicht-ökonomische Organisationen wie ein Unternehmen zu führen, veränderte NGOs und Staat gleichermaßen.

Zusammen mit der Familie und einem starken Staat sind es diese traditionellen Strukturen, die nun erneut an Bedeutung gewinnen. Bezogen auf den Staat führt dies zu einer neuen Spielart des **Patrimonialismus**. Die Stärkung der Exekutive und die Straffung von Entscheidungsprozessen fördert die Entdemokratisierung. Bürokraten-ManagerInnen, d.h. EntscheidungsträgerInnen auf Zeit, die das Allgemeinwohl mit weitgehenden Vollmachten durchsetzen sollen, sind strukturell Despoten. Nicht jeder Despot muss seine Macht immer ausnützen und schon gar nicht missbrauchen. Aber es ist ein Faktum, dass heutzutage Schul-, Spitals-, Universitäten-, BahnmanagerInnen und StadtentwicklerInnen der Kontrolle durch die Legislative und der Rechenschaft gegenüber der Bevölkerung während ihrer Amtszeit immer weitergehender entzogen sind. Sie können auf Zeit tun und lassen, was sie für richtig halten, Kontrolle reduziert sich auf die Evaluierung im Nachhinein und eine allfällige Ersetzung, sei dies nach Ablauf des Vertrags oder nach Neuwahlen. Die Legislative, d.h. die Gesetzgebung, verliert immer mehr an Bedeutung, für eine vernünftige öffentliche Diskussion lassen die Massenmedien kaum Raum. Damit werden demokratische Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition genauso zu medialen Schaukämpfen reduziert wie UN-Konferenzen, auf denen die Staatschefs der Welt erfolglos auf den US-Präsidenten oder die MachthaberInnen der reichen Staaten einreden – sei dies in Fragen des Klimaschutzes, des Verbots bakteriologischer Waffen oder der Befugnisse eines internationalen Gerichtshofes. Im Land selbst erheben nationale Regierungen, durch Wahlen legitimiert oder nicht, einen Alleinvertretungsanspruch auf Zeit, der autoritär, ja monarchistisch ist. Die Denunzierung von oppositionellen Argumenten als die

Argumente einer Minderheit ist Ausdruck dieses fehlenden rechtsstaatlichen Verständnisses. Es ist dies politisch die Vorstellung eines „**Absolutismus auf Zeit**“, einer vor-konstitutionellen Mehrheitsdiktatur. Gewaltentrennung erscheint im „Unternehmen Staat“ obsolet, Relikt der Vergangenheit. Wenn Privatisierungen ökonomisch sinnvoll sind, dürfen RichterInnen nicht aufgrund „rechtsstaatlicher Spitzfindigkeiten“ ökonomische Sanierungsprogramme gefährden, so der Gedankengang. Ein derartiges „**Unternehmen Staat**“ wird schwerlich demokratisch bleiben können, ebensowenig das Unternehmen Schule oder eine Universitäts-AG.

1.6.2.2.2 Sozialismus

Der Sozialismus entstand im Umfeld der Arbeiterbewegung und zielt im Unterschied zum Liberalismus auf die **Veränderung liberal-bürgerlicher Gesellschaftsstrukturen**. Der Marxismus lieferte als eine Kritik der politischen Ökonomie die theoretische Basis für die Analyse des Kapitalismus. Die politische Bewegung des Sozialismus spaltete sich schon bald in einen revolutionären und reformistischen Flügel. Die Utopie eines **demokratischen Sozialismus** geriet jedoch zunehmend in Vergessenheit.

1.6.2.2.2.1 Marxismus

Der Marxismus ist ein umfassendes und beeindruckendes Theoriegebäude in dessen Zentrum die **Analyse widersprüchlicher gesellschaftlicher Entwicklungen** im Kapitalismus steht. Das theoretische Grundkonzept geht auf Karl Marx und Friedrich Engels zurück. **Geschichte wird als Prozess von Klassenkämpfen betrachtet.**

1.6.2.2.2.2 Kommunismus

Im Kommunismus werden kapitalistische Gesellschaftsstrukturen überwunden. Der Weg zu einem gesellschaftlichen Umbruch ist die **Revolution**. Im real existierenden Kommunismus (Realsozialismus) kam dem Staat in der Steuerung von Ökonomie und Gesellschaft eine zentrale Rolle zu. Es war eine **Zentralverwaltungswirtschaft** bzw. eine **zentralistische Planwirtschaft**. Die Überwindung des Kapitalismus wurde mit der **Verstaatlichung** von Privateigentum gleichgesetzt, ohne dauerhaft die Akkumulationslogik durch eine Form demokratischer Planung ersetzen zu können.

In dieser revolutionären Tradition steht zum Beispiel der Lateinamerikaforscher James Petras.

1.6.2.2.2.3 Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratie strebt keine Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsstruktur an. Vielmehr wird versucht, **den Kapitalismus mittels Reformen zu transformieren**. Waren bis vor wenigen Jahrzehnten sozialdemokratische Parteien noch eng mit den Interessen der Arbeiterklasse verbunden, so haben sich heute viele sozialdemokratische Parteien von der Arbeiterklasse quasi "emanzipiert" und streben nunmehr als Parteien der "Mitte" die Gunst breiterer Wählerschichten an. Aus SozialdemokratInnen wurden vielfach Sozialliberale.

1.6.2.2.3 Feminismus

Feminismus ist ein vieldimensionaler Begriff: er thematisiert in kritischer Absicht die Beziehungen zwischen den Geschlechtern als "private" Themen von Sexualität, Ehe, Elternschaft, gleichzeitig aber auch Arbeit, Beruf, Politik und Wirtschaft. Begriffsgeschichtlich werden unter Feminismus sehr unterschiedliche Positionen, Strömungen und Bewegungen verstanden. Feminismus thematisiert die Ungleichheit der Frau in allen Lebensbereichen und impliziert grundlegende Kritik an den Machtstrukturen unserer Gesellschaft.

Historisch wird die **erste Welle der Frauenbewegung**, insbesondere zur Durchsetzung des Frauenwahlrechts im 19. Jahrhundert von der zweiten Welle der Frauenbewegung ab 1967/68 unterschieden. Diese zweite Frauenbewegung hat mit ihrem Slogan: "Das Private ist politisch!" u.a. die geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung sowie die sexuelle Ausbeutung von Frauen zum gesamtgesellschaftlichen Problem erklärt.

1.6.2.2.3.1 Geschlechterverhältnis

Geschlecht ist in unserer Gesellschaft nicht nur ein individuelles Personenmerkmal. Für Frauen und Männer gibt es unterschiedliche Rollen und Positionen, die mit bestimmten Erwartungen, Normen und Werten verbunden sind. Frau oder Mann zu sein ist ein entscheidendes Kriterium dafür, **welchen Platz wir in der Gesellschaft einnehmen und welche Lebensbedingungen wir haben**. Geschlecht und Geschlechterverhältnis ist in seiner Eigenschaft als **gesellschaftsstrukturierende Kategorie** eine zentrale gesellschaftliche Frage. Das Geschlechterverhältnis ist in unserer Gesellschaft ein **Ungleichheitsverhältnis**. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung – männliche Erwerbsarbeit und weibliche Familienarbeit – bedingt Ungleichheit zwischen Frauen und Männern beispielsweise in den Einkommens- und Besitzverhältnissen und den Armutsrissen, bei den Arbeits- und Zeitbelastungen, bei Anerkennung und Wertschätzung, bei der Abgeltung von Leistungen, bei Entscheidungsmöglichkeiten und Machtverhältnissen. Deshalb ist das Geschlechterverhältnis eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

1.6.2.2.3.2 Geschlechtergerechtigkeit

"Ein gesamtgesellschaftlich fundiertes Politikkonzept, das sowohl die Strukturen wie auch die Prozesse und Verfahren sowie die Programmatik und die Ergebnisse der unterschiedlichen Politikprojekte inkludiert, erschließt daher mehr Optionen für produktive theoretische und analytische Arbeit an Gerechtigkeitskonzeptionen und ihrer politischen Implementation. Politikwissenschaftliche Aneignung und Verfolgung des Gerechtigkeitsthemas erfordert mehr als bloße Themenintegration etwa in die normativen Sphären der politischen Theorie. Es erfordert vielmehr die praktisch-politische Durchdringung und analytische Verfolgung von Gerechtigkeit als Teil einer demokratischen gesellschaftlichen und politischen Ordnung. Und eine solche bleibt ohne Geschlechtergerechtigkeit in allen Lebenssphären zwangsläufig defizitär" (vgl Kreisky 1999)

1.6.2.2.4 Demokratie

Demokratie bedeutet **Volksherrschaft**. Wie diese Volksherrschaft zu gestalten ist, zählt zu den Kernaufgaben einer an Demokratisierung interessierten Politik. **Demokratisierung ist ein Organisationsproblem.**

In der griechischen Demokratie verwirklichten sich die Männer als Personen, ernteten Anerkennung und verfeinerten ihre Persönlichkeit in einem gemeinsamen Bemühen, das Allgemeinwohl zu verwirklichen. Dieses **elitäre Ideal der Antike** wurde in der Neuzeit wiederbelebt. Zuerst waren es die Besitzbürger, später dann StaatsbürgerInnen, die **als Volk die Basis eines territorial abgegrenzten Gemeinwesens** bildeten. Schrittweise etablierte sich in der Moderne neben dem Kapitalismus auch die Demokratie.

1.6.2.3 Die offene Utopie der Teilhabe

Die Utopie der Teilhabe ist **offen und in ständiger Veränderung**, sie kann, anders als technokratische und normative Utopien, **keinen anzustrebenden Endzustand benennen**. Die menschliche Kreativität und Freiheit übersteigt die Vorstellungskraft der Denkenden heute. Menschliche Gemeinwesen zeichnen sich dadurch aus, dass jedes Neugeborene tendenziell die Möglichkeit der Verwirklichung einer neuen Utopie mit sich bringt. "Dass man in der Welt Vertrauen haben und dass man für die Welt hoffen darf, ist vielleicht nirgends knapper und schöner ausgedrückt als in den Worten, mit denen die Weihnachtsoratorien "die frohe Botschaft" verkünden: "Uns ist ein Kind geboren"" (Arendt 1981: 243).

Als Utopie, in deren Mittelpunkt die **Gestaltung des Gemeinwesens** steht, muss die Utopie der Teilhabe an die demokratische Tradition der griechischen Stadtstaaten anschließen. Die **antike Polis** war der erste Machtraum, in dem rechtlich gleiche Eigentümer in Freiheit das gute Leben verwirklichten. Es war dies ein großartiges soziales Experiment, wiewohl es auf einer klaren Herrschaftsordnung basierte, die Frauen, SklavInnen und Kinder ausschloss.

Den zweiten großen Bezugspunkt einer Vision der Teilhabe liefert die **französische Revolution**, denn seitdem müssen sich alle konkreten Utopien auf deren drei Ideale von **Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit**, das heute wohl Solidarität heißen muss, berufen.

Leider wird die Auseinandersetzung zwischen links und rechts, zwischen Liberalismus und Sozialismus, oftmals als eine Auseinandersetzung von **Freiheit gegen Gleichheit** dargestellt. Während ersterer die Freiheit betont, steht für zweiteren die Gleichheit im Vordergrund. Akzeptiert die Linke diese Begrifflichkeiten und Wertigkeiten, dann hat sie die ideologische Auseinandersetzung auch schon verloren. Im Folgenden wird mit Teilhabe eine konkrete Vision vorgeschlagen, die Freiheit und Gleichheit neu definiert und die Freiheit in den Mittelpunkt eines progressiven politischen Projekts stellt. Freiheit und Gleichheit erscheinen damit als untrennbar verwoben.

1.6.2.3.1 Gleichheit

Die Forderung nach Gleichheit als einer Form von **Gerechtigkeit** ist Teil der **Ideale der Französischen Revolution**. Die Geschichte lehrt, dass die Gleichheit der Menschen etwas **Künstliches** ist, etwas von Menschen konstruiertes. Die natürliche Organisationsform des Menschentiers ist die Hierarchie, sei dies nach Alter, Geschlecht oder Abstammung. Daher ist die Geschichte der Menschheit auch eine Geschichte der **Herrschaft**. Machtstrukturen verfestigten Hierarchien und lassen **Ungleichheit als normal** erscheinen.

Die griechische Polis stellte in der Antike eine **politische Organisationsform der Gleichen** dar. Besitzbürger durften gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilnehmen. Der **künstlich geschaffene Machtraum der Polis** beruhte auf Grenzen nach außen, die es erlaubten, nach innen Gesetze zu erlassen. Die Gleichheit der Bürger war die Voraussetzung, damit diese ihre Freiheit entfalten konnten. Es war dies eine historische Innovation, die nicht hoch genug einzuschätzen ist. Es war aber selbstverständlich ebenfalls eine Form der Herrschaft, weil die Gleichheit künstlich **auf die Eigentümer beschränkt** war und damit Frauen, Kinder und SklavInnen auf den Privatraum beschränkt und dem Herren des Hauses unterstellt waren.

Mit der französischen Revolution wurden erstmals alle Menschen eines Gemeinwesens als gleich angesehen. Die **Gleichheit aller Menschen wird zu einem Menschenrecht**. Dieses Recht gewährt ein Gemeinwesen, es ist künstlich und keinesfalls natürlich. Deshalb sind Menschenrechte auch immer nur innerhalb von Machträumen durchsetzbar. Selbst die internationale Staatengemeinschaft kann Menschenrechte nur dort durchsetzen, wo nationale Regierungen kooperieren.

Gleichheit als Gleichbehandlung, d.h. als **rechtliche Gleichheit**, ermöglicht die **liberale** Form von Freiheit, die sich auf die Abwesenheit von Zwang beschränkt. Dieser Gleichheitsbegriff erfordert einzig ein funktionierendes Gerichtswesen, dass die **Gleichbehandlung gewährleistet**.

Gleichheit kann aber auch als **soziale Gleichheit** definiert werden. Die Forderung nach Chancengleichheit geht vom Umstand aus, dass die Herrschaftsstrukturen die Lebenschancen der Menschen höchst ungleich verteilen. Kinder aus Arbeiterhaushalten haben andere Lebenschancen als Kinder von AkademikerInnen. Dies als ungerecht anzusehen, führt dazu, dass der Staat verpflichtet wird, aktiv zu werden und Maßnahmen zu setzen, um **Chancengleichheit herzustellen**. Dies ist heute eine notwendige Voraussetzung um Entwicklung, verstanden als Freiheit für alle, zu ermöglichen.

"Das Faktum menschlicher Pluralität, die grundsätzliche Bedingung des Handelns wie des Sprechens, manifestiert sich auf zweierlei Art, als Gleichheit und als Verschiedenheit. Ohne **Gleichartigkeit** gäbe es keine Verständigung unter Lebenden, kein Verstehen der Toten und kein Planen für eine Welt, die nicht mehr von uns, aber doch immer noch von unsersgleichen bevölkert sein wird. Ohne Verschiedenheit, das absolute Unterschiedensein jeder Person von jeder anderen, die ist, war oder sein wird, bedürfte es weder der Sprache noch des Handelns für ein Verständigung" (Arendt 1981: 164).

Mit jedem Menschen, der geboren wird, kommt ein neues Wesen auf die Welt, das anders ist. Begabt mit der Fähigkeit zu handeln, wird dieses Wesen den Lauf der Welt beeinflussen. Es wird Initiativen setzen und Dinge bewegen. Die **Vielfalt** an Handlungen, die sich daraus für ein Gemeinwesen ergibt, ist eine Bereicherung, auf die niemals im Sinne von **Gleichmacherei** verzichtet werden darf. Die Vielfalt an Kultur, Meinungen, Landschaften und Menschen macht das Leben bunt. Immer das Gleiche zu bekommen, wäre fad. Es kann daher Gleichheit niemals ein Ziel sein, für das sich Menschen wirklich begeistern können.



Sozialer Wohnbau COHAB-Bras, Sao Paulo, Brasilien, 1989

1.6.2.3.2 Freiheit

Freiheit ist die menschliche **Fähigkeit, sein eigenes Leben und die Welt zu gestalten**. Die **antike Polis war der Raum der Freiheit**. "Gleichheit, die in der Neuzeit immer eine Forderung der Gerechtigkeit war, bildete in der Antike umgekehrt das eigentliche Wesen der Freiheit: Freisein hieß, frei zu sein von der allen Herrschaftsverhältnissen innewohnenden Ungleichheit, sich in einem Raum zu bewegen, in dem es weder Herrschen noch Beherrschtwerden gab" (Arendt 1981: 34).

Im Liberalismus wird Freiheit verstanden als **Autonomie und Unabhängigkeit**. Es ist die Fähigkeit, **das zu tun, was man will**. Freiheit erschöpft sich demnach in der **Abwesenheit von Zwang**. Zwang ist in Regeln und Strukturen verkörpert und daher ist der Liberalismus eine "Bewegung, die ein Zuviel an Regierung vermeiden will" (Schmid 1991: 62). Je weniger Regeln desto mehr Freiheit, je spontaner, desto freier. In diesem Sinne gibt es ein **Naheverhältnis zwischen dem anarchistischen und liberalen Freiheitsbegriff**.

Sennett zeigt anhand des kindlichen Spiels den Fehler des liberalen Verständnisses von Freiheit auf. "Spiel ist für das Kind das genaue Gegenteil von spontanem Ausdruck" (Sennett 1990: 396). **"Spielen erfordert Freiheit gegenüber dem Selbst; aber diese Freiheit läßt sich nur mit Hilfe von Regeln schaffen"** (Sennett 1990: 401). Das Kind lernt beim Spielen, was es später beim Gestalten des Gemeinwesens und jedem strukturtransformierenden Handeln benötigen wird: **Regeln sind keine unverrückbaren Wahrheiten, sondern Konventionen**. Wenn ein Kind nur von Eltern und Erziehungseinrichtungen erzogen wird und nicht zu spielen lernt, dann wird es schwerlich StaatsbürgerIn werden können. "Die Eltern bringen ihm bei, den Regeln Folge zu leisten; das Spiel lehrt, daß die Regeln selbst veränderbar sind. ... Im Spiel schafft sich das Kind eine Umwelt, die es zu kontrollieren vermag" (Sennett 1990: 404f). Die Welt zu gestalten ist eine spielerische Angelegenheit.

1.6.2.3.3 Solidarität

Handwerker können im stillen Kämmerchen werken, Künstlerinnen alleine ihre Werke schaffen. Die Welt wird aber nur **mit Menschen gestaltet**. "Das Handeln und Sprechen vollzieht sich in dem **Bezugsgewebe zwischen den Menschen**, das seinerseits aus Gehandeltem und Gesprochenem entstanden ist, und muss mit ihm in ständigem Kontakt bleiben" (Arendt 1981: 180). Aus diesem Bezugsgewebe kann immer nur ein künstliches Gemeinwesen geschaffen werden, das zerbrechlich und stets gefährdet ist.

Die Neuzeit ist eine Bewegung, die das **Individuum in den Mittelpunkt stellt**: Mit seinem "Ich zweifle, also bin ich", begründete Descartes die neuzeitliche Philosophie. Fortan steht im Mittelpunkt des Denkens immer mehr die **Selbstreflexion**, das Sich-seiner-selbst-bewusst-werden. Dies beinhaltet die Gefahr, die Welt aus dem Blick zu verlieren. In diesem Sinne ist der homo oeconomicus ein typisch neuzeitliches Konstrukt.

Ein **offenes Menschenbild** hingegen, das Individualität in Beziehung zu Anderen und der Natur begründet, geht Hand in Hand mit **Solidarität**. Die Sorge um sich und die Sorge um die Welt hängen zusammen (Foucault 1989). Beide wenden sich gegen totalitäre Vorstellungen und fördern solidarische Lebensweisen und Interpretationen der Welt. Anders denken und leben ist daher kein individuelles Unterfangen. Vielmehr wird das andere Denken und Leben gemeinsam geschaffen. Daher sind **Visionen sinnvoll immer nur in Beziehung zu sozialen und politischen Bewegungen** entwickelbar; nur durch die kollektive Praxis von Bewegungen kann ein hegemoniales Projekt Wirklichkeit werden, das Leben und Arbeiten verändert.

1.6.2.3.4 Teilhabe

Teilhabe heißt dazugehören. Dies erfordert zum einen, zugelassen zu werden, und zum anderen, mitmachen zu dürfen. Die aktive und die passive Seite von Teilhabe benötigen einander. Eine Politik der Teilhabe **überwindet gesellschaftliche Spaltungen**, wie sie gegenwärtig durch den Wirtschaftsliberalismus verschärft werden, und erlaubt den Menschen ihre **Welt zu gestalten**. Daher geht es bei der Vision der Teilhabe darum, **allen den Zugang zum Gemeinwesen zu öffnen** und **allen die Chance zu geben**, sowohl ihr privates Leben als auch das Lebensumfeld und die Welt mitzugestalten.

1.6.2.3.4.1 Mitgestalten

Menschen wollen kein Schicksal erleiden, sondern ihrem Leben einen Sinn geben. Den **eigenen Lebensraums und gleichzeitig auch die Welt zu gestalten**, ist das, was sich Menschen vom Leben erwarten. Sicherlich führen biedermaierliche Tendenzen immer dazu, tendenziell die Welt aus dem Blick zu verlieren und nur bescheidene Gestaltungsansprüche für das eigene Leben zu erheben. Aber ohne Zweifel erinnern sich alle gerne an die Momente, wo das eigene Handeln dem Lauf der Dinge, einem vermeintlichen Schicksal eine andere Wendung gegeben hat. Es sind diese Ereignisse und nicht der Alltagstrott, die letztlich Dauer haben und unvergessen bleiben. Die Utopie der Teilhabe eröffnet allen Menschen die Möglichkeiten, ihr Leben, aber auch die Welt mitzugestalten.

Im Bild des Hausbaus gesprochen, geht es nicht bloß um die Ausgestaltung der eigenen vier Wände, sondern um den Bau eines neuen Hauses der Einen Welt. Kritisches Denken und das Schaffen von Öffentlichkeit sind wesentliche Voraussetzungen dafür, Gesellschaftsgestaltung wieder in den Mittelpunkt der Politik zu stellen.

Das Gestalten bildet die höchste Form politischen Handelns und ist gleichzeitig immer gefährdet, **elitär** auf einen kleinen Kreis beschränkt zu bleiben. Eine Utopie der Teilhabe muss daher bei der Schaffung von Räume für Gestaltung niemals darauf vergessen, gleichzeitig den Zugang zu diesem Gestaltungsraum möglichst offen zu halten.

1.6.2.3.4.1.1 Freiheit für alle

Die Forderung nach Freiheit für alle ist über Ideologien hinweg eine der Hauptforderungen unserer Zeit. Keine konkrete Utopie kann heute ohne eine Vorstellung auskommen, was Freiheit für alle in einer anderen Gesellschaft bedeuten.

Dem Zugriff dominanter Strukturen setzte Foucault und mit ihm die gesamte 1968er Bewegung eine **Praxis von Freiheit und Befreiung** entgegen, die darin münden sollte, über sich selbst zu bestimmen und sich nicht so sehr von Strukturen regieren zu lassen. Foucault experimentierte hierbei mit **neuen Formen gesellschaftlicher Organisierung**. Er deutete einen sozialen Raum an, der über die bestehende Ordnung hinausgeht und Platz für eine soziale Individualität schafft, bei der die Sorge um sich selbst darin besteht, immer auch auf Andere bezogen zu sein (Foucault 1989). “Die Formen der Freiheit sind nicht erst eine Frage “natürlicher Rechte”, sondern eine Frage ihres Erstreitens in konkreten Auseinandersetzungen im Zuge der Umkehrung bestimmter Machtverhältnisse und der Veränderung konkreter Praktiken” (Schmid 1991: 266f.).

Die von Foucault skizzierte Praxis der Freiheit könnte Grundlage eines alternativen politischen Projektes sein, das den individualistisch eingestellten Zeitgeist respektiert und gleichzeitig eine **neue Synthese aus Individuum und Kollektiv** ermöglicht. Freiheit muss nämlich als Einsicht in die Notwendigkeit verstanden werden. Nur wenn sich eine Person Spielregeln unterwirft, kann sie am Spiel teilnehmen, nur wenn sie die Zwänge einer Struktur berücksichtigt, kann sie handlungsfähig werden, denn nur dann kann sie **Strukturen auch als handlungsermöglichend** wahrnehmen. So kann auch Widerstand gestalterisch gewendet werden. **“Wir werden das Spiel spielen müssen und es gleichzeitig nicht akzeptieren – und es nicht akzeptieren, indem man es anders spielt”** (Lemke 1997: 369). Freiheit ist nur möglich, wenn auch die **Spielregeln mitgestaltet** werden. Ohne Diskussion über die Ziele gibt es keine Freiheit, wiewohl die vereinbarten Regeln als Zwang bestimmte Freiheiten auch einschränken. **Freiheit und Zwang bilden eine Einheit**, deren bestmögliche Aufhebung nur in der gemeinschaftlichen und demokratischen Organisation von Zwang möglich wird. Es gilt, die Dialektik von Freiheit und Zwang zu organisieren.

Einer **negativen** Definition von Freiheit, nämlich frei von Vorschriften zu sein, setzt Foucault eine **positive** entgegen. “Die Frage der Freiheit *wovon* wird durch die Frage des *Wie* der Freiheit ersetzt: Wie, auf welche Weise ist die Freiheit ins Werk zu setzen?” (Schmid 1991: 267). Dieser **offene Freiheitsbegriff** eröffnet Raum für eine andere Gestaltung des eigenen und des gesellschaftlichen Lebens. Gesellschaftlich relevant wird dieser Freiheitsbegriff, wenn dieser Prozess der Gestaltung auf vernünftigen Überlegungen, auf Kommunikation und der kollektiven Bearbeitung von Interessenkonflikten beruht.

1.6.2.3.4.1.1 Raum für Eigeninitiative

Freiheit zu gewähren heißt **Raum für Eigeninitiative zu schaffen**. Dies ist eine Voraussetzung, damit eine *res publica* als demokratisches Gemeinwesen organisiert werden kann.

“Die Polis hatte die Aufgabe, die Gelegenheiten regelmäßig bereitzustellen, durch die man den “unsterblichen Ruhm” erwerben konnte, bzw. die Chancen zu organisieren, unter denen ein jeder sich auszeichnen und in Wort oder Tat zur Schau stellen konnte, wer er in seiner einmaligen Verschiedenheit war. Ein, wenn nicht der entscheidende Grund für die bis heute unglaublich anmutende Häufigkeit von Talenten und genialen Begabungen in Athen, wie für die kaum weniger

erstaunliche Kurzlebigkeit der griechischen Stadt-Staaten, liegt gerade darin, daß sie von Anfang bis Ende es darauf abgesehen hatten, das Außerordentliche so zu häufen, daß es die Konsistenz und den Gang des Alltagslebens bestimmte" (Arendt 1981: 190).

1.6.2.3.4.1.1.2 Raum für Vielfalt

Freiheit begründet sich im **Respekt gegenüber Anderen** und damit in der **Wertschätzung der Vielfalt**. Freiheit erfordert Dialog. Die Verschiedenheit von Menschen, Dingen, Räumen und Kulturen ist eine Bereicherung, die keiner falsch verstandenen Gleichmacherei geopfert werden darf.

"Der politische Bereich im Sinne der Griechen gleicht einer solchen immerwährenden Bühne, auf der es gewissermaßen nur ein Auftreten, aber kein Abtreten gibt, und dieser Bereich entsteht direkt aus einem Miteinander, dem "mitteilenden Teilnehmen an Worten und Taten"" (Arendt 1981: 191),

1.6.2.3.4.1.2 Öffentlichkeit schaffen

Öffentlichkeit schaffen heißt einen **Raum zu schaffen, zu dem alle Zugang haben**, denn normalerweise bleiben die Entscheidungsräume einigen wenigen vorbehalten. Vater Staat auf der einen Seite, die Wirtschaft auf der anderen - So stellt sich gemeinhin die Verbindung von Staat und Wirtschaft dar. Die Regierung wird mit dem Staat gleichgesetzt und UnternehmerInnen mit der Wirtschaft. Aber sowohl Politik als auch Wirtschaft haben viel mehr AkteurInnen; auch BürgerInnen, Parlament und öffentliche Bedienstete sind Staat, auch Angestellte und ArbeiterInnen sind Wirtschaft. **Ein politisches Gemeinwesen und das Wirtschaften braucht Öffentlichkeit, um möglichst viel Freiheit für möglichst viele Subjekte zu ermöglichen.**

Das klassische Subjekt dieser Art von Gemeinwesen sind **BürgerInnen** als souveräne politische Wesen. Im antiken Griechenland war es das höchste Privileg, über das Schicksal der Polis, spricht das Gemeinwesen, mitzuentcheiden. Angesichts des im Vormarsch befindlichen patrimonialen und autoritär-liberalen Staatsmodells lautet ein Leitspruch der Teilhabe in Anlehnung an den osteuropäischen Widerstand gegen den Staatssozialismus, nicht nur „wir sind das Volk“, sondern **„wir sind der Staat“**. Es ist notwendig, den **Staat schrittweise zu veröffentlichen**, einen öffentlichen Staat zu schaffen.

1.6.2.3.4.1.2.1 Öffentlich

"Das Wort "öffentlich" bezeichnet zwei eng miteinander verbundene, aber doch keineswegs identische Phänomene: Es bedeutet erstens, dass alles, was vor der Allgemeinheit erscheint, **für jedermann sichtbar und hörbar** ist, wodurch ihm die größtmögliche Öffentlichkeit zukommt. Dass etwas erscheint und von anderen genau wie von uns selbst als solches wahrgenommen werden kann, bedeutet innerhalb der Menschenwelt, dass ihm Wirklichkeit zukommt ... Sobald wir anfangen, von Dingen auch nur zu sprechen, deren Erfahrungsort im Privaten und Intimen liegt, stellen wir sie heraus in einen Bereich, in dem sie eine Wirklichkeit

erhalten, die sie ungeachtet der Intensität, mit der sie uns betroffen haben mögen, vorher nie erreicht haben. ... Dies läßt sich am besten daran exemplifizieren, dass die intensivste uns bekannte Empfindung, die Erfahrung starker körperlicher Schmerzen, deren Intensität alle anderen Gefühle auslöscht, gleichzeitig die privateste aller Erfahrungen ist; sie lässt sich schlechterdings nicht mehr mitteilen." (Arendt 1981: 49f).

"Der Begriff des Öffentlichen bezeichnet zweitens die **Welt selbst**, insofern sie **das uns Gemeinsame** ist und als solches sich von dem unterscheidet, was uns privat zu eigen ist, also dem Ort, den wir unser Privateigentum nennen. ... Die Welt ist vielmehr sowohl ein Gebilde von Menschenhand wie der Inbegriff aller nur zwischen Menschen spielender Angelegenheiten, die handgreiflich in der hergestellten Welt zum Vorschein kommen" (Arendt 1981: 52).

Hannah Arendts Buch "Vita Activa" ist eine glühende Verteidigung des Öffentlichen als des Raums der Politik. Nur dort kann sich der Mensch entfalten und seine Freiheit verwirklichen. "Das von Anderen Gesehen- und Gehörtwerden erhält seine Bedeutsamkeit von der Tatsache, dass ein jeder von einer anderen Position aus sieht und hört. Dies eben ist der Sinn eines öffentlichen Zusammensein, mit dem verglichen auch das reichste und befriedigendste Familienleben nur eine Ausdehnung und Vervielfältigung der eigenen Position bieten kann und der ihr inhärenten Aspekte und Perspektiven" (Arendt 1981: 56).

Die **bürgerliche Öffentlichkeit**, die sich mit dem Ende des Mittelalters herauszubilden beginnt, setzt sich ebenfalls ausschließlich aus Eigentümern zusammen (Habermas 1990). Diese werden zur **literarischen Öffentlichkeit**, indem sie über Literatur und Kultur diskutieren, und sie bilden eine **politische Öffentlichkeit**, indem sie sich im Parlament zu Wort melden oder in Kaffeehäusern Zeitungen lesen und diskutieren. Gleichzeitig entwirft der Liberalismus mit dem Markt ein ökonomisches Konstrukt, dass im Stande sein soll, **aus der Summe von privaten Einzelinteressen das öffentliche Wohlergehen herzustellen**. Der Markt als **ökonomische Öffentlichkeit** ist eine göttliche Maschine, die der menschlichen Kreativität nicht länger bedarf.

Die bürgerliche Öffentlichkeit gerät mit dem Aufstieg der Arbeiterbewegung und dem Aufkommen von Massenmedien und Parteien in die Krise. Neben die qualifizierte Öffentlichkeit der Wissenden und Besitzenden treten AkteurInnen, die auch den **öffentlichen Raum der Politik zur Durchsetzung privater Interessen zu nutzen beginnen**. Fortan ist der Kampf um die **öffentliche Meinung** der Kern der politischen Auseinandersetzung um Hegemonie, dort wird entschieden, wer imstande ist, die Herzen und Hirne der Menschen zu erobern. Die Konzentration am Medienmarkt und damit die Verbreitung spezieller Interpretationen der Welt, erleichtert es, die herrschenden Ideen zu den Ideen der Herrschenden zu machen.

1.6.2.3.4.1.2.2 Öffentlicher Staat

Der öffentliche Staat **basiert auf der Teilhabe aller und schafft diese Teilhabe**. Er ermöglicht allen den Zugang zu Staat und Öffentlichkeit, indem Entscheidungen demokratisch getroffen und transparent gemacht werden. Dies **verhindert die Privatisierung des Staates**, sei dies durch Ausverkauf oder Patrimonialismus. Der öffentliche Staat ist ein **normatives Konzept** und ermöglicht die **Teilhabe aller**:

- Der **Zugang zum Staat** soll allen BewohnerInnen möglich sein: Ein **universeller Wohlfahrtsstaat** soll öffentliche Güter für alle bereitstellen. Gesundheit, Bildung und Wohnen dürfen keine Ware sein.
- Die **Mitbestimmung an staatlichen Entscheidungen** soll allen BewohnerInnen möglich sein.

Ein öffentlicher Staat ist ein **transparenter Staat**, dessen Entscheidungen und Entscheidungsfindungsprozesse offengelegt und demokratisiert werden, der im Sinne des radikalen Reformismus die Gesellschaft nach den Vorstellungen seiner Bevölkerung schrittweise verändert. Er muss daher vor allem den **Budgetstellungsprozess demokratisieren**, wie dies in Porto Alegre in Südbrasilien seit 15 Jahren erfolgreich praktiziert wird. Das Budget ist in Zahlen gegossene Politik, mit Budgetposten werden gesellschaftliche Projekte ermöglicht oder unterbunden – Straßen gebaut oder Gemeinschaftsschulen subventioniert, die Selbstorganisation von Frauen gefördert oder Banken saniert, die mittelständische Wirtschaft gefördert oder Arbeitslose unterstützt – wohlgemerkt: Ein öffentlicher Staat schafft kein Schlaraffenland, auch in einem öffentlichen Staat gibt es Zwänge, und es ist keineswegs gesagt, dass nicht Straßenbau, Bankensanierung und Mittelstandsförderung die sinnvollen und auch demokratisch gewünschten Maßnahmen sind. Inakzeptabel sind jedoch totalitär gesetzte „Sachzwänge“, die ohne öffentliche Diskussion durchgesetzt werden. Der öffentliche Staat konfrontiert den Sachzwang mit den Wertvorstellungen der Gesellschaft: Ob sich eine Region dann für oder gegen Gentechnik entscheidet, ist keine ausgemachte, sondern eine ausdiskutierte Sache. Was damit sichergestellt wird, ist die **Veröffentlichung der Beziehung der Staatsbürokratie zu den mächtigen Wirtschaftsinteressen**. Der Lobbyismus der Mächtigen wird so zwar nicht unterbunden, aber publik. Ein öffentlicher Staat kann aus Respekt vor den Einzelnen und aus Respekt davor, dass das Volk der Souverän ist, Entscheidungen, die für die Gesamtgesellschaft zentral sind, nicht hinter verschlossenen Türen treffen.

Der Staat als abgegrenzter Bereich, als Institution, als Summe von Staatsangestellten und Regeln und als Bürokratie ist nur ein Teil dieser neuen Staatlichkeit. Die Utopie eines öffentlichen Staates orientiert sich nicht an der Größe, sondern an der Form des Staates. Ein öffentlicher Staat braucht nicht nur staatliche Einrichtungen, auch der Freiwilligensektor, Nichtregierungsorganisationen und andere können öffentliche Leistungen anbieten. Der öffentliche Staat zielt darauf ab, alle am Staat und der Gesellschaft teilhaben zu lassen. Der öffentliche Staat unterscheidet sich vom sozialliberalen Staat dadurch, dass er einen **Gestaltungsanspruch für die Gesamtgesellschaft** hat. Im Bereich der öffentlichen Dienste, wie Gesundheit, Bildung und Verkehr, ist der öffentliche Staat eben nicht nur für die Grundsicherung im Sinne eines Fürsorgemodells zuständig, sondern für die Bereitstellung von **Leistungen hoher Qualität für alle**. Dies ist der zentrale Unterschied zum sozialliberalen Modell, in dem die Zivilgesellschaft mitwirkt, den Armen ein Mindestangebot an Gesundheit und Bildung zur Verfügung zu stellen. Qualitätsvolle Gesundheit und Bildung ist im sozialliberalen Modell jedoch nur für Besitzende möglich. Es basiert auf einem Zwei-Klassen-Denken und macht die Gesellschaftsspaltung erträglich; ein öffentlicher Staat kann sich damit aber niemals abfinden.

1.6.2.3.4.1.2.3 Öffentliche Wirtschaft

Eine öffentliche Wirtschaft verwirklicht **Wirtschaftsdemokratie**. Es handelt sich um eine Wirtschaft, die **nicht länger eine Privatangelegenheit** ist, die die Mehrheit der Bevölkerung ausschließt. Alle BewohnerInnen sind die Wirtschaft, weil nur zusammen der Wohlstand eines Raumes produziert werden kann. Daher ist es eine kollektive Entscheidung eines Gemeinwesens, was produziert wird und wie Wohlstand verteilt wird. Eine öffentliche Wirtschaft ist ein **normatives** Konzept und basiert auf der **Teilhabe aller**:

- Der **Zugang zur Wirtschaft** muss allen möglich sein. Privateigentum darf nicht so verteilt sein, dass Teile der Bevölkerung keine Chancen haben, ihre Lebensprojekte zu verwirklichen. Es muss daher zwischen Eigentum, das zur Sicherung individueller Lebenschancen dient, und Eigentum, das als Basis zur kollektiven Machtausübung dient, unterschieden werden.
- **Mitbestimmung** über wirtschaftliche Fragen ist wesentlicher Teil der souveränen Rechte eines Gemeinwesens. Dies betrifft sowohl den Budgeterstellungprozess, wie auch die Investitionsentscheidungen, die nicht reine Privatangelegenheit sein dürfen. Sowohl die Höhe der Investitionen als auch die Art der Investitionen erfordert kollektives Entscheiden.

Die große Herausforderung besteht darin, aus den Fehlern der sozialistischen Planwirtschaft zu lernen, denn eine öffentliche Wirtschaft steht sowohl in der Tradition des Keynesianismus als auch eines demokratischen Sozialismus. Es ist eine Form von Wirtschaftsdemokratie, die nicht so sehr inhaltliche Fragen, sondern die **Organisation von Teilhabe** in den Mittelpunkt stellt.

1.6.2.3.4.1.2.4 Privates sichtbar machen

Eine feministische Kernforderung besteht darin, das Private zu politisieren. Damit wird auf den Umstand hingewiesen, dass der private Raum keineswegs herrschaftsfrei ist, sondern von patriarchalen und andere Herrschaftsstrukturen durchzogen ist. Nicht der Umstand, dass es öffentliche und private Räume gibt, sondern die Art und Weise, wie zwischen privat und öffentlich unterschieden wird, steht im Zentrum einer Politik der Teilhabe.

"Öffentlichkeit als Raum umfasst die Möglichkeit gemeinsamen Handelns und bedarf einer Idee des Individuums, das die Voraussetzungen dazu besitzt - nämlich Privatheit als Ideal, als Recht und Raum der Autonomie und Fürsorge, aber auch des "beschränkten Zugangs". Das Politisch-Öffentliche ist jener Raum, in dem Macht- und Herrschaftspositionen sichtbar gemacht, als Konflikte zwischen Menschen kommuniziert und verhandelt werden." (Sauer 2001: 6f.). Die Utopie der Teilhabe braucht Öffentlichkeit, sie kommt aber auch ohne dem feministischen Ideal des Privaten nicht aus:

"Die feministische Reformulierung des Privaten muss also zwei Aspekte unterscheiden, nämlich erstens Privatheit als ein **Menschenrecht auf Würde** sowie körperliche und seelische Integrität und zweitens als die stets riskante und riskierte **Freiheit von staatlichen Eingriffen**" (Sauer 2001: 10).

1.6.2.3.4.2 Zugang

Teilhaben heißt **Dazugehören**. Dies setzt voraus, dass **alle BewohnerInnen zu ihrem Gemeinwesen Zugang** haben.

In der griechischen Polis gestalteten freie Männer ihre Welt und schlossen gleichzeitig die Mehrheit von dieser Welt aus. Die Utopie der Teilhabe muss deshalb auch die materielle und rechtliche Basis eines politischen Gemeinwesens gestalten. Es müssen alle BewohnerInnen eines Gemeinwesens die Chance haben, zum politischen Raum Zugang zu bekommen. Dies bedeutet die **rechtliche Gleichstellung**, aber auch eine **materielle Absicherung** wie sie in der Antike und bis ins 20. Jahrhundert durch das Eigentum gegeben war. **Zugang ist die Voraussetzung für Gestaltung.**

Zugang ist zu einem zentralen politischen Begriff geworden, weil die liberale Wirtschaftspolitik der letzten beiden Jahrzehnte massive gesellschaftliche Spaltungen produzierte. Viele sind heute vom Zugang zu vielen Aspekten des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen. Erstes und oberstes Ziel einer Politik der Teilhabe ist die **Vollbeschäftigung, die allen Zugang zu Beschäftigung ermöglicht**. In kapitalistischen Gesellschaften ist der Zugang zur Gesellschaft engstens an den Zugang zum Arbeitsmarkt gebunden. Es stimmt zwar, dass die Utopie der Teilhabe gerade auf die Überwindung ebendieser kapitalistischen Ordnung zielt und die Verteilung des Produzierten nicht einzig auf die Arbeitenden verteilen will. Trotzdem werden die Lebenschancen mittelfristig wesentlich über den Arbeitsmarkt verteilt.

Jeremy Rifkin popularisierte den Begriff Zugang. In seinem Buch "**Access. Das Verschwinden des Eigentums**" behauptet er, dass Eigentum an Dingen gegenüber dem Zugang zu Dingen (Mitgliedschaft, Leasing, ...) an Bedeutung verliert: "**In einer Ökonomie, deren einzige Konstante der Wandel ist, macht es wenig Sinn, bleibende Werte anzuhäufen.**" Die Dialektik von Wandel und Beharrung wird zugunsten des Wandels aufgelöst.

1.6.2.3.4.2.1 Entitlements - Gleiche Chancen für alle

Gleiche Chancen für alle werden geschaffen, indem Menschen die **materielle Grundsicherung** gewährleistet wird.

Öffentliche Verkehrsmittel, öffentliche Schulen, öffentliche Spitäler, öffentliche Plätze und öffentliche Freizeitangebote schaffen entitlements, die sowohl den Armen nützen als auch den Zusammenhalt der Gesamtgesellschaft fördern. Ohne diesen öffentlichen Raum gibt es keine Demokratie, ohne Öffentlichkeit und Medienvielfalt droht Autoritarismus. *Entitlements* werden nicht von einer Stelle gewährt, sie sind immer ein Bündel verschiedener Ansprüche an verschiedene Institutionen: An den Staat, den Markt, die Familie, die Nachbarschaft. Insgesamt gilt aber, dass wer viele *entitlements* besitzt, über mehr Freiheit in der Lebensgestaltung verfügt als die mit wenigen *entitlements*.

1.6.2.3.4.2.2 Befreiung von Ungerechtigkeit

In der antiken Polis waren es Machtstrukturen, die den Großteil der BewohnerInnen vom Zugang zur Öffentlichkeit ausschlossen. Auch in liberalen kapitalistischen

Marktgemeinschaften gibt es Herrschaftsstrukturen, die Macht und Möglichkeiten sehr ungleich verteilen. Möglichst vielen Menschen den Zugang zum öffentlichen Leben zu eröffnen, muss deshalb auch Strukturen verändern. Es geht sowohl um die Verwirklichung von Freiheit als auch um die Befreiung von ungerechten Strukturen. Die Medienkonzentration ermöglicht nicht nur die Anhäufung von Reichtum bei wenigen, sondern auch die Möglichkeit weniger, gesellschaftliche relevante Realitäten diskursiv zu produzieren, Gesellschaftszustände herzustellen. Die Kontrolle über Produktionsprozesse ist ebenfalls nicht nur unter Verteilungsgesichtspunkten problematisch, sondern erlaubt den EigentümerInnen, das Warenangebot und die zukünftigen Technologien mitzugestalten. Bei Oligopolen und Monopolen führt dies zu bedenklichen Machtkonzentrationen. Derartige Strukturen müssen verändert werden, damit Chancen fairer verteilt werden können.

1.6.2.3.4.2.3 Privatsphäre sichern

In der antiken Polis war die Privatsphäre das **Oikos, das gemeinsame Haus, sprich der Haushalt**. Das Private war der Raum der Ökonomie, wo das Lebensnotwendige produziert wurde. Es war gleichzeitig auch ein **Raum der Herrschaft**, die der Eigentümer über Frau, Kinder und SklavInnen ausübte. "Für die Antike war entscheidend, dass alles Private ein nur Privates ist, dass man in ihm, wie schon das Wort anzeigt, in einem **Zustand der Beraubung** lebte, und zwar beraubt der höchsten Möglichkeiten und der menschlichsten Fähigkeiten" (Arendt 1981: 39).

Das Private war insofern bedeutsam, als der **private Besitz von Eigentum Voraussetzung war, um am öffentlichen Leben teilzunehmen**. "Kein Eigentum zu haben, heißt, keinen angestammten Platz in der Welt sein eigen zu nennen, also jemand zu sein, den die Welt und der in ihr organisierte politische Körper nicht vorgesehen hatte... Hier bedeutet Privatbesitz, dass man Herr über die eigenen Lebensnotwendigkeiten und daher potentiell ein freier Mensch ist, frei nämlich, das eigene Leben zu transzendieren und in die allen gemeinsame Welt einzutreten" (Arendt 1981: 62).

Um nicht von anderen regiert zu werden, ist es notwendig, nicht ständig in einem existenziellen Kampf ums Überleben verwickelt zu sein. Die Schaffung privater Räume der Lebensführung erfordert deren Absicherung durch einen öffentlichen Staat.

1.6.3 TUN: Schritte zur Teilhabe

Der dritte Schritt im didaktischen Dreischritt von Ist, Soll und Tun beschäftigt sich mit Handlungsmöglichkeiten. Es gilt auszuloten, wie gesellschaftsveränderndes Handeln unter den Bedingungen der aktuellen Konjunktur möglich ist und zur Verwirklichung einer konkreten Utopie beitragen kann. Es geht hierbei um **konkrete Schritte zur Teilhabe**.

Gesellschaftliche Demokratisierungsprozesse in Gang zu setzen stellt somit die zentrale Herausforderung für kritische soziale und politische Bewegungen dar. Eine derartige "Politik erweiterter Teilhaberechte" (Dörre 2002: 406ff) unterscheidet zwischen der prozessualen und inhaltlichen Dimension von Teilhabe. Teilhabe bedeutet nämlich als sozioökonomisches Recht den Zugang zum Gemeinwesen, d.h. der Möglichkeit am sozialen Leben teilzuhaben und Zugang zu den Gütern und Diensten zu haben, die für die eigene Lebensführung

notwendig sind. Dies sichert ein Wohlfahrtsstaat. So macht es einen Unterschied, ob Bildung ein staatsbürgerliches Recht oder eine Ware ist, und ob der Staat Humankapital und Wissen oder Allgemeinbildung fördert. Organisatorisch bedeutet Teilhabe die Mitbestimmung und Mitgestaltung des eigenen Lebensumfelds und der Gesamtgesellschaft, sprich Demokratisierung. Sowohl im Stadtteil als auch im Betrieb schlummert in den BewohnerInnen und MitarbeiterInnen ein kreatives Potential, das für die Interessen des Allgemeinwohls einsetzbar wären. Aus diesem Grunde ist Teilhabe ein Konzept, das die Utopie einer demokratisch organisierten Gestaltung der Zukunft in den aktuell vorherrschenden politökonomischen Bedingungen konkretisiert. Eine "Politik erweiterter Teilhaberechte" ist der Gegenentwurf zu einem von Konzernen kontrollierten Weltmarkt von Gütern und Diensten.

Die Politik erweiterter Teilhaberechte erlaubt es, **den bürokratischen in einen republikanischen Wohlfahrtsstaat zu transformieren**. Die res publica wäre demnach der politische, aber auch sozioökonomische Raum, zu dem alle Mitglieder eines Gemeinwesens Zugang hätten. Diese konkrete Utopie eines anderen Wohlfahrtsstaats unterscheidet sich in drei wesentlichen Punkten vom Bürokratiemodell. Erstens geht es um eine neue Form von Macht und Wissen, die das Fachwissen von ExpertInnen genauso akzeptiert wie das praktische Wissen der Nutzer von Gütern und Diensten. In diesem Sinne ist eine republikanischer Wohlfahrtsstaat als eine Form von **Techno-Demokratie** zu verstehen. Zweitens sind Organisationsformen zu entwickeln, die einen "oben" demokratisch ausgehandelten Zwang "unten" mit Gestaltungsräumen für Individualität und Freiheit verbindet. Die konkrete Ausgestaltung wird im Bildungsbereich anders sein als in der Technologiepolitik, die Grundproblematik ist aber die Vereinbarkeit von politischer Gestaltungsfähigkeit mit Freiheit und Vielfalt. Drittens handelt es sich um ein dynamisches Modell, in dem mit Organisationsformen einer gerechten und freien Gesellschaft experimentiert wird. **Freiräume für Experiment und Innovation** sind unerlässlich, um zur Kritik und Veränderung der bestehenden Ordnung einzuladen. Der aufklärerische "Ausstieg aus der eigenen Unmündigkeit" erlaubt keine statische Ordnung, sondern erfordert einen individuellen und gesellschaftlichen Veränderungsprozess.

1.6.3.1 Ein Dispositiv der Demokratie schaffen

Dispositive sind **Anordnungen, die Diskurse und Praktiken strukturieren**. Es wird darunter genauso das verstanden, was als Problem gesehen wird, wie auch die Art und Weise, wie Dinge angegangen werden. Lange Zeit stellte die Planung das dominante Dispositiv dar, danach wurde es vom Wettbewerb abgelöst. Heute ist Zeit für ein neues Dispositiv, d.h. für eine neue Selbstverständlichkeit bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme, denn es ist hoch an der Zeit, dem Primat von Markt, Ware und Wachstum eine Grenze zu setzen. Es ist also Zeit für ein Dispositiv der Demokratie: Wo immer Probleme anstehen, ist davon auszugehen, dass die Demokratie die diskursive und praktische Anordnungen bereitstellt, dieses Problem zu lösen.

1.6.3.1.1 Kritik des Wettbewerbsdispositivs

Am Beginn des Entwurfs einer anderen Gesellschaft geht es um die Kritik des Bestehenden. Die bis vor kurzem zur Schau getragene Arroganz, mit der historische und geographische Erfahrungen geleugnet werden, mit der alle nicht-marktlichen Sozialformen als vor-moderne Verirrungen dargestellt werden, zeugte von der Selbstsicherheit des

Establishments. Deshalb muss das totalitäre Wesen des autoritären Liberalismus kritisiert werden, um in der öffentlichen Diskussion verschiedene Ziele und Argumente wieder zuzulassen. Vernunft ist nicht bloß Markt-Rationalität. Wichtiger ist aber noch, die Grundlagen der bestehenden kapitalistischen Machtstruktur zu kritisieren und zu untergraben. Die Struktur des Kapitalismus muss verstanden und die gegenwärtige Konjunktur richtig gedeutet werden. Dazu sind Kenntnisse der politischen Ökonomie notwendig und muss kritisches Denken gelernt werden. Ein offenes und kreatives Denken muss auf jeglichen Ansatz von Totalitarismus verzichten. Das Andere zum Markt-Modell – sei es Sozialismus, Feminismus oder Demokratie – darf niemals mit den selben Mitteln durchgesetzt werden wie dies mit dem Wettbewerbsdispositiv geschah.

1.6.3.1.2 Mitbestimmung

Mitbestimmung für alle zu fordern ist heutzutage fast schon zu einem **Gemeinplatz** geworden. Es gibt kaum ein Entwicklungsprojekt, das nicht **partizipative Methoden** verwendet, kaum ein Strategiepapier, das nicht auf die Wichtigkeit von Partizipation hinweist. Zwei wesentliche Kritikpunkte können an den verschiedenen Konzepten der Mitbestimmung (Partizipation) angeführt werden:

- **Es wird nicht zwischen Mikro- und Makromitbestimmung unterschieden.** Das sozialliberale Staatsmodell beschränkt Mitbestimmung gegenwärtig auf die Partizipation bei der Ausführung von Leistungen, also auf *Mikromitbestimmung*. Am anderen Ende der Mitgestaltung, nämlich der demokratischen Entscheidungsfindung über die Weichenstellungen für zukünftige Entwicklung, der *Makromitbestimmung*, ist eine dramatische Erosion zu beobachten: Die „von unten“ bleiben Ausgeschlossen, die AkteurInnen der nationalstaatszentrierten Entwicklungsweise werden marginalisiert.
- Die Utopie der Teilhabe ist konservativ, insofern sie **demokratische Errungenschaften bewahren** will: Partizipation ersetzt Demokratie nicht, und sie ergänzt sie auch nicht, sondern sie schafft eine **neue Form, Demokratie zu organisieren**. Deshalb müssen die Institutionen des Rechtsstaats gestärkt werden. Hierbei darf sich das Rechtsbewusstsein nicht nur auf das private Recht, auf Vertragstreue und Schutz des Eigentums beschränken, sondern muss auch das öffentliche Recht umfassen, das die Grundlage des Gemeinwesens bildet und die Regeln des Zusammenlebens festlegt. Verfassung und Völkerrecht, Arbeits- und Sozialrecht sind heute gefährdet, als Relikte der Vergangenheit einfach abgeschafft zu werden. Die Utopie der Teilhabe mündet in der Forderung nach einem **pluralistischen und dialogischen Verständnis von Politik**. Es ist Zeit für eine Gesellschaft, die sich mit Entscheidungen Zeit lassen kann – die diskutiert, überlegt, lernt und schließlich kollektiv eine Entscheidung trifft.

1.6.3.1.3 Demokratische Kontrolle des Kapitals

Demokratische Politik darf Machträume und damit soziale Gruppen nicht gegeneinander ausspielen. Die **Internationalisierung des Kapitals** hat das Wohlstandsgefälle zwischen

Zentrum und Peripherie erhöht und damit die Widersprüche des Kapitalismus verschärft. Die Konkurrenz zwischen Räumen – Städten, Regionen und Nationen – hat zugenommen, der Gegensatz von Nord und Süd ist offensichtlich. Damit verschärfen sich globale Probleme, von Migration und Umwelt bis zu Kriminalität und Fundamentalismus. Die Politik muss daher das gemeinsame Haus der Einen Welt basierend auf dem Prinzip der Solidarität neu bauen. Dies ist die Kernforderung der **globalisierungskritischen Bewegung**. Ihre Hauptvertreterin ist ATTAC, eine von der französischen Zeitschrift **Le Monde Diplomatique** gegründete Initiative zur **Einführung einer Devisentransaktionssteuer (Tobin Tax)** und ganz allgemein zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte. ATTAC will das Kapital, das die Raumkonkurrenz fördert, in seiner Mobilität einschränken, um den Menschen wieder die Möglichkeit zu geben, Politik vor Ort zu gestalten. In Territorien, die sich dem Diktat von Großunternehmen und Finanzkapital gegenübersehen, wird demokratische Selbstbestimmung zur Farce. Eine globale Regulierung von Finanzkapital und Welthandel ist daher von vordringlicher Bedeutung. Das Wettbewerbsdispositiv muss ausgehöhlt werden, um auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene kreative und solidarische Lösungen für die Probleme der Gegenwart zu finden. Auf globaler Ebene bedeutet dies die Kritik der Welthandelsorganisation WTO, auf europäischer Ebene die Kritik des Primats des EU-Binnenmarktes. Um dies durchzusetzen wird ein Bündnis derjenigen Staaten in Zentrum und Peripherie notwendig sein, die in ihren Territorien Maßnahmen durchsetzen wollen, an denen sie durch WTO und EU gehindert werden. "**Stopp GATS**" ist eine Bewegung, die genau diese Zielsetzung hat.

Allerorten ist immer wieder die Forderung zu hören, das die **Politik den Primat über die Ökonomie zurückgewinnen muss**. Es ist dies die Forderung nach Souveränität, nach der Unterordnung ökonomischer Entscheidungen unter den Willen der Bevölkerung, die von einer Entscheidung betroffen ist. Der Primat der Politik erfordert Strategien der **Territorialisierung**, das heißt der Schaffung neuer und Stärkung bestehender Machträume.

Die große diskursive Auslassung im Globalisierungsdispositiv sind ebendiese politischen Räume, die innerhalb ihrer Grenzen die Gestaltung des Gemeinwesens nach sozialen, kulturellen und ökologischen Gesichtspunkten ermöglichen. Der Primat der Politik ist aber kein Ziel an sich, gerade angesichts überall zunehmender autoritärer Tendenzen. Der kommunistische Kapitalismus in China, das Machtmonopol alter Kader in Russland, die nun den Kapitalismus fördern und den Terrorismus kontrollieren, all dies zeigt, dass die wichtige Rolle der Politik nicht extra hervorgehoben werden muss. Vielmehr geht es um den *Primat der Demokratie* und damit einer anderen Art von Politik – einer Politik, die die Handlungsspielräume der Menschen in ihrem Lebensumfeld, in der Öffentlichkeit, aber auch gegenüber weltweiten Entwicklungen erweitert. Es geht um eine demokratische Vision, wonach die Bevölkerung, die ein Territorium bewohnt, über die Entwicklung dieses Territoriums als ihren Lebensraum entscheidet.

Aristoteles entwarf das Ideal der Polis als einen gemeinsam zu gestaltenden Machtraum, Marx bezeichnet die Pariser Kommune als Beispiel eines nach-kapitalistischen Reiches der Freiheit. Ermächtigung der Menschen durch Teilhabe zuerst, Primat der Politik als Kontrolle eines Machtraums danach. Freiheit und Gerechtigkeit vor Ort in einem konkreten Machtraum kann nur dauerhaft sichergestellt werden, wenn die Destruktivität der globalen Strukturen eingeschränkt wird. Ohne eine Einschränkung der Handlungsoptionen des Kapitals können lokale und nationale Machträume kaum ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Regeln festlegen. Der strukturellen Raummacht, beliebig über Nacht deinvestieren zu können, muss eine Grenze gesetzt werden. Es wird eines globalen, demokratisch hergestellten Zwangs bedürfen, um Freiheit für alle zu ermöglichen. Eine derartige **demokratische Globalisierung** müsste ein globales Regelwerk schaffen, das territoriale demokratische Politik wieder möglich macht.

Es geht darum, sowohl die globalen Strukturen, allen voran der Raummacht des Kapitals, Grenzen zu setzen, als auch vor Ort Gemeinwesen zu schaffen, in denen Demokratie, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit für alle BewohnerInnen verwirklicht werden können. Die Kunst der Politik muss dieses Sowohl-als-Auch konkret umsetzen, radikal, aber reformerisch, auf ein Territorium fixiert und die ganze Welt im Blick behaltend.

1.6.3.1.4 Kultur der Solidarität

Eine Kultur der Solidarität, die das gemeinsame Gestalten der Einen Welt möglich macht, muss schon im Weg der Entwicklung eine Form wählen, die dem Ideal der Teilhabe entspricht. Dabei sind die Freiheiten aller, der Mächtigen und Reichen wie der Benachteiligten und der Peripherie gleichermaßen zu respektieren. Aber gleichzeitig muss in einem breiten und öffentlichen Dialog der Schutz von Minderheiten durch einklagbare bürgerliche und soziale Rechte festgehalten werden, denn Demokratie ist keinesfalls mit Mehrheitsdiktatur gleichzusetzen. Bei all dem geht es um die Vision von Entwicklung als ein gemeinsam gestalteter Prozess der Entfaltung von Freiheit.

In Fortführung der radikalen Kritik des homo oeconomicus ist damit gleichzeitig die eigene Lebensführung herausgefordert. In einer Kultur der Solidarität sind Menschen soziale Wesen mit eigenen Wünschen, sie streben nach Individualität, aber immer bezogen auf Andere. Die Beziehung zwischen Ich und Umwelt ist dialektisch, beide bedingen einander. Jegliche Vereinfachung gefährdet die Entfaltung von Individualität genauso wie die von Solidarität. Individuen sind zu einer reflektierten Lebensführung herausgefordert, die solidarisches Handeln in wenig solidarischen Strukturen ermöglicht. Die gesellschaftliche Herausforderung aber zielt auf Strukturveränderung. Es müssen die Strukturen gestärkt werden, die es den Einzelnen wieder als nützlich erscheinen lassen, solidarisch zu handeln.

1.6.3.2 Radikaler Reformismus

Das Konzept des **radikalen Reformismus** bildet den Ausgangspunkt der konkreten Schritte zur Umsetzung der Utopie der Teilhabe. Vor dem Hintergrund von Strukturanalysen ist **Gesellschaftsveränderung ein langsamer und reflexiver Prozess**, bei dem die Wissenden immer nur ein Teil einer umfassenderen Dynamik sind. PraktikerInnen und vor allem die unmittelbar Betroffenen vor Ort sind die zentralen SchauspielerInnen auf der Bühne realer gesellschaftlicher Prozesse. Sie machen Entwicklung und haben eine Vorstellung, was sie tun und warum sie es tun. Es gibt keine Entwicklung, ohne dass die AkteurInnen sich, ihr Denken und Handeln und ihr Lebensumfeld verändern. Dies ergibt sich aus der Einsicht in die Dialektik von Struktur und Handeln. Es ist der Entwurf einer anderen Art von Individualität und Freiheit, die nicht besitzbürgerlich verkürzt wird.

Strukturen und Handeln werden in Einem verändert, als zwei Momente eines dialektischen Prozesses. Daher bedarf es auch der Veränderung von Individuen Hand in Hand gehend mit anderen gesellschaftlichen Wertungen und einer anderen Weltsicht. Der radikale Reformismus bringt, wie dies Esser, Görg und Hirsch formulieren, die Intention zum Ausdruck, dass „die gesellschaftlichen Grundstrukturen einschließlich ihres materiellen Kerns, der Produktionsverhältnisse, Schritt für Schritt, beruhend auf den Erfahrungs-, Lern- und Selbstaufklärungsprozessen der Akteure und im Vertrauen auf ihre soziale Innovationsfähigkeit umgestaltet werden können. Das mag widersprüchlich klingen, ist es aber nur in kritischer Widerspiegelung der Widersprüche dieser Gesellschaft (Esser et al.

1994: 228). Die Zielsetzung des radikalen Reformismus ist **revolutionär und utopisch**, weil er eine andere Gesellschaft jenseits des Kapitalismus anstrebt. Das Vorgehen ist jedoch bescheiden, wissend um die Beharrungskraft verfestigter Strukturen. Weder das Kapital und damit wirtschaftliche Macht, noch der Staat und damit politische Macht, können einfach über Nacht abgeschafft werden. Die Vorstellungen von Esser et al. können als eine Form eines **demokratischen Sozialismus** bezeichnet werden.

1.6.3.3 Ein neues Bündnis bilden

Teilhabe kann nur mit einer klaren Bündnispolitik, die Mittel- und Unterschicht zusammenführt, verwirklicht werden. Beide sind nämlich allein machtlos. Grundlage dieses Bündnisses ist eine **Politik universeller Rechte**, die **Wohlfahrt als ein verfassungsmäßig zu verankerndes Recht** schafft, das auch einklagbar und durchsetzbar ist. Der Wohlfahrtsstaat muss für alle gelten, und als öffentlicher Sozialraum alle Menschen eines Territoriums zusammenbringen. Eine Politik universeller Rechte ist eine Politik, die für alle öffentliche Dienste anbietet, um den öffentlichen Raum zu einem gemeinsamen Raum aller BürgerInnen zu machen. Tendenzen der sozialen und politischen Segregation, der Trennung von Gruppen nach ihrer Klassenzugehörigkeit, ihren Wohnorten, den Schulen und Spitälern, die sie besuchen, gefährden den sozialen Zusammenhalt. Es geht also um eine neue soziale Regulation basierend auf gleichen Rechten für alle.

1.6.3.4 Gesellschaft gestalten

Entwicklung als Totalität zu verstehen, schafft Raum für Widerspruch und bekommt das gesamte Dispositiv in den Blick. So wird klar, dass Entwicklung **keiner Eigenlogik** folgt, sie ist **kein Selbstlauf**, in den Menschen nicht eingreifen können. Es sind keine übermenschlichen Gesetze des Marktes, der Profitlogik, des Klimas oder von kulturellen Eigenheiten, welche die Menschen zu Objekten degradieren. Menschen sind nicht einfach **Marionetten**, die in einem göttlichen oder teuflischen Drama ihren Part zu spielen haben, sondern **Subjekte** von Entwicklung. Es ist Teil der menschlichen Fähigkeit, nicht zuletzt dank des Zyklus von Sterben und Geborenwerden, dass **Menschen etwas anders machen können**, dass sie eine Initiative setzen und damit einen Unterschied machen können zu dem Zustand, wie sie die Welt vorfinden.

1.6.3.4.1 Das Spiel anders spielen

Radikales Handeln ist nicht das selbe wie heroischer Widerstand. Es soll keinesfalls das Ideal des über den Dingen stehenden hehren Wissenschaftler beschworen werden, der idealistisch und selbstverleugnend agiert. Die **Ökonomisierung des Sozialen** ist heute weit fortgeschritten; nur wenige können sich dem **Spiel der Selbst-Vermarktung** entziehen. Selbst eine mächtige Eiche kann diesem Sturm der neuen Zeit nicht widerstehen: Evaluierung, Professionalisierung und Vermarktung sind essenzielle Bestandteile der neuen Ordnung geworden. Die verschiedenen Methoden des **Total Quality Management** produzieren eine mächtige Wirklichkeit, die alles in den Bann zieht – auch den Widerstand.

Wenn wir Freiheit **als die Einsicht in die Notwendigkeit** verstehen, dann haben wir uns am Spiel zu beteiligen. Das **Schilfrohr** gibt dem Sturm nach, damit es sich wieder aufrichten

kann, wenn der Sturm abflaut. Das Spiel einer immer weitergehenden Vermarktung und Bewerbung ist Ernst zu nehmen und gleichzeitig ist es lächerlich zu machen, indem seine Widersprüche offengelegt werden. Und derer gibt es zahlreiche, vor allem was die Gegenwartsverliebtheit und Kurzfristorientierung des Modells betrifft. Was passiert, wenn Wissenschaft zum Schreiben von Projektanträgen und Projektberichten verkommt? Was passiert, wenn Handlungen langfristig effizient sind, der Beurteilungszeitraum aber kurz? Was passiert, wenn Teamarbeit notwendig, gleichzeitig aber durch individuelle Leistungsbeurteilung erschwert wird? Kritik kann nur für wenige Privilegierte bedeuten, als Außenstehende ein vernichtendes Urteil zu fällen. Pragmatisierte Universitätsprofessoren, die dafür bezahlt werden, ihre eigene Gesellschaft zu kritisieren, erscheinen immer mehr als Dinosaurier aus längst vergangenen Welten. Bis es wieder gesellschaftlich akzeptiert ist, dass es für ein Gemeinwesen sinnvoll ist, Selbstkritik zu institutionalisieren, wird es für die meisten notwendig sein, ihre eigene Nützlichkeit hervorstreichen. **Wir werden das Spiel spielen müssen und es gleichzeitig nicht akzeptieren – und es nicht akzeptieren, indem man es anders spielt.** In diesem Sinne ist Kritik eine Aktivität als Suche nach neuen und anderen Spielregeln, die letztlich das Spiel selber verändern. In der kompetenten Kritik von Kompetenz und Professionalisierung besteht eine wichtige Aufgabe von Wissenschaft: Objektivität zu problematisieren, Machtinteressen zu denunzieren und Erfolgskennzahlen zu politisieren – und all dies bei “vollem Respekt” gegenüber der “grundsätzlichen” Notwendigkeit von professionellem Handeln, ständigen Evaluierungen und kompetitiver Mittelvergabe an “die Besten”.

Wer Entwicklung als Totalität analysiert, anerkennt verschiedene Logiken, die in einer Gesellschaft wirksam sind. Die Reproduktion des Kapitals und die Regulation von Entwicklung stellen bestimmte strukturelle Logiken dar. Aber gleichzeitig agieren auch Menschen in der gesellschaftlichen Totalität und das Handeln und Denken dieser Menschen ist niemals vorhersehbar. Sie können, müssen sich aber nicht wie der homo oeconomicus verhalten.

Es mag paradox klingen, aber einzig die Analyse von Politik und Ökonomie als Totalität schützt vor totalitären Vereinheitlichungen.

Aber selbst mit dem Blick auf die Totalität bekommen wir nicht alles in den Blick. Niemals darf aus dem Auge verloren werden, dass es aufgrund der menschlichen Kreativität immer ein Mehr gibt, etwas, das über die aktuellen Praktiken und Logiken hinausweist. Es sind dies die **uneingelösten Versprechungen**, die unrealisierten Ziele und die nichtgedachten Konsequenzen des Bestehenden. Dies ist schwindelerregend, weil es als Kritik am System daran erinnert, was außerhalb des Systems ist oder sein könnte: Eine Welt der Muße, eine Welt der Solidarität, der Abenteuer, aber vielleicht auch der Kontemplation. Adornos Buch über die **negative Dialektik** beginnt mit dem Satz: „Philosophie, die einmal überholt schien, erhält sich am Leben, weil der Augenblick ihrer Verwirklichung versäumt ward.“ Sie greift Träume und Denkansätze der Vergangenheit auf, um diese der Gegenwart als Spiegel vorzuhalten. Die diversen Widerstände in Theorie und Praxis gegen eine Gesellschaft, deren oberstes Ziel das Streben nach Gewinn und die Anhäufung von Waren ist, wurden über die Jahrhunderte immer wieder besiegt, Hoffnungen wurden enttäuscht. Aber dies hindert nicht daran, weiter auf diese andere Gesellschaft hinzuarbeiten.

1.6.3.4.2 Anders leben und arbeiten

Die Vision der Teilhabe braucht Raum, um anders leben und arbeiten zu können. Eine **andere Welt** wird durch unser Denken und Handeln hier und jetzt produziert. Entwicklung findet nicht nur dort, weit weg, „da unten“ statt, sondern betrifft auch uns, unseren global

beeinflussten Lebens- und Arbeitsstil. Die Vision einer anderen Welt beinhaltet daher auch andere Formen des Umgangs der Menschen miteinander und mit der Umwelt. Das gegenwärtig vorherrschende Menschenbild des *homo oeconomicus* idealisiert das autarke, auch ohne andere lebensfähige Individuum. Die Vielfalt und die daraus resultierende Vielschichtigkeit der Welt wird fragmentiert, wenn sie auf eine Optimierungsmaschine reduziert wird. Der *homo oeconomicus* mit seiner krankhaften Einengung vernünftigen Handelns auf Sparsamkeit und Effizienz duldet kein Denken und Handeln, das von seiner Norm abweicht. Alles wird über den Leisten der Optimierung geschlagen.

1.6.3.4.3 Die Eine Welt ist möglich

Eine andere Welt ist möglich, wenn das Wettbewerbsdispositiv aufgebrochen wird. Nicht nur die kleinen Einheiten, vom Privatleben über Projekte und lokale Einheiten, sondern das Haus der Einen Welt muss kollektiv gestaltet werden. Deshalb gehören nicht die Märkte globalisiert, sondern Demokratie, soziale Rechte und ökologische Nachhaltigkeit. Der Kern einer anderen Globalisierung ist nicht, ob und wie Waren global verschifft werden, sondern dass **die Gestaltung der Welt global erfolgt**. Gerade unter dem Gesichtspunkt der ökologischen Nachhaltigkeit wäre in bestimmten Bereichen eine Rückführung auf kleine Einheiten und lokale Märkte durchaus sinnvoll. Auch in einer anderen Globalisierung wird die Marktwirtschaft eine Rolle spielen, sie ist aber dem Primat der Demokratie untergeordnet.

1.6.3.4.4 Neubegründung der Ethik

Sich gegen die Herrschenden und gegen herrschende Strukturen seines Verstandes zu bedienen, ist nicht nur Aufgabe kritischer Wissenschaft, sondern jeder mündigen Person. Das ist äußerst schwierig! Das kann, um die heute übliche Sprachregelung zu verwenden, seinen Preis haben, kann Karriere oder Job kosten. Wie sonst sollen wir aber der von Kant beklagten selbstverschuldeten Unmündigkeit entkommen?

Michel Foucault geht es um eine „Neubegründung der Ethik“. Er untersuchte Machttechniken nicht, um Strukturen als allmächtig erscheinen zu lassen, sondern er beschrieb Folter, Wahnsinn und das Gefängnis, um Macht zu denunzieren. Foucault klagte an und wollte gleichzeitig Strukturen verstehen, um zu einem persönlichen Handeln zu kommen, das nicht ausschließlich von diesen Strukturen regiert ist. Es geht ihm darum, **individuelle Selbstbestimmung angesichts struktureller Zwänge** sicherzustellen. In einer widersprüchlichen Welt ist diese Autonomie aber nicht die Fixierung auf die richtige Position, auf eine wahre Essenz, wie dies die verschiedenen Fundamentalismen anstreben. Wahrheit wird produziert und damit wird sie Teil von Machtauseinandersetzungen. Ethische Positionierungen erfordern eine strukturelle Analyse genauso wie eine individuelle Entscheidung. Sich auf die Seite der Unterdrückten zu stellen, wie dies die Intellektuellen der Arbeiterbewegung genauso taten wie engagierte ChristInnen in der Option für die Armen, ist eine derartige Positionierung. Handeln ist ohne Positionierung unmöglich, denn auch wer sich um Positionen drückt, hat sich entschieden: Der leichtere und normale Weg besteht darin, sich auf die Seite der Macht zu schlagen, was angesichts der Mächtigkeit von Strukturen nur allzu verständlich ist. Die Anziehungskraft von Macht wird gewährleisten, dass sie oder er – obwohl scheinbar ohne Position - im Dienste der Macht handeln wird. Umgekehrt heißt aber sich auf die Seiten der Unterdrückten zu stellen nicht, allen Benachteiligten immer Recht zu geben; sich auf die Seite der Arbeiterbewegung zu stellen,

verbietet nicht die Kritik an der Gewerkschaftsführung – ganz im Gegenteil, aus Interesse an der Sache und deren Zielen verpflichtet dies zu besonders strenger Kritik.

Positionierungen, so radikal oder oppositionell sie scheinen mögen, sind nämlich immer gefährdet, in einem **Essenzialismus** zu enden, der entweder Sündenböcke schafft oder die Opfer verklärt. Dies hält dem Realitätstest oftmals nicht stand und wird dann schnell reaktionär. Ich unterstütze ein Straßenkinderprojekt finanziell, bin dann aber maßlos über die Kinder enttäuscht, wenn ich erfahre, dass eines meine Kamera gestohlen hat. Habe ich ein Recht, gekränkt zu reagieren? Sind Kinder, die stehlen, schlechte Menschen oder bloß Opfer schlechter Strukturen? Sind Dritte-Welt-AktivistInnen, die bestohlen werden, berechtigt, PartnerInnen im Süden nicht mehr zu trauen, oder trifft es bei AlternativtouristInnen ja eh keine wirklich Armen? Ist Fehlverhalten Unterdrückter entschuldbar, weil ja einzig die ungerechte Ordnung dafür verantwortlich gemacht werden kann? Ich meine, dass es auf jede Frage eine konkrete Antwort gibt – als Ergebnis ethischer Entscheidungen. Gleichzeitig wird es aber **niemals ein allgemeingültiges Patentrezept** dafür geben können, wie Individuen in konkreten Situationen mit den Widersprüchen und Perversionen der Welt umgehen.